Die deutsche Landarbeiterfrage vor und nach dem Kriege

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Königlichen Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

vorgelegt von

Eberhard Rieger
aus Breslau

München und Leipzig 1918
Verlag von Duncker & Humblot

By

Referent: Professor Dr. Carl Joh. Fuchs.

Gedruckt in der Pierer'schen Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung S. 5. — Erster Teil: Landwirtschaft und Wanderarbeit S. 5—16. Erstes Kapitel: Das Wesen der Wanderarbeit in der Landwirtschaft S. 5. Zweites Kapitel: Die Entwicklung der Landarbeiterverhältnisse in Deutschland S. 7. Drittes Kapitel: Die Stellung der deutschen Landwirtschaft zu ihren Auslandsarbeitern S. 14. — Zweiter Teil: Die ausländischen Wanderarbeiter in der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege S. 16—40. Viertes Kapitel: Die Wanderarbeiterfrage unter Berücksichtigung der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse S. 16. 1. Die Legitimationsstatistik S. 16. 2. Die Verhältnisse in polnischer Beleuchtung S. 17. A. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Russisch-Polen S. 17. a) Die Grundbesitzverteilung S. 17. b) Der Kleinbesitz und der Ukas von 1864 S. 18. c) Das Agrarproblem im Königreich Polen S. 20. d) Die schlimmen Folgen der bäuerlichen Urkunde von 1864 und die Unmacht im Lande selbst S. 22. e) Die Tendenz zur Verminderung des Parzellenbesitzes, das Darniederliegen der Industrie und der Mangel an Heimarbeit S. 23. B. Die Wanderarbeiterfrage S. 25. Die Saisonwanderung: a) Die zeitliche Abwanderung selbst S. 25. b) Der Grund zur Auswanderung, die eingesandten Spargelder S. 26. c) Organisation, Vorschlag von Reformen S. 26. d) Koskowskis Folgerungen S. 27. 3. Zusammenfassung S. 27. 4. Polnische Wanderung nach anderen Ländern, insbesondere nach Frankreich S. 28. 5. Die Wanderungen in und aus Österreich-Ungarn S. 30. Fünftes Kapitel. Die Ergebnisse für Deutschland S. 31. 1. Die Mission der Großbetriebe S. 31. 2. Die Inanspruchnahme der Wanderarbeiter durch die bäuerlichen Betriebe S. 32. 3. Deutschamerikaner und Deutschrussen S. 33. 4. Die jüdische Frage in Russisch-Polen S. 34. 5. Die Spannung zwischen den Überschuß- und den Bedarfsgebieten S. 36. 6. Zahlenmäßige Berechnung S. 38. 7. Das Ergebnis S. 39. — Dritter Teil. Die Frage der Landarbeiterbeschaffung nach dem Kriege und ihre voraussichtliche Lösung S. 40—98. Sechstes Kapitel. Contra Wygodzinski S. 40. 1. Keine Nationalisierung unserer Landwirtschaft S. 40. 2. Keine Nationalisierung im geforderten Sinne S. 41. 3. Zusammenfassung: Der einzig vernünftige Standpunkt S. 42. Siebentes Kapitel. Neuere Vorschläge zur Rationalisierung des ländlichen Arbeitsverfahrens S. 43. 1. Die Maschinenverwendung in der Landwirtschaft S. 43. 2. Maschinelle Arbeitshilfen für die Kriegsbeschädigten in der Landwirtschaft S. 46. 3. Die Bedeutung der Elektrizität für die Landwirtschaft S. 49. 4. Überlandzentralen und Elektrizitätsgenossenschaften S. 53. 5. Die Einführung eines staatlichen Motorlastwagenbetriebes S. 56. 6. Blick in die Zukunft: Die Bedeutung der gesteigerten Maschinenverwendung und Elektrizitätsversorgung in der Landwirtschaft für

die ländliche Arbeiterfrage. Aufgestellte These S. 58. Achtes Kapitel: Die Innenkolonisation S. 61. 1. Die Kleinsiedlung in ihrer Wirkung auf die Arbeiterfrage S. 62. 2. Beispiel: Die Ansiedlungsgesellschaft des Kreises Pyritz S. 68. 3. Die Nordlandgängerei S. 70. 4. Die durch die innere Kolonisation gegebene „neue Zwecksetzung" S. 73. Neuntes Kapitel: Das übrige Arbeitsgebiet der ländlichen Wohlfahrtspflege. Die Verbesserung des Landarbeiterwesens S. 76. 1. Landwirtschaftlich-technische Gewerbe und Unternehmungen S. 78. 2. Ländlicher Hausfleiß und Hauskunst, Winterheimarbeit und Hausindustrie S. 80. 3. Beispiel: Die Wiedereinführung der Handweberei im Kreise Pyritz S. 84. 4. Landhandwerk S. 86. 5. Eignung von Industriearbeitern für die landwirtschaftliche Arbeit? S. 87. 6. Zusammenfassung: Wie stellt sich danach die ländliche Arbeiterfrage dar? S. 89. Zehntes Kapitel: Die landwirtschaftlichen Arbeitsämter S. 94. — Vierter Teil: Die Lösung der Arbeiterfrage in der deutschen Landwirtschaft S. 99—111. Elftes Kapitel: Die Lösung in der Theorie S. 99. 1. Rückweis der Taylorisierung S. 99. 2. Die „anzustrebende" Rationalisierung im ländlichen Arbeitsverfahren S. 100. Zwölftes Kapitel: Die Lösung in der Praxis S. 101. 1. Das politische Schicksal Polens S. 102. 2. Die Stellung der Landwirtschaft zu den ausländischen Wanderarbeitern und der steigende Wanderarbeiterbedarf bei der Industrie S. 104. 3. Änderung in der Produktionsrichtung? Disponieren über Arbeitskräfte und Gruppierungsvermögen S. 106. 4. Staatliche Einflußgewinnung auf die Gestaltung der Wanderarbeiterfrage und auf die Abwanderung vom Lande S. 110. — Fünfter Teil: Das Endergebnis S. 112. — Schluß S. 112. Literaturverzeichnis S. 113.

Einleitung

Die Wanderarbeit[1] wurzelt tief im Wesen der Landwirtschaft und ist eine internationale Erscheinung. Diese beiden Grundsätze widersprechen den üblichen Anschauungen und verdienen darum eine nähere Begründung. Das Problem der Auslandswanderarbeiter ist kein ostelbisches und keines der letzten Jahrzehnte. Die Wanderarbeit in der Landwirtschaft ist vielmehr Jahrhunderte alt und stellt sich überall ein, wo in einem industriell aufsteigenden Lande der Landwirtschaft Arbeitskräfte in stetig steigendem Maße entzogen werden. Dieses Problem erfordert nun eine örtlich abgetönte Behandlung. Unsere deutsche Landwirtschaft hat ihre Wanderarbeiter zum größten Teile aus Russisch-Polen und Galizien bezogen. Es fragt sich daher, ob bei den völlig veränderten politischen Verhältnissen nach dem Kriege auf den Wanderarbeiterstrom aus diesen Ländern weiter zu rechnen sein wird und je nach Beantwortung dieser Frage, inwieweit wir imstande sind, einen Wanderarbeiterausfall im Lande selbst zu decken.

Um die richtige Stellung zu gewinnen, die die deutsche Landwirtschaft zu ihren Auslandsarbeitern einnimmt, haben wir uns zuerst mit dem Wesen der Wanderarbeit in der Landwirtschaft und mit der Entwicklung der Landarbeiterverhältnisse in Deutschland zu beschäftigen.

Erster Teil

Landwirtschaft und Wanderarbeit

Erstes Kapitel

Das Wesen der Wanderarbeit in der Landwirtschaft

„Die Landwirtschaft ist ein Saisongewerbe, d. h. ihre Produktionstätigkeit verteilt sich ungleichmäßig über das ganze Jahr[2]." Hochsommer und Herbst bieten die größten Arbeitsgelegenheiten, im

---

[1] Es liegt dieser Untersuchung eine Arbeit von Professor Wygodzinski-Bonn („Die ausländischen Wanderarbeiter in der deutschen Landwirtschaft" im Weltwirtschaftlichen Archiv Bd. 7, Heft 2, S. 351—378) zugrunde, deren Gedankengang ich im großen und ganzen zuerst gefolgt bin. In den Ergebnissen wird in meiner eingehenden Untersuchung von seiner Auffassung abzuweichen sein.

[2] Wygodzinski, S. 352.

Winter aber stehen wir annähernd vor einem Vakuum. Diese Schwankungen im Arbeitsbedarf lassen sich durch geeignete Betriebsmaßnahmen einigermaßen ausgleichen, wobei der jeweilige Stand der Technik eine ausschlaggebende Rolle spielt: beschäftigte früher der Flegeldrusch die männlichen Kräfte während der Wintermonate, und wirkte das Ausüben nicht landwirtschaftlicher Tätigkeit wie des Spinnens und Webens ausgleichend, so stellt heutzutage die Arbeit im Forste im allgemeinen wohl das wichtigste Ausgleichmittel dar, ohne indessen völlig zu befriedigen.

Jede Betriebsintensivierung, wie sie Dreschmaschinen, Dampf-, Motor- und Elektropflüge, Errichtung von Kartoffeltrocknereien und starker Hackfruchtbau im Gefolge haben, drängt naturgemäß den Arbeitsbedarf auf eine immer kürzere Zeitspanne zusammen und läßt ihn daselbst zu einer gewaltigen Höhe emporschnellen.

Zur Ausgleichung dieser Arbeitsbedarfsschwankungen diente neben der Heranziehung der Reserven des Dorfes das gegenseitige Aushelfen nachbarlicher Betriebe und vor allem die Fernwanderung.

Das charakteristische Merkmal der Wanderarbeiter ist, daß sie außerhalb ihres gewöhnlichen Wohnorts periodisch Wohnung und Arbeit nehmen und ebenso periodisch in ihre Heimat zurückkehren.

„Die Waidgängerei, d. h. die Wanderung wendischer Arbeiter aus der Lausitz und benachbarten Landstrichen nach Thüringen zwecks Hilfe bei der viel Arbeit kostenden Waidkultur" — der Waid diente zur Gewinnung eines schwarzblauen Faserstoffes — „ist schon seit dem 14. Jahrhundert urkundlich bezeugt; diese Waidgänger sind die richtigen Vorfahren der Sachsengänger[1]".

Ein weiteres Beispiel bietet die Arbeitsverfassung auf den Großgütern des preußischen Ordenslandes im 15. Jahrhundert. Die Hand- und Spanndienste unfreier Bauern traten gegenüber denen freier Landarbeiter zurück, die, „namentlich zur Heu- und Getreideernte herangezogen"[1], teils aus dem Lande selbst stammten, teils als Fremdarbeiter aus Masovien und Litauen zur Ernte hereinströmten und bei Arbeitsende mit ihren Ersparnissen heimkehrten. Das sind die polnischen Wanderarbeiter, als die wir sie bis heute kennen. Dies zum Beweis dafür, daß die Wanderarbeit in der Landwirtschaft keineswegs eine neue Erscheinung ist.

Sie ist ferner „auch nicht eine deutsche, sondern ganz allgemeine

[1] Wygodzinski, S. 353.

Erscheinung“ [1] in der Form der Binnenwanderung sowie, was uns hier angeht, in der Form der Auslandssaisonwanderung. Entweder hat das Zuwanderungsland ähnlich wie Deutschland seine Volkswirtschaft so stark entwickelt, daß der Industrialisierungs- und Verstädterungsprozeß den landwirtschaftlichen Überschuß an sich gezogen hat, vielleicht gar an der Zersetzung der landwirtschaftlichen Bevölkerung schon arbeitet, oder ein Land ist noch so dünn besiedelt, „daß ohne eine Saisonzuwanderung die landwirtschaftliche Arbeit nicht bewältigt werden kann . . . . Zuwanderungsländer der ersten Art sind England, Frankreich, Dänemark, Schweden; der zweiten Art die Vereinigten Staaten und Argentinien[1].“

Deutschland ist hierbei insoweit interessiert, als „Frankreich, Dänemark und Schweden als Konkurrenten auf dem polnischen Wanderarbeitermarkt aufgetreten sind, bereits seit einer Reihe von Jahren und jedenfalls auch nach dem Kriege versuchen werden“ [2], in erster Linie Frankreich, seinen stark gelichteten Landarbeiterstand vermittels polnischer Wanderarbeiter aufzufüllen.

Das mag genügen, um die Wurzeltiefe der Wanderarbeit und ihre Internationalität zu beweisen.

Zweites Kapitel

Die Entwicklung der Landarbeiterverhältnisse in Deutschland

Diese wird am besten durch einige Zahlen gekennzeichnet. „Es waren nach den beiden Berufszählungen von 1895 und 1907 an hauptberuflich tätigen landwirtschaftlichen Arbeitern mit Ausnahme der mitarbeitenden Familienglieder vorhanden: 1895: 3547057, 1907: 3171866, also eine Abnahme der familienfremden Arbeiter“ [3] um rund 380000 in Zeiten steigender landwirtschaftlicher Intensivierung, „während Industrie und Handel die gleichen Arbeiterkategorien um Millionen vermehrten“ [3].

Wenn dem auch eine bedeutende Vermehrung, zum Teil nur schärfere Erfassung der „mithelfenden Familienmitglieder von 1898867 im Jahre 1895 auf 3883034 im Jahre 1907 entgegenzuhalten ist, so bleibt doch das Grundbild: bei steigender Intensität der Wirtschaft ein Rückgang der familienfremden Arbeiter [3], . . . dafür eine Ersetzung

[1] Wygodzinski, S. 353.
[2] Ebenda S. 354.
[3] Ebenda S. 356.

von solchen Wirtschaften, die mit fremden Arbeitern betrieben werden, durch Familienwirtschaften“ [1].

Was die Zusammensetzung nach Altersklassen anbelangt, so ist das arbeitsfähigste Alter von 20 bis 40 Jahren in der Landwirtschaft mit 37,6 %, in der Industrie mit 51,2 %, im Handel mit 47 % vertreten [1], das heißt: die Landwirtschaft bringt wohl die meisten und besten Kräfte hervor, die sich jedoch, um ein besseres Auskommen zu gewinnen, der Industrie zuwenden. Da die Frauen sich für ländliche Arbeiten ebenso geeignet oder sogar geeigneter als Männer erweisen, wird sich die während des Krieges verstärkt herangezogene Arbeit der Frauen und Mädchen aus einer Aushilfe, einem Behelf, den wir vordem in der Frauenarbeit erblickten, zur wirklichen Stütze auswachsen, die wir nicht mehr missen möchten. Die Frauen nehmen in der Landwirtschaft einen viel breiteren Raum denn in der Industrie ein [1]. So hat sich in der Landwirtschaft die weibliche berufstätige Bevölkerung von 1895 bis 1907 um 67 % vermehrt, wohingegen die männliche sogar um 4,6 % gegenüber einer Zunahme der männlichen Industriebevölkerung um 35,4 % zurückging.

„Da ferner infolge des Übergangs der ländlichen Jugend zu anderen Berufen der Nachwuchs fehlte, wurde auch die Aufrechterhaltung eines bestimmten Lehrganges unmöglich. Ebenso konnte die Arbeitsteilung nur noch nach dem Geschlecht aufrecht erhalten werden, während sie nach dem Alter und der Qualität der einzelnen Arbeiter, wie sie vordem bestand, vielfach wieder aufgegeben werden mußte [2].“ Unter „Verbesserung des Landarbeiterwesens“ wird darauf näher einzugehen sein [3]. Damit ist ein sehr starker Rückgang der landwirtschaftlichen Berufsbevölkerung an Arbeitswert festgestellt [4].

Dieser Tatsache gegenüber ist zu untersuchen, inwieweit eine „Änderung der Betriebsformen in Anpassung an das verminderte Arbeitsangebot“ [5] Aussicht auf Erfolg hat, wie man der Landflucht am ehesten beikommen kann und schließlich, wie sich die fremden Arbeitskräfte der deutschen Landwirtschaft einfügten, und ob auf diese Aushilfe dauernd zu rechnen ist.

---

[1] Wygodzinski, S. 357.

[2] Bielefeldt, Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft der Provinz Sachsen, S. 143.

[3] Siehe unten S. 89.

[4] Wygodzinski, S. 357.

[5] Ebenda S. 358.

Eine Änderung der Betriebsformen kann eintreten einerseits, indem man auf die Handarbeit so weit als möglich verzichtet, was beim großen und auch mittleren Betriebe der Fall wäre; andererseits, indem man die familienfremden Arbeiter entbehren lernt, wofür der kleinere Betrieb in Betracht käme[1].

In der Wirtschaft des Kleinbauern ist alles auf die möglichst vielseitige Heranziehung der Familienmitglieder eingestellt, und je reicher der Kleinbauer mit gesundem Nachwuchs gesegnet ist, um so eher ist ein Ganzverzicht auf familienfremde, ausländische Arbeitskräfte angebracht. Naturgemäß wächst „die Beteiligung der Familienmitglieder an der landwirtschaftlichen Arbeit in dem Maße, als der Betriebsumfang sinkt“[1]. Der Schwerpunkt der Familienwirtschaften, bei denen es auf gewissenhafteste Arbeit ankommt, ruht auf der Viehzucht und dem Gemüsebau. Für den eigentlichen Getreidebau dagegen ist der Großbetrieb rentabler; er muß damit rechnen, daß Arbeiterzahl und Qualität sich mindern, demgemäß „muß er seinen Betrieb auf geringere Arbeitswerte einstellen“[2]. Dies wird entweder durch entsprechende Betriebsgestaltung (reine Weidewirtschaft im Großbetrieb) oder durch die mechanische Arbeitskraft erreicht.

Vor dem Krieg war die „Ausschaltung der intensiven Viehhaltung und Viehzucht, die einen besonders hohen Arbeitsaufwand verlangt, unter dem Einfluß der in den letzten Jahren gestiegenen Getreidepreise ein Ziel“[3], das unter dem Druck der Arbeiternot durch leichte Beschaffung von Kunstdüngung und entsprechende mechanische Bodenbearbeitung sich mancher Landwirt gesteckt hatte. Wie schon erwähnt, verminderte die Abtrennung immer weiterer Tätigkeiten von der des Landwirts den Arbeitsaufwand, so daß der moderne Landwirt im Winter seinen „Arbeiterstab auf das denkbar geringste Maß“[3] verringern konnte.

„Der moderne landwirtschaftliche Betrieb mit seinem starken Hackfruchtbau . . . . . verlangt aber unbedingt die Verwendung immer größerer Arbeitsquantitäten. Dies wird nicht durch die kompliziertere Technik dieses Betriebes, sondern durch die nunmehr sehr viel größeren Ernteerträge für deren Einbringung erfordert[3].“

Die Qualitätsverschlechterung der landwirtschaftlichen Arbeit ergab schon die Betrachtung über die Alterszusammensetzung, der

[1] Wygodzinski, S. 358.
[2] Ebenda S. 359.
[3] Ebenda S. 360.

zufolge die besten Leute von dem Lande in die Stadt abwandern. Nun liegt die Sache aber nicht so, als ob für die landwirtschaftliche Arbeit die minder begabten Elemente gerade gut genug seien. Melken, Pflügen, Säen sind hochqualifizierte Arbeiten, die ein dauernd liebevolles Eingehen auf die Leistung zur Bedingung haben, die keine geringeren Ansprüche stellen als die Arbeit in der Industrie. Man ist sogar heutzutage der Ansicht, daß der großstädtische Überschuß weiblicher Hände, wie er in der Konfektionsindustrie zu finden ist, für harte Arbeiten im Freien ganz unbrauchbar ist.

Kommt hinzu, daß der Landarbeiter jetzt mehr denn je wissen muß, mit Maschinen umzugehen: dabei „werden gerade an sein Verständnis des Maschinenmechanismus, dessen Funktionen und Reparaturen noch höhere Anforderungen gestellt als an den Industriearbeiter. Dieser arbeitet ganz überwiegend mit ortsfesten Maschinen, der Landarbeiter ebenso überwiegend mit beweglichen, . . . darum nicht so widerstandsfähigen Maschinen“ [1]. Dessen ungeachtet bringt die Maschine „auf dem Lande stetig vor, eben als Ersatz für die fehlenden Hände“ [1].

Weil die landwirtschaftlichen Maschinen meist zeitlich nacheinander und wenig räumlich nebeneinander betrieben werden, genügt eine geringe Anzahl geschickter Gutsarbeiter zu ihrer Bedienung. Auf den Umfang und die Art der Maschinenverwendung wird im siebenten Kapitel näher eingegangen.

Was die Maschinenverwendung im Kleinbetriebe betrifft, so herrscht im Anfange der genossenschaftliche Bezug vor; hat sich der Landwirt erst der Vorzüge solcher Maschinen, die natürlich nicht zu teuer sein dürfen, versichert, dann schreitet er zur Selbstanschaffung. Man kann daher im allgemeinen den genossenschaftlichen Bezug hier im Kleinbetriebe als eine Voraussetzung zur Eigenanschaffung ansehen; denn beim genossenschaftlichen Bezuge denken die Bauern am Ende, sie könnten etwas versäumen, wenn der eine auf den andern warten muß.

In Verbindung mit der Maschinenverwendung hat sich die Elektrizität als ein in ungewöhnlichem Maße arbeitsparender Faktor im landwirtschaftlichen Betriebe erwiesen.

Der elektrische Strom ermöglicht gewissermaßen ein „durchweg elegantes Arbeiten“, das in der plumpen Bauernhand zu gleichem Erfolge ausschlagen muß wie unter der Hand des gelernten Arbeiters. Die Gefahrlosigkeit, Feuersicherheit und die vollste Ausnutzung des

[1] Wygodzinski, S. 361/62.

Stromes, kaum daß er eingeschaltet ist, bis zu dem Augenblick seiner Ausschaltung, sind geeignet, in ihm ein ideales Arbeitsmittel zu erblicken, sofern die elektrische Kraft billig abgegeben wird. Zu dem eleganten Arbeiten gesellt sich auch noch das „saubere Arbeiten".

Gleichzeitig wird das Konto des persönlichen Arbeitsaufwandes durch den elektromotorischen Antrieb entlastet. Nicht nur, daß zum Beispiel das zeitraubende Anschirren der Zugtiere fortfällt, auch wenn der Landmann zur Arbeit einmal wenig Lust verspürt, er vielleicht gerade noch den Steckkontakt einstecken mag, werden wir darin einen Vorzug der elektrischen Triebkraft feststellen dürfen, daß die Elektrizität in dem Landmanne durch die Anschmiegsamkeit und Leichtigkeit ihres Arbeitens sowie durch die rasche Anhäufung der jeweiligen Produkte das Lustgefühl zur Arbeit wieder auslöst.

Auf die Vorzüge, die sich für Klein- und Großbetrieb ergeben, sowie auf das Netz der durch die großen Elektrizitätskonzerne errichteten Überlandzentralen wird zurückzukommen sein.

Die Dampf- und Motorpflüge bilden eine Frage für sich. Wir haben zu unterscheiden einerseits den Dampfpflug des Zweimaschinensystems, anderseits den Motorschlepppflug und den Tragpflug mit eingebautem Motor. Man ist leicht geneigt, den Motorpflug höher als den Dampfpflug zu bewerten, weil die sogenannten Landbaumotoren in den besetzten feindlichen Gebieten jetzt so ausgezeichnete Dienste geleistet haben.

Wie mir aber Professor Gustav Fischer, der Spezialist auf dem Gebiete des Maschinenwesens in der Landwirtschaft — an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule — versicherte, ist der Dampfpflug nicht zu verdrängen und besitzt gegenüber dem Motorpflug seiner ganzen Konstruktion wie seinem sauberen Arbeiten nach gewisse Vorzüge, die er in den folgenden Jahren nur noch hervorstechender zur Geltung bringen wird.

Ohne auf technische Einzelheiten näher einzugehen, seien folgende Vorzüge festgestellt: da ist es einmal das immens hohe Eigengewicht, mit dem der Motorpflug arbeitet, und das die Betriebskosten so erhöht. Nur 40 % der Triebkraft, unter Umständen sogar nur 33 % sind auf die Pflugkörper übertragbar. Ferner fällt der Kessel beim Dampfpflug verhältnismäßig klein aus, weil sich zwei Maschinen in die Arbeit teilen können; dann arbeitet der Motorpflug immer mit Höchstleistungen, so daß er keine Reserven zur Verfügung hat. Man kann auch sein Gesamtgewicht nicht in gleichem Maße wie die Nutzleistung vermindern, und schließlich arbeitet der Dampf-

pflug schneller und kontinuierlicher als der Motorpflug. Man hat, angestachelt durch die großen Vorzüge des Dampfpfluges, auch einen Motorpflug nach Zweimaschinensystem gebaut, doch ist seine Beweglichkeit in diesem Falle so gut wie gar nicht ausnutzbar.

Wie bereits ersichtlich, liegt der Hauptvorzug des Dampfpfluges in der Art der Arbeitsausführung, der des Motorpfluges dagegen in der Ersparnis an Arbeitskräften. In der anzustrebenden Rationalisierung des ländlichen Arbeitsverfahrens werden wir weitere Folgerungen zu ziehen haben.

Bei diesen kostspieligen Maschinen, wie sie Dampfpflug und Motorpflug darstellen, ist der genossenschaftliche Bezug unter Großbetrieben ein sehr verbreiteter und beliebter. Es fehlt der Landwirtschaft noch an einem kleineren Schlepppflug für etwa 2000 Mark, wie er sich sehr für mittlere Betriebe eignen würde. Unsere Industrie muß sich nach dem Kriege mehr der Herstellung landwirtschaftlicher Gerätschaften und Maschinen annehmen: qualitativ stehen wir auf der Höhe, aber nicht quantitativ.

Im Gegensatz zur maschinell arbeitenden Industrie mit ihrer kontinuierlichen Arbeit ist die landwirtschaftliche Maschinenverwendung nicht gleicherweise unbegrenzt. Danach „ergibt sich eine Grenze des wirtschaftlichen Nutzens der Maschinenverwendung, die um so enger sein wird, je höher der Herstellungspreis der Maschine und je kürzer ihre Verwendungszeit ist“ [1].

Die Arbeitererspärnis durch die Maschinenverwendung ist, wie weiterhin nachzuweisen sein wird, eine sehr beträchtliche. So ist es möglich, durch einen Bindemäher 7 Männer nnd 7 Frauen zu ersetzen. Man kann also Wygodzinski bei Behandlung dieser Frage nicht recht geben, wenn er dem Motorpflug vor dem Dampfpflug ohne weiteres den Vorzug gibt, und wenn er von der Maschinenanwendung nicht allzuviel erhofft. Diese kann in Verbindung mit der Elektrifizierung einem Arbeitermangel in der Landwirtschaft in gewissem Maße erfolgreich begegnen. Natürlich ginge es zu weit, wenn wir eine Umwälzung des ganzen Arbeitsverfahrens von der Maschinenverwendung erwarten wollten; dagegen spricht ja die ganze Eigenart landwirtschaftlicher Betriebsamkeit.

Gleichzeitig ist eine Einschränkung der Gespannhaltung und ihre Ersetzung durch einen Motorlastwagenbetrieb sowie durch Feldbahnen von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Gespanne

---

[1] Wygodzinski, S. 363.

werden heute hauptsächlich zum Fortschaffen der Feldfrüchte gebraucht. Hier lassen sie sich in achtbarer Weise verringern durch gut gelegte Feldbahnnetze und durch Drahtseilbahnen, die stets den Vorzug geräuschlosen Betriebes, der geringsten Entfernung vom Verlade- bis zum Abladeplatz und vor allem den Vorzug des durch keine Schienenstränge eingeengten oder überbrückten Geländes haben. Bei der Besprechung von Maßnahmen, die die Übergangswirtschaft betreffen, haben sich die zuständigen Stellen bereit erklärt, bei der Abrüstung Feldeisenbahnen an die Landwirtschaft abzugeben, die ja dann für militärische Zwecke nur in ganz geringen Umfange noch in Betracht kommen.

Die zweite Frage war: wie ist der Landflucht beizukommen? Das Problem gestaltet sich darum so schwierig, weil man sich über die Ursachen der Landflucht uneins ist. Man hat gesagt, die Landflucht wäre zum überwiegenden Teil nicht durch wirtschaftliche, sondern durch triebartige Ursachen bedingt, „die tiefer im Wesen der Einzelpersönlichkeit oder in einem Herdentriebe der Menschen begründet sind“ [1].

Im übrigen ist die Verstädterung des Lebens, die seit 1850 gewaltig anhebt, eine internationale wie auch interlokale Erscheinung, das heißt, sie ist in kleinbäuerlichen Gegenden nicht geringer als beim größeren Grundbesitz. Bekanntlich tritt die stärkste Entvölkerung dort ein, wo die großen Güter allzusehr überwiegen. „Dem gegenüber besitzen die bäuerlichen Bezirke im allgemeinen eine stärkere Widerstandskraft als die Großgüter“ [2], deren Arbeitsverfassung dem Arbeiter nicht behagt. Darum beruht die Innenkolonisation, in der man das wirksamste Gegengewicht gegen die Landflucht vermutet, auf dem Gedanken einer „innigeren Verbindung des Arbeiters mit der Scholle“ [2]. Der Landarbeiter soll sich als Mensch und Landwirt fühlen, er muß Aussicht auf soziales Aufsteigen haben. Die Innenkolonisation ging schon zu Friedenszeiten langsam vorwärts. Durch den Krieg hat sie eine erhöhte Bedeutung gewonnen.

Wie von berufener Seite ausgeführt wird (Herkner), „ist die Erhaltung einer starken Agrarbevölkerung ein wirtschaftspolitisches Ideal, für das die weitesten Bevölkerungskreise leicht zu gewinnen sind“ [3]. Besonders in diesen Zeiten schwieriger Lebensmittelbeschaffung

[1] Archiv für exakte Wirtschaftsforschung, 1914, Erg.-Heft 14, S. 185.
[2] Wygodzinski, S. 365.
[3] Die Arbeiterfrage, Bd. 2, S. 35.

müßten es alle Volksschichten gespürt haben, wie segensreich ein inniger Kontakt mit dem Lande für jeden Haushalt ausschlägt. Über allen technischen Errungenschaften und kulturellen Fortschritten dürfen wir niemals vergessen, daß die Wurzeln unserer Volkskraft auf dem Lande liegen.

Vorläufig kann es sich nur darum handeln, alle, die „auf dem Lande leben und in Zukunft dort aufwachsen, zurückzuhalten“ [1], und diese Aufgabe ist schwer genug. Die arbeiterlose Landwirtschaft fand jedoch „ein Ersatzmittel in der Heranziehung fremder unständiger, sogenannter Wanderarbeiter“ [2].

Drittes Kapitel

Die Stellung der deutschen Landwirtschaft zu ihren Auslandsarbeitern

„Die Wanderungen der Wanderarbeiter gingen bekanntlich zuerst aus dem Osten Deutschlands nach den mitteldeutschen Rübengebieten [2].“ Amerika und später die deutsche Industrie zogen die Sachsengänger an und entvölkerten so den deutschen Osten. In die leeren Stellen rückten die slawischen Völker nach. Die einsetzende Slawisierung des Ostens widersprach der deutschen Politik. Bismarck hat noch einmal 1886 versucht, durch eine Massenausweisung der slawischen Überschwemmung Herr zu werden. 1890 hat Caprivi diesen Wall „niedergerissen, und seitdem ist die Zahl der Fremdarbeiter in einem bis jetzt nicht abzusehenden Steigen begriffen“ [2].

So war im Jahre 1910 die Zahl der Reichsausländer größer als das Sechsfache der 1871 ermittelten Zahl, nämlich von 207 000 auf 1 260 000 angewachsen, in den Jahrfünften 1895 bis 1900 und 1900 bis 1905 um annähernd 300 000 Ausländer gestiegen. Der Anteil der Reichsausländer an der gesamten ortsanwesenden Bevölkerung ist seit dem Jahre 1871 fast um das Vierfache, nämlich von 5,04 auf 19,40 vom Tausend gestiegen. Hinsichtlich der Verteilung der Reichsausländer auf die Staaten und Landesteile Deutschlands wird darauf hingewiesen [3], daß im allgemeinen die Grenzgebiete des Reiches mit Ausländern stark besetzt sind.

Aus den Zahlen wird hervorgehen, daß die Industrie daran ihren beträchtlichen Anteil hat, und zwar unmittelbar. Nach dem

[1] Wygodzinski, S 365.

[2] Ebenda S. 366.

[3] Weltwirtschaftliches Archiv 1916: Chronik und Archivalien, S. 385/86.

mir vorliegenden jüngsten Bericht über die Tätigkeit der deutschen Arbeiterzentrale im Geschäftsjahr 1912/13 — während des Krieges werden keine Berichte veröffentlicht — wurden 1912/13 legitimiert für die Landwirtschaft 411706 ausländische Arbeiter, für die Industrie 355509 ausländische Arbeiter. Die Zahl der ausländischen Arbeiter in Deutschland dürfte noch höher angenommen werden, da der Legitimationszwang noch nicht alle Zuwanderer erfaßt. Der Wanderarbeiterbedarf von Industrie und Landwirtschaft überwiegt jetzt im Kriege nach Schätzung der deutschen Arbeiterzentrale bei der Industrie bereits um ein beträchtliches. Die industriellen Ausländer scheiden bei der Untersuchung aus.

Wie paßten sich nun die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter den deutschen Verhältnissen an?

Die Polenpolitik der Regierung ging dahin, „daß die Leute über Neujahr Deutschland zumindest sechs Wochen verlassen müssen[1]", um einem Einwurzeln vorzubeugen. Die Wanderarbeiter, die im Februar und März kommen, wandern vielfach gern im November zurück, um selbst nach ihrem kleinen Anwesen und den Ihrigen zu sehen.

Oft wird über die Kriminalität, das ist die Straffälligkeit der polnischen Wanderarbeiter, Beschwerde geführt, wird geklagt, daß sie in sittlicher Beziehung nicht einwandfrei wären, zu Aufruhr und Unruhen neigten. „Auch die Italiener in Süddeutschland machten den Gerichten unerwünscht viel zu schaffen, ähnlich wie vielfach die Kroaten[2]." Zugegeben, der kulturelle Stand der Wanderarbeiter sei geringer, so bietet es nichts Überraschendes. Denn ohne diese kulturelle Verschiedenheit hätte das Einströmen ausländischer Wanderarbeiter in die von den Deutschen gelichteten Stellen nicht erfolgen können.

Wenn wir auch nicht gerade von einer Auslese im schlechten Sinne reden wollen, so sind es doch zumeist Analphabeten, die, unzufrieden mit den niedrigen Heimatslöhnen, einen besonderen Reiz in der Auswanderung finden und ihre materielle Lage zu verbessern trachten.

Der niedere Kulturzustand der Wanderarbeiter geht an Deutschland nicht wirkungslos vorüber. Da ist es schon die Sprachverschiedenheit, die eine Verständigung oft unmöglich macht. Wenn wir bedenken, daß wir in der Sprache mit das elementarste Zu-

[1] Wygodzinski, S. 366.
[2] Ebenda S. 367.

sammengehörigkeitsgefühl erblicken, so ergibt sich, daß in diesem Falle der Arbeitgeber keine Einwirkung auf seine Wanderarbeiter besitzt, an der ihm doch sehr gelegen sein müßte. Solch beabsichtigte Einwirkung fällt ganz fort, wenn sich zwischen die slawischen Arbeiter und den deutschen Landwirt Elemente schlimmster Art, die Gesindeagenten und die Vorarbeiter, einschieben, die alle Ursache haben einer Verständigung entgegenzuwirken, da sie die Arbeiter ausbeuten wollen (Lohn, Deputat). Daher müßte der Gutsherr die Lieferung der Lebensmittel und die Lohnauszahlung seinerseits überwachen[1], um so das Gefühl der Fremdheit zwischen sich und den Wanderarbeitern einigermaßen zu beheben.

„Es liegt in der Behandlung der fremdsprachlichen Wanderarbeiter, sofern diese nach dem Kriege nicht gänzlich ausgeschaltet sein sollten, eine wichtige Kulturaufgabe vor[2]."

Die Arbeiterzentrale hat sprachgewandte Beamte, die bei Streitigkeiten vermitteln. Ebenso wirken die Arbeitsnachweise der Landwirtschaftskammern. Auf diesen Wegen wird fortzufahren sein. Vor allem werden die privaten Vermittler auszuschalten und die ländlichen Arbeitsnachweise auszubauen sein, damit sie die Arbeitsuchenden bis in die Einzelheiten hinein unterrichten.

Bei den Leuten, die darauf Wert legen, sich eine bestimmte Arbeitsstelle zu wählen, anstatt von Agenten wie ein Frachtgut versandt zu werden, wird sich der Reiz der Arbeit noch eher einstellen, und sowohl dem Käufer wie dem Verkäufer der Arbeit wird in mancher Beziehung besser gedient sein.

Zweiter Teil

Die ausländischen Wanderarbeiter in der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege

Viertes Kapitel

Die Wanderarbeiterfrage unter Berücksichtigung der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse

1. Die Legitimationsstatistik

Die Wanderarbeiterfrage, vor dem Kriege schon das schwierigste Problem der Agrarpolitik, ist durch den Krieg zu einem neuen

[1] Wygodzinski, S. 369.
[2] Ebenda S. 370.

Schreckgespenst geworden. Die deutsche Arbeiterzentrale legitimierte 1912/13 Landwirtschaftsarbeiter aus Rußland 280 000, Österreich-Ungarn 117 000, Niederlande und Belgien 10 000, Skandinavien 3000, Schweiz 1500. Als Herkunftsländer überwiegen also Rußland und Österreich-Ungarn. Nach der Legitimationsstatistik der Arbeiterzentrale waren von den 397 000 Arbeitern, die diese beiden Länder stellten, 316 000 oder 80 % Polen, die zu $^5/_6$ aus Russisch-Polen, zu $^1/_6$ aus Galizien kamen. Als zweite Gruppe folgen 52 000 Ruthenen und ferner 12 000 Deutsche. Die Wanderarbeiterfrage stellte sich also bisher fast ganz als eine Polenfrage dar.

2. Die Verhältnisse in polnischer Beleuchtung

A. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Russisch-Polen

Wie beurteilt man nun in Polen selber die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Landes? Welche Stellung nimmt man zur Frage der Wanderarbeiter ein? Um dies aus polnischem Munde zu vernehmen, wird im folgenden auf das Buch von Koskowski: La question agraire au Royaume de Pologne — wiederholt zurückgegriffen werden.

a) Die Grundbesitzverteilung[1]

Russisch-Polen war früher, wie es in diesem Land der Adelsherrschaft selbstverständlich ist, überwiegend ein Land des Großgrundbesitzes. 1862 waren noch rund 8 Mill. Deßjatinen (1 Deßj. = 1,09 ha) von 11,2 Mill. in Händen des Großgrundbesitzes. Durch die Agrarreform von 1864 ging mit einem Schlage alles Land, das bisher von den Bauern in Pacht bearbeitet wurde, in ihren erblichen Besitz über; das waren rund 3,6 Mill. Deßj., fast ein Drittel des Gesamtumfanges. Seitdem hat eine sehr intensive Parzellierung den Bestand des Großgrundbesitzes noch weiter verkleinert, namentlich seitdem 1890 die Bauernbank ihre Tätigkeit begann.

Heute überwiegt in Polen der Kleinbesitz. 1904 entfielen bereits 57,2 % auf den Kleinbesitz. Diese Zahl ist für den Großgrundbesitz noch zu günstig, weil auf ihm zugunsten der Bauern noch eine große Anzahl von Servituten, Waldnutzungen und Weidegerechtigkeiten lasten. Die Zahl der servitutengenießenden Bauernstellen hat sich freilich seit 1864 stark vermindert. Immerhin waren 1902 noch

[1] Behandelt nach Zechlin, Die Bevölkerungs- und Grundbesitzverteilung im Zartum Polen, S. 38 ff.

126 000 bäuerliche Stellen, das sind 37,5 % im Genuß von Servituten. Bei einer Ablösung dieser Servituten würde sich der Großgrundbesitz wohl noch um 200 000 Deßj. wenn nicht um mehr vermindern. Verzichten können die Bauern auf die Servituten oder die entsprechende Landentschädigung nicht, da sie ihrer überwiegenden Mehrzahl nach, wie wir noch sehen werden, ganz ungenügend mit Land ausgestattet sind. Über die wirtschaftlichen Nachteile, die sich aus diesen Verhältnissen ergeben, ist kein Wort zu verlieren; sie sind zudem die Quelle zahlloser Prozesse zwischen Gutsbesitzern und Bauern. Auch sind die Waldungen überwiegend im Kronbesitz oder im Großgrundbesitz. Offenbar hängt die Verteilung des Kronlandes über das Zartum hauptsächlich mit den in Polen vorhandenen Waldbeständen zusammen. Von den 670 000 Deßj. Kronland sind 593 000 Deßj. Wald, dazu 27 000 Deßj. Unland, bleiben als Ackerland 50 000 Deßj.

Der ganze Osten des Zartums, alles Gebiet rechts der Weichsel, ist überwiegend Bauernland. Links der Weichsel im Weichselbogen ist die Grundbesitzverteilung mannigfacher, der Großgrundbesitz im ganzen stärker. Der Großgrundbesitz des Zartums besteht der Hauptsache nach nicht aus großen Gütern oder Latifundien, sondern aus mittelgroßen Besitzungen; die mittlere Größe des Gutes betrug 1906 nach dem Warschauer statistischen Komitee 480 ha.

b) Der Kleinbesitz und der Ukas von 1864[1]

Der Kleinbesitz zerfällt in das Eigentum der Bauern (48,8 %), der kleinen Schlachta (5,8 %) und der Fleckenbürger (2,6 %). Dieser Kleinbesitz, der in der Grundbesitzverteilung des Zartums dominiert, ist seiner inneren Struktur wie seinen Besitzverhältnissen nach durchaus keine einheitliche Masse.

Die kleine Schlachta, der Bauernadel, sitzt im Nordosten des Zartums massiert. Sie stammt von den Ansiedlern, die — nach der gangbaren Lesart — einst von den polnischen Königen zum Schutz gegen die Litauer angesiedelt wurden. Sie stellt einen erheblichen Bruchteil der ländlichen Bevölkerung dar, 1904 rund 53 000 Stellen mit Kopfzahl von fast 1 Mill., bildet die oberste Schicht der Kleinbesitzer und ist im ganzen wohlhabender als diese; ihre Stellen sind auch im Durchschnitt mehr als doppelt so groß als der Durchschnitt der bäuerlichen Stellen, 12,3 Deßj. gegen 5,8 Deßj. Die kleine Schlachta stellt den ältesten Teil des polnischen Bauern-

[1] Zechlin, S. 51 ff.

standes dar, und der Boden, den sie bebaut, ist seit alters ihr freies Eigentum; darum ist sie innerlich und in ihrer Wirtschaftsweise ganz individuell und den westeuropäischen Bauern ähnlich. Die Fleckenbürger sind nicht weniger individuell als der Kleinadel. Sie setzen sich meist aus Dörflern oder kleinstädtischen Handwerkern zusammen, die neben ihrem gewerblichen Beruf noch etwas Landwirtschaft treiben. Daraus erklärt sich, daß der Besitz der Fleckenbürger durchschnittlich nur 3,5 Deßj. umfaßt.

Die Hauptmasse der ländlichen Bevölkerung bilden die Bauern (48,8 %). In Russisch-Polen waren vor der Agrarreform die bäuerlichen Besitzrechte sehr verschieden. 247 000 Bauern (58 %), die ein gutes Besitzrecht (erbliches Zinsrecht) besaßen, das ihnen schon vor 1864 eine individuelle Wirtschaft erlaubte, brachte die Eigentumsverleihung von 1864 keine nennenswerte Besserung ihrer Lage: der Zins fiel fort, dafür verdoppelte sich bald die Grundsteuer. Weiteren 49 000 Bauern, die auf Zeitpacht oder auf Zins mit Frondiensten angesetzt waren, gab der Ukas von 1864 das volle Eigentumsrecht gegen die Steuerzahlung. Die übrigen 132 000 Bauern (30 %) waren Fronbauern. Diese erhielten das Eigentum, und außerdem wurde das seit 1848 umstrittene Recht auf die Servituten zu ihren Gunsten anerkannt.

Das sind die Bauernklassen, die schon vor 1864 Grund und Boden besaßen. Dazu kommen die, die Land erst durch den Ukas von 1864 erhielten. Dieser schuf 170 000 neue bäuerliche Stellen. Die bäuerliche Urkunde wurde so ausgelegt, daß jeder das Land erhalten solle, aus dem er Nutzen ziehe. Das dafür erforderliche Land wurde entweder dem Großgrundbesitz entnommen, oder sogenannte leere Stellen, die ehemals Bauern gehört hatten, die aber von den Besitzern aufgegeben waren, wurden neu besiedelt, und zwar kamen hier durchschnittlich 5,2—6,7 Morgen auf jede Stelle. Der polnische Morgen umfaßt etwa soviel wie zwei deutsche Morgen. Auf den Majoraten und dem Regierungsland wurden jedoch nur Stellen von 3,2—3,7 Morgen geschaffen; die Regierung stattete also auf ihren eigenen Ländereien die neuen Bauern fast am allerschlechtesten mit Land aus. Hier wie bei der Servitutenfrage tritt es besonders deutlich hervor, daß die Regierung bei der Reform nicht von wirtschaftlichen, sondern von politischen Gesichtspunkten geleitet wurde. Man weiß[1], daß die bäuerliche Urkunde von 1864 die Unteilbarkeit der Parzellen unter

[1] Koskowski, S. 204/5.

6 Morgen ausgesprochen hat und sogar in einem bestimmten Maße ihre Unantastbarkeit, weil die durch die Bauern 1864 in Besitz genommenen Ländereien nur an Personen bäuerlichen Ursprungs verkauft werden können. Irgendeinen Vorteil für den Bauern aus diesen gesetzlichen Verfügungen herzuleiten, geht jedoch nicht an.

Wir wissen nicht, wie sich die einzelnen Gruppen entwickelt haben, nicht, wie in jeder einzelnen heute die Besitzverhältnisse sind. Jedenfalls ist der polnische Bauernstand im Gegensatz zum russischen zu einem guten Teil in westeuropäischer Weise individualisiert. Intensivste Landwirtschaft und geringster Gemeinbesitz bedingen einander.

Die Gouvernements in Russisch-Polen[1]

Zahl der Besitzungen im Umfang von . . . Morgen					Prozent der Stellenzahl				
bis 3	3—9	9—15	15—30	über 30	bis 3	3—9	9—15	15—30	über 30
171 250	379 925	238 311	163 600	59 137	17,0	37,5	23,5	16,2	5,8

Eine sichere bäuerliche Existenz haben nur die zwei letzten verhältnismäßig spärlichen Kategorien von 15 Morgen und mehr. Der Kleinbesitz zwischen 9—15 Morgen ist bei schlechtem Boden schon auf Nebenerwerb angewiesen. Die zahlreichste bäuerliche Klasse sind die Besitzer von 3—9 Morgen; bei ihnen ist es die Regel, nebenbei auf Tagelohn zu arbeiten. Man kann deshalb sagen, daß mindestens die beiden kleinsten Größenklassen, die mit 551 175 Stellen gegen 461 048 Stellen der drei anderen Klassen diese um noch 90 000 Stellen überwiegen, von ihrem Lande nicht leben können. In diesen Ziffern liegt das Agrarproblem des Königreichs Polen beschlossen, das im weiteren Verlauf der Untersuchung zergliedert werden soll. Der Bauer ist bei der Agrarreform mit zu wenig Land ausgestattet worden; wir sahen schon, daß namentlich die Schaffung der vielen kleinen Stellen von ca. 3 Morgen und weniger — etwa 45 240 Stellen — auf Rechnung des Ukases vom 19. 2. 1864 kommt.

c) Das Agrarproblem im Königreich Polen

Alle polnischen Nationalökonomen stimmen in dem Punkt überein, die materielle Lage der kleinsten Bauern sei hundsmiserabel. Es handelt sich hier offenbar um Gegenden, wo das Fehlen von Industrie und Handel dieser Kategorie von Bauern kein Mittel gibt,

[1] Arbeiten des Warschauer Statistischen Komitees, 21. Lieferung, 1905.

Arbeit außerhalb ihres Besitztums und der Agrikultur zu finden. Ihr Betrieb im Ausmaß von 1—3 Morgen vermag nicht, ihre ganze Zeit in Anspruch zu nehmen und ein ausreichendes Einkommen zu geben. Aber andererseits hält ihr Besitz sie am Platz zurück. Diese „Schollenpflichtigen" bieten also ihre Arbeit auf dem kleinen lokalen Markte an und senken so die Lohnhöhe auf das nur denkbare Minimum herab [1].

Die Erscheinung, daß der Lohn der Landarbeiter in Polen sehr niedrig ist, sogar noch niedriger als in Rußland, steht in engstem Zusammenhang mit der Bevölkerungsdichte. In den geringst bevölkerten Gegenden belaufen sich die Löhne noch am höchsten. Die Lohnfrage hängt zweitens offenbar von der vorherrschenden Form der ländlichen Wirtschaftsweise ab: da, wo die großen Besitzer auf die Arbeit einer großen Zahl von Kleinbauern, bereit, sich gegen geringes Entgelt zu verdingen, zurückgreifen können, da eilen sie nicht, die Arbeiter auf einen langen Termin kontraktlich zu verpflichten [2]: sie setzen die Zahl des verheirateten Gesindes herab, indem sie sie durch herumziehende, für die Sommerarbeit verpflichtete Arbeiter ersetzen. So hat hier jede Besserung in der Lage der Gesindearbeiter eine Verminderung ihrer Zahl im Gefolge. Andererseits mietet der Kleinadel, wenn er eine genügend große Besitzung hat, besonders lediges Gesinde gleich aufs Jahr.

Der Halbbauer muß im Gegensatz zum Landarbeiter — der auf lange verpflichtet, Nahrung, Feuerung, Wohnung, die Möglichkeit, einige Stücke Vieh aufzuziehen und medizinische Hilfe zugesichert erhält — sein Holz im benachbarten Walde stehlen; wenn er seine Kuh verliert, so kann sie nicht ersetzt werden, da es ihm an Geld mangelt. Er ist allen Veränderungen des Lebens unterworfen, stets unsicher, auf sich angewiesen und ohne Hilfe. Ein landwirtschaftlicher Fortschritt ist unter solchen Bedingungen eine Unmöglichkeit [3]. Die großen Besitzer lassen die Arbeiterwohnungen in einem bejammernswerten Zustande, während sie mitunter viel Sorgfalt auf die Instandhaltung der Wirtschaftsgebäude verwenden. Diese Bedingungen etwa stellen eine der wichtigsten Ursachen der beständigen Abwanderung der Arbeiter fest [4].

Man besteht hartnäckig darauf, uns das Landleben stets als ein

[1] Koskowski, S. 215.
[2] Ebenda S. 213.
[3] Ebenda S. 215.
[4] Ebenda S. 216.

Paradies in gesundheitlichem Sinne hinzustellen. Für Polen ist das alles weniger als wahr. Die Gleichgültigkeit der öffentlichen Gewalten erreicht hier ihre Höhe, und der Mangel an Belehrung unter den Bauern und die Vernachlässigung seitens des Großgrundbesitzes vereinen sich, um den polnischen Besitzungen einen Anblick höchster Not, Verwahrlosung und kulturellen Rückschritts zu verleihen[1].

Eine tiefere Reform ist nur möglich durch die Entfaltung des Lebens in den Kommunen, durch die Vermittlung der kommunalen Machtgewalt auch für die Verbesserung der Gesundheitsbedingungen wie in der Anwendung der hygienischen Regeln aufs Land, in der Ausbesserung der ländlichen Wege und in allen den Maßregeln, die darauf hinzielen, das allgemeine Kulturniveau zu erhöhen[2].

d) Die schlimmen Folgen der bäuerlichen Urkunde von 1864 und die Unmacht im Lande selbst[3]

In den letzten 50 Jahren hat wie in den meisten europäischen Ländern so auch in Polen der Großbesitz an Boden verloren und der Kleinbesitz daran gewonnen. Wenn dieser sich zahlenmäßig ausweitete, so verdankt er es nicht seiner technischen Überlegenheit, sondern vielmehr der Überarbeit und dem Unterverzehr der kleinen Landwirte. Er hat sich der allgemeinen Entwicklung anpassen müssen: für den Markt zu produzieren. Und die auf den russischen Eisenbahnen eingeführten Differentialtarife haben ein enormes Senken des Getreide- und Viehpreises auf dem polnischen Markt hervorgerufen; infolge dieser Konkurrenz vermag sich besonders der Großgrundbesitz nicht zu behaupten und der Kleinbesitz nur unter den größten Entbehrungen Widerstand zu leisten. Mit der wachsenden Tendenz, ausschließlich für den Verkauf zu produzieren, produzieren die Bauern gleichzeitig viel weniger Gegenstände, die zur Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse bestimmt sind.

Das Anwachsen der Bevölkerung nach der Reform von 1864 — übertrieben schnell und nicht im Gefolge von einer parallelen industriellen und kommerziellen Entwicklung des Landes —, führt die Zerstücklung fort bis zu einem Niveau von 9—15 Morgen, die notwendig sind, um davon leben zu können. Das Land bedeckt sich zur Hälfte mit bäuerlichen Betrieben, auf denen sich die Bauern zurzeit nicht mehr über dem Niveau eines ganz und gar primitiven Lebens

---

[1] Koskowski, S. 216.
[2] Ebenda S. 248.
[3] Ebenda S. 329/30.

aufrecht erhalten können. Zugleich nimmt die Klasse des ländlichen Proletariats zu. Seine Zahl überholt beträchtlich die Forderung des Marktes, aus welchem Grunde die Auswanderung in stetigem Steigen begriffen ist. Die Gesamtheit der ländlichen nicht besitzenden Bevölkerung wurde 1904 auf 440 350 Familien, das heißt 2 166 352 Personen beziffert[1].

Das sind die Elemente einer wahrhaften Krise: das Land hat das völlige Bewußtsein dieses Zustandes der Dinge, aber es verfügt nicht über die Mittel, nicht über die nötigen Garantien, um eine soziale Lösung zu versuchen. Es bleibt also die individualistische Lösung. Jede Reform muß vor allem in Betracht ziehen: Vermehrung des Territoriums der Kleinbetriebe und intensivere Kultur.

e) Die Tendenz zur Verminderung des Parzellenbesitzes, das Darniederliegen der Industrie und der Mangel an Heimarbeit

Wir wissen, daß die Zahl der Betriebe unter drei Morgen sich in Polen seit 40 Jahren vermindert. Diese Bewegung scheint in Widerspruch mit dem zu stehen, was im allgemeinen in den okzidentalen Ländern vor sich geht (Realteilung, Nähe von Industriestädten). Aber dort findet diese Wirtschaftsform ihre ökonomische Rechtfertigung und ihre natürliche Entwicklung. Wie wir sehen, stellt das Vorhandensein der Arbeitshilfsmittel in der Umgegend — und zwar nicht ergänzender Hilfsmittel, sondern grundsätzlicher Hilfsmittel — eine notwendige Bedingung der Aufrechterhaltung des Parzellenbesitzes dar[2].

In Polen gibt es zahlreiche Anhänger der Meinung, daß die Masse der kleinen Besitzer viel gewinnen würde, wenn sie die Zeit während der Wintermonate ausfüllen könnte, also eine Zeit, wo der kleine Bebauer nichts in seinem Betriebe zu tun hat und doch keine Arbeit außerhalb finden kann. Man sieht dieses Mittel in der Schöpfung (oder vielmehr Neubelebung) der häuslichen Industrie. Die Bauern, die über viel freie Zeit im Winter verfügen, sollen eine leichte und relativ einträgliche Arbeit erhalten[3].

Man bemühte sich besonders seit 1907 in Polen, diejenigen Industrien zu verbreiten, deren Produkte einen reichlichen Markt versprechen, und deren Grundstoffe am Ort hervorgebracht werden, namentlich: die Weberei, Korbmacherei, Stellmacherei, Tisch-

---

[1] Koskowski, S. 98.
[2] Ebenda S. 79/80.
[3] Ebenda S. 224.

lerei, Töpferwaren, Schusterwerkstätten, Industrie für Spielzeug, Knöpfe usw.[1].

Wenn man gegenwärtig die Arbeiterfrage in der polnischen Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit ins Auge faßt, so ergibt sich, daß sie gleich eng mit der Frage der Industrialisierung des Landes verbunden ist. Zurzeit findet der Überschuß der ländlichen Bevölkerung keine genügenden Absatzwege in die Industrie und den Handel, die sich ihrerseits aus Mangel an Verkehrsmitteln nicht entfalten können. Die großen Industriezentren Lodz, Warschau, Czenstochau haben die ganze Spinnerei und Weberei, die Maschinenindustrie konzentriert, aber viel andere Industriezweige könnten noch — meint Koskowski — sei es neu auftauchen, sei es sich nachdrücklicher in der Provinz, in einer natürlich günstigeren Umgebung entfalten, wenn besonders die Verkehrsbedingungen es gestatteten[2].

In Polen war, wie gesagt, der Parzellenbesitz hauptsächlich 1864 geschaffen worden und zwar künstlich; ich wiederhole: durch ungenügende Dotation der Gutsknechte und der örtlichen Tagelöhner, die kein anderes Handwerk besaßen, das ihnen erlaubt hätte, ihre hauptsächlichen Einkünfte außerhalb ihres Zwergbesitzes zu suchen. So strebt die Betriebsform unter drei Morgen danach, sich zu vermindern[3].

Interessant ist das Merkmal, daß der Prozentsatz dieser Verminderung da der größte ist, wo die Kleinbesitzer die Gewohnheit und auch die Möglichkeit haben, dank der Vereinigung des Grund und Bodens sich auf gewisse Zeiten ins Ausland zu verfügen, um in den Gegenden, wo die Handarbeit selten und teuer ist, Arbeit zu suchen. Diese Auswanderer verkaufen in der Mehrzahl ihre Pazellen an die reicheren Bauern, um nach einigen Jahren, mit ihren Ersparnissen aus der Fremde versehen, größere Pachtungen zu kaufen. So hat in den der deutschen Grenze benachbarten Distrikten der Prozentsatz der Verminderung der Betriebe unter 3 Morgen sogar 51 % erreicht[4].

In der ganzen südlichen Hälfte des Zartums, in den fünf Gouvernements Kalisch, Kielce, Radom, Petrikau, Lublin, ist die Zersplitterung des Bodens und somit das massenhafte Vorhandensein bäuerlicher Zwergbesitzer — darin liegt der Hauptgrund für die dichte

[1] Koskowski, S. 226.
[2] Ebenda S. 227.
[3] Ebenda S. 80.
[4] Ebenda S. 81.

Bevölkerung — am weitesten vorgeschritten[1]. Die natürliche Folge ist ein starkes ländliches Proletariat, das danach drängt, abzuströmen. So bleibt die besonders starke Saisonauswanderung aus dem Gouvernement Kalisch bemerkenswert.

Von einem Mangel an ländlichen Arbeitskräften kann schwer die Rede sein; wenn darüber geklagt wird, so liegt die Ursache in den mangelhaften Verkehrs- und Organisationsverhältnissen.

Wir müssen uns hüten, nach ostdeutschen Begriffen uns die Gebiete des Großgrundbesitzes in Polen durchweg als verhältnismäßig menschenleer vorzustellen. Wir finden vielmehr, daß in einzelnen Teilen des Zartums dichte Bevölkerung und starkes Vorhandensein von Großgrundbesitz keine Gegensätze sind[2]. Die Bevölkerungsdichte ist um so größer, je stärker die kleinsten Besitzerklassen im Kreis vertreten sind; kommt hinzu das Verhältnis von Groß- und Kleinbesitz im Kreis und das des Ackerlandes zur Kreisfläche. Soweit die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Russisch-Polen.

B. Die Wanderarbeiterfrage

Die Arbeiterfrage in der europäischen Landwirtschaft bietet einen bestimmten Anblick, der ausgedrückt werden kann durch das Wort: manque de bras. Das leitet uns zur Frage der polnischen Auswanderung.

Die Auswanderung der Bauern und polnischen Arbeiter fing gegen 1885 an und nahm von 1890 bis 93 den Charakter eines wahrhaften Fiebers an. Ungesunde Agitation und die Tätigkeit allein der Agenten der überseeischen Transportgesellschaften trieb das Volk nach weiten unbekannten Ländern; des Unglücks Ursache war die allgemeine Übervölkerung und im besonderen die ländliche. Es gibt aber zwei Arten von Wanderungen des Volkes in Polen: die nach den Überseeländern und den großen Städten des westlichen Europa und die zeitliche Auswanderung. Für uns kommt lediglich die Saisonwanderung in Betracht.

Die Saisonwanderung.

a) Die zeitliche Abwanderung selbst[3]

Die Arbeiter verlassen das Land auf einige Zeit, höchstens auf 10 Monate, wonach sie heimkehren, um diese Reise zwei-, drei-,

[1] Zechlin, S. 79.
[2] Ebenda S. 67.
[3] Koskowski, S. 110—112.

viermal und mehr wieder zu beginnen, bis ihre Ersparnisse es ihnen erlauben, in ihrem Geburtslande ein genügend großes Gut zu kaufen oder das alte zu vergrößern, und so sich ein für allemal in der Heimat niederzulassen.

1895	1900	1901	1902	1903	1904	
56 000	119 000	40 000	135 000	142 000	138 000	
		Industriekrisis in Deutschland			5 000	in Dänemark

Fast die Hälfte der Auswanderer setzt sich aus Frauen zusammen.

	Männer	Frauen
1903	76 186	62 729

b) Der Grund zur Auswanderung, die eingesandten Spargelder[1]

Die polnische Auswanderung wird durch die niedrigen Preise für Arbeit auf dem heimischen Markte und durch die Hoffnung herausgefordert, höheren Lohn im Auslande zu erhalten. Das wird verständlich, wenn man die Gesamtzahl der durch die polnischen Auswanderer an ihre Familien in Polen gesandten Spargelder und die durch sie selbst hingetragenen Ersparnisse kennen lernt. Das statistische Komitee berechnet sie für 1904

aus Deutschland	9 041 620	Rubel = 19½ Mill. Mk. (= 2,16)
„ Vereinigte Staaten . .	2 319 425	„
„ Dänemark	54 950	„
„ England	9 180	„

Diese relativ so beträchtlichen Resultate erklären sich aus den sehr eingeschränkten Bedürfnissen der Bauern und aus ihrer Liebe zum Lande; es sind Ersparnisse, wie sie die in die Städte Auswandernden trotz höheren Lohnes längst nicht in gleicher Weise machen.

Aber so groß die Unannehmlichkeiten sind — in Scheunen untergebracht, den schwersten Arbeiten ausgesetzt, mit Geldbußen überhäuft, werden sie von ihren deutschen Genossen geringschätzig behandelt, für die ihre Anwesenheit das Heruntergehen des Lohnes bedeutet — die Vorteile sind noch größere.

c) Organisation, Vorschlag von Reformen[2]

Die Organisation für die zeitliche Auswanderung nach Preußen scheint sich dank des Wettbewerbes ähnlicher Einrichtungen, die seit

[1] Koskowski, S. 113/14.
[2] Ebenda S. 122/23.

langem für die polnischen Arbeiter in Posen entstanden sind, günstiger zu stellen. Bezügliche Wünsche von polnischer Publizistenseite gehen besonders auf die Aufhebung privater Agenten durch die preußischen Landwirtschaftskammern, Vermehrung der Zahl der russischen Konsuln in Deutschland u. a. Koskowski glaubt, daß die angemessene Lohnerhöhung und der gesetzliche Schutz der Landarbeiter in dem Lande selbst — was besonders die strikte Ausführung der kontraktlichen Verpflichtungen durch die Unternehmer anbelangt — die Arbeiterwanderungen ins Ausland vermindern und gleichzeitig für die Großgrundbesitzer von hohem Werte sein könnten. Die Anwendung der Maßregeln betreffend den Schutz der Auswanderer könnte durch die in dieser Hinsicht von den Polen in Österreich und Deutschland gemachten Erfahrungen sehr erleichtert werden.

d) Koskowskis Folgerungen[1]

Man sieht also, auch an den Ersparnissen — schließt Koskowski —, daß die zeitliche Auswanderung zurzeit nicht etwa eine den Interessen der bäuerlichen Klasse schädliche Erscheinung ist. Aber zu gleicher Zeit kann man nicht die Augen vor der klaren Tatsache verschließen, daß die Auswanderung nur eine Rückwirkung gegen die bestehenden Mißstände darstellt. Man kann nicht die Abwanderung des Proletariats eines Landes von geringerer Bevölkerungsdichte nach einem Lande von größerer Dichte als normal betrachten. Das Übel besteht, und man muß die Mittel finden, es zu bekämpfen.

3. Zusammenfassung

Nun fehlt es aber an verfügbarem Land zur besseren Ausstattung der Bauern in Russisch-Polen[2]. Private, Fideikommisse und Staat umfassen 4400000 Morgen ausschließlich Wald und Brachfeld. Ungefähr 3000000 Morgen wären erforderlich, um den Ansprüchen der bäuerlichen Eigentümer gerecht zu werden. Es blieben also kaum anderthalb Millionen in Händen der Großgrundbesitzer, der Fideikommisse und des Staates. Und in dieser Rechnung fehlt noch ganz das ungeheure ländliche Proletariat.

Es ist also vor der Hand nicht einzusehen, wie eine Reform, die die Vermehrung des Territoriums der Kleinbetriebe bezweckt, Aussicht auf Erfolg haben sollte; freilich wird das durch den Krieg ge-

[1] Koskowski, S. 115.
[2] Ebenda S. 120/21.

schaffene herrenlose Land, so darf man annehmen, für die Tausende und Millionen von den Russen nach dem Osten Verschleppten von der deutschen Verwaltung aufgehoben werden.

Wenn Koskowski glaubt, in einer angemessenen Lohnerhöhung und in dem gesetzlichen Schutz der Landarbeiter ein Mittel gegen die Auswanderung zu sehen, so ist darauf zu erwidern, daß die Frage nach der Höhe des Lohnes viel zu sehr mit der nach intensiver Wirtschaftsweise und dem gesamten Kulturniveau verquickt ist, als daß sie sich einzeln aus diesem Zusammenhange herauslösen und regeln ließe.

So lagen die Verhältnisse vor dem Kriege. Durch den Krieg ist Russisch-Polen in deutschen Besitz gekommen. Unter deutscher Verwaltung wird der gesetzliche Schutz der polnischen Landarbeiter geregelt werden, und mit der Einführung der intensiven deutschen Bewirtschaftung in den besetzten Gebieten zur Unterstützung unserer heimischen Volks- und Viehernährung wird sich eine intensivere Kultur mehr und mehr einbürgern. Der nicht sehr starken Industrialisierung Russisch-Polens und dem geringen Ausmaß vieler bäuerlicher Betriebe wird schwieriger und nur allmählich beizukommen sein. Der starke Überschuß der ländlichen Bevölkerung sucht nach einem Ventil. Da er keine genügenden Absatzwege in die Industrie und den Handel findet, andererseits der Arbeitsmarkt der europäischen Landwirtschaft unter dem Wahlspruch: manque de bras steht, muß sich dieser gewaltige Posten so lange über die Landesgrenzen ergießen, bis innerhalb dieser annähernd Sättigung herrscht.

4. Polnische Wanderungen nach anderen Ländern, insbesondere nach Frankreich

Wir waren davon ausgegangen, daß sich die Wanderarbeiterfrage bisher fast ganz als eine Polenfrage darstellte.

Die Polenpolitik der preußischen Regierung hatte durch die innere Kolonisation versucht, die polnischen Wanderarbeiter von Deutschland ab- oder darüber hinwegzuleiten. Schon längere Zeit ging ein starker Zug der Polen nach den skandinavischen Ländern, der in Dänemark (8000) 1908 durch ein Schutzgesetz eigens gefördert wurde.

Es bestand gleichzeitig eine Frankreichwanderung der Polen[1] (Schätzung 1908—1910 ungefähr 10 000).

[1] Hunkel, Polnische Wanderarbeiter in Frankreich, im „Land", 21. Jahrgang, S. 440.

Infolge elender Arbeitsbedingungen hat sich die Ablenkungsbewegung nach Frankreich als ein Fehlschlag erwiesen, was ihre zahlenmäßige Abnahme in den letzten Jahren zu bestätigen scheint. In den ersten Jahren war eine solche Wanderung für zahlreiche polnische Arbeiter dank dem Provisionshunger einzelner Vermittlungsagenten ein wahrer Leidensweg. Man erzählt von Arbeitern, deren Jahreslohn mit 400 Franken festgesetzt worden war, und denen die Vermittler 180 Franken zurückbehalten hatten! Andere Arbeiter haben angeblich einen Teil ihrer Reise nach Frankreich zu Fuß zurücklegen müssen, weil ihnen das von den Agenten versprochene Reisegeld nicht ausgefolgt wurde.

Außer dem geldgierigen Treiben der Agenten wird hier noch die Leichtigkeit des Kontraktbruchs der polnischen Wanderarbeiter festgestellt, die in der Wahllosigkeit und Minderwertigkeit der Anwerbung ihre Erklärung findet. „So wurden Uhrmacher, Schuster, Studierende der Medizin, Notariatsschreiber nach Frankreich geführt, um Runkelrüben zu bauen."

Um Aufschluß über die Lage der polnischen Wanderarbeiter in Frankreich zu erhalten, hat ein Vorstandsmitglied des Vereins zum Schutze der Auswanderer in Posen seinerzeit die dortigen Verhältnisse studiert. In dem Bericht ist eine Stelle nicht ohne einen gewissen Zeitwert: „Der bisherige Abnehmer der Arbeitskraft unseres ‚Sachsengängers' in Frankreich ist nicht der Großgrundbesitzer, sondern hauptsächlich der französische Bauer, worunter unsere Auswanderer sehr zu leiden haben; der französische Bauer gibt nämlich im Punkte der Grobheit dem durchschnittlichen preußischen Landwirt nichts nach, und bezüglich der Habsucht ist er naturgemäß ein viel schlimmerer Aussauger, da er für sich selbst arbeitet. In Deutschland geschehen die zahlreichen Übergriffe der unteren landwirtschaftlichen Beamten zum größten Teil gegen den Willen, jedenfalls aber ohne Wissen der Brotherren, die häufig den Beweis einer gewissen Loyalität durch Beseitigung solcher brutaler Beamten geben. In Frankreich ist der Bauer als Arbeitgeber zugleich auch die letzte Instanz. Daher ist auch zu erklären, daß unser Volk durch die französischen Bauern bis zur äußersten Grenze ausgenützt wird."

Hiermit werden Äußerungen Koskowskis über die Behandlung und Unterbringung der Polen in Deutschland in ein besseres Licht gerückt, gleichzeitig wird die deutsche Loyalität gegenüber der französischen Brutalität festgestellt. Die Polen selber warnen nach dieser Feststellung ihre Landsleute vor der Frankreichwanderung.

Man sieht, was aus dieser Ablenkungspolitik hervorgeht, daß die Polenfrage in der Landwirtschaft eine hervorragend politische ist. Ich komme auf die Frage der Umgruppierung Polens bei Friedensschluß und auf die sich ergebende Neuorientierung zurück.

5. Die Wanderungen in und aus Österreich-Ungarn

Wenden wir uns Österreich-Ungarn zu. In Galizien hatte schon vor dem Kriege das von der K. K. Landwirtschaftsgesellschaft in Wien im Jahre 1911 errichtete Zentralarbeitsamt für die Landwirtschaft versucht[1], die galizischen Wanderarbeiter in andere österreichische Landesteile, nach dem Westen, zu lenken, die unter großer Arbeiterknappheit litten. 1908 gingen erst 700 galizische Arbeiter nach Böhmen, 1912 waren es schon 10000 galizische Feldarbeiter, die in der Landwirtschaft des westlichen Österreich ebenso lohnende Beschäftigung wie im Auslande fanden.

Österreich stand zuletzt an der Spitze aller Auswanderungsländer, indem es nach der Einwanderungsstatistik der Vereinigten Staaten in den Jahren 1902/11 allein um 2192000 Reichsangehörige sich entvölkerte. Von diesen überseeischen Auswanderern Österreich-Ungarns sind sehr viele als Wanderarbeiter zu betrachten. Ihre Abwesenheit im Auslande ist daher keine dauernde, sondern erstreckt sich auf 3—6 Jahre.

Die eben genannten Zahlen stellen einen unermeßlichen Verlust an volkswirtschaftlichen Lebens- und Vermögenswerten dar. Daher wird aus dem Bestreben der zuständigen Behörden in Galizien nach dem Kriege einfach sich die starre Notwendigkeit dazu ergeben, die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte der einheimischen Landwirtschaft zu erhalten.

Nicht die Differenz zwischen den in Galizien bestehenden Lohnsätzen und den bei uns gezahlten Löhnen war bisher dort die Hauptursache der Abwanderung; diese lag vielmehr darin, daß die Wanderarbeiter in Deutschland von Anfang März bis in den Dezember hinein Arbeit erhalten, während sie in ihrem Heimatland nur von Mitte April bis Mitte Oktober — fast ein Vierteljahr kürzer — beschäftigt werden[2].

Das Hindernis liegt also in der Bewirtschaftungsmethode und in der Arbeitseinteilung der galizischen Gutsbesitzer. Die bisher angestellten Versuche auf den dortigen Gütern, die in Deutschland

[1] Markitan, Auswandererverkehrswege in Österreich, S. 26.

[2] Hegemann, Die Löhne der inländischen und ausländischen Arbeiter.

gebräuchlichen Bewirtschaftungsmethoden einzuführen, sind glänzend verlaufen, und so ist es nur eine Frage der Zeit, besonders nach dem Kriege, daß die dortigen Bemühungen um eine Zurückhaltung der Wanderarbeiter im Inland die Aus- und Abwanderung im bisherigen Umfang einschränken werden[1].

Wie sehr die österreichische Binnenwanderungspolitik auch gutzuheißen und zu fördern ist, in Deutschland werden wir für die kommenden Jahre nur auf einen geschwächten Arbeiterstrom aus Österreich-Ungarn zu rechnen haben.

Fünftes Kapitel

Die Ergebnisse für Deutschland

1. Die Mission der Großbetriebe

Was wird nun geschehen? Die radikalste Antwort: Umwandlung aller Großbetriebe in Bauernbetriebe — verlangt nicht nur etwas Unmögliches, sondern durchaus Verwerfliches, wie wir noch sehen werden. Denn sie verkennt die Mission der Großbetriebe und gibt keine Lösung für den Ersatz der Wanderarbeiter.

Die Großbetriebe sind die Träger des Fortschritts. Die großen Güter hüten die Landwirtschaft vor der Verknöcherung, die in einem reinen Bauernstaat leicht eintreten könnte. Dem Vorbild der Großbetriebe folgen die Mittelbetriebe, und ihre Arbeitsweise wirkt wiederum befruchtend auf die Kleinbetriebe ein. Der Krieg hätte nachgerade jedem die Augen öffnen müssen, daß wir dem wirklich lebensfähigen und darum ungemein wertvollen Großgrundbesitz die Durchführung unserer Volksernährung verdanken. Die Erhaltung dieses Großgrundbesitzes ist für den preußischen Staat eine Lebensnotwendigkeit. Daher ist die Arbeiterfrage des Großgrundbesitzes nicht nur ein privatwirtschaftliches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Problem.

Semmler[2] weist erneut darauf hin, daß die großen Güter und die auf ihnen beschäftigten Arbeiter als Hauptproduzenten von ausschlaggebender Bedeutung sind; denn die Großgüter sind die wichtigsten Güter in der überschüssigen Produktion. Den großen Gütern als den Überschußwirtschaften entsprechen die großen Städte als Be-

---

[1] Hegemann, Die Löhne der inländischen und ausländischen Arbeiter.

[2] Die deutsche Landwirtschaft während des Krieges und ihre zukünftigen Arbeitsziele, S. 59/60

darfswirtschaften. Daher meint Semmler[1]: „Würden keine anderen Momente vorhanden sein, die für einen Kleingrundbesitz sprächen, und die für die Erhaltung des Staates von der größten Wichtigkeit sind, so wäre, von der reinen landwirtschaftlichen Erzeugung aus betrachtet, der Idealzustand für einen Staat, wenn nur städtische Bevölkerung und Großgrundbesitz vorhanden wären."

Deshalb muß beim großen Überwiegen der städtischen Bevölkerung ein Großgrundbesitz vorhanden sein. Auf ihn wird man bei einer Vorratswirtschaft in erster Linie zurückzugreifen haben. Die Großbetriebe erscheinen nach dem Kriege je nach der Regelung der Wanderarbeiterfrage mehr oder minder gefährdet. Eine Sicherung liegt einigermaßen in den hohen Preisen für Agrarprodukte, die nach dem Krieg einstweilen anhalten dürften.

2. Die Inanspruchnahme der Wanderarbeiter durch die bäuerlichen Betriebe

Es besteht eine gewaltige Gefahr darin, daß unsere Landwirtschaft infolge des Mangels an Arbeitskräften ihre Produktion nach dem Kriege vermindern muß.

Es ist nämlich ein Irrtum, anzunehmen, daß nur der Großbetrieb Wanderarbeiter brauche. Das bestätigten schon die zutage tretenden Arbeitsbedarfsschwankungen. Die Gefahren einer etwaigen Landarbeiternot nach dem Kriege können deswegen so beträchtliche werden, als gerade der Bauer von ihr betroffen würde. Die Wanderarbeiter gehen bekanntlich am liebsten in größeren Trupps auf die Güter. Daraus erklärt sich auch ihre Abneigung gegen Kleinbetriebe, woraus wiederum resultiert, daß es von Jahr zu Jahr schwieriger wird, die Nachfrage der bäuerlichen Betriebe unter 11 Personen, ganz besonders die von 1—6 Personen, zu befriedigen.

Die deutsche Arbeiterzentrale teilt für 1912/13 Zahlen über die Inanspruchnahme ihrer Vermittlung durch Groß-, Mittel- und Kleinbesitz mit. Wenn man die Wirtschaften bis zu 6 Personen zu den bäuerlichen rechnet, so ergibt sich, daß mehr als die Hälfte aller Aufträge von ihnen kommt. Daraus folgert die Arbeiterzentrale, „daß die Zerschlagung des Großgrundbesitzes zwar die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter vermindern, die Summe der einzelnen Wirtschaften aber, die in ihrer wirtschaftlichen Existenz vom Auslande abhängig sind, vermehren würde."

[1] Die deutsche Landwirtschaft während des Krieges und ihre zukünftigen Arbeitsziele, S. 81.

3. Deutsch-Amerikaner und Deutsch-Russen

Auf Wanderarbeiter aus Österreich-Ungarn haben wir nur in geringem Maße zu rechnen, wie weiterhin zahlenmäßig zu belegen sein wird.

Wenn man wenigstens teilweise eine Rückwanderung der Deutsch-Amerikaner als möglich ins Auge gefaßt hat, so ist dem entgegenzuhalten, daß eine wirkliche Bewegung dazu in Amerika kaum entstehen wird. Die zweite und dritte Generation der ehemaligen Einwanderer sind bereits amerikanisiert und werden von dem dortigen Volkstum allenthalben aufgesogen oder niedergehalten.

Aus diesem Zusammenhange heraus dürften die geplanten Organisationen der Rückwanderung wenig Aussicht auf Erfolg haben, jedenfalls mit großen Kosten verbunden sein.

Man hat ferner gemeint, die 2 Mill. Deutschrussen, die durch die russischen Enteignungsgesetze vom Februar vorigen Jahres rechtlos gemacht worden sind, wären, soweit sie in Betracht kämen, ein geeigneter Ersatz für die fehlenden Auslandsarbeiter.

In Rußland haben sie in geschlossenen Kolonien gelebt, in denen sie ihre Eigenart treu bewahrt haben. In wirtschaftlicher Hinsicht den umwohnenden Russen überlegen, haben sie in der Besiedelung von Neuland zum Teil noch praktische Erfahrungen. Die russische Ausrottungspolitik hat diese deutschen Kolonisten in Europa aus- und in Sibirien angesiedelt.

Wenn auch durch unsere moderne Kolonisation in den beiden Ansiedlungsprovinzen Posen und Westpreußen rund 5000, in Ostpreußen rund 630 Familien deutscher Rückwanderer aus Rußland angesetzt worden sind, deren wehrhafte Männer jetzt für uns wider den slawischen Nationalfeind kämpfen, so war dieses Ergebnis nur durch eine unsägliche Mühe zu erreichen.

Bei der Innenkolonisation und der Zwecksetzung der landwirtschaftlichen Arbeitsämter wird darauf zurückzugreifen sein. Freiherr von Wangenheim hat vorgeschlagen, die russischen Kriegsgefangenen nicht eher herauszugeben, als bis wir die Deutschrussen nach Erstattung ihres Hab und Gut zurückbekommen haben. Wenn diese aber gar nicht wollen? Was dann?

Die deutschen Kolonisten in Rußland sind nicht durchweg Bauern, insbesondere die Deutschen an der Wolga sind Landarbeiter. Aus diesem Gebiete fand jahrzehntelang eine Abwanderung nach Amerika statt, die noch dazu von der Hamburg-Amerika-Linie gewinnbringend

durchgeführt wurde. Solchen Auswüchsen heißt es künftig allerdings zuvorkommen.

Zum größeren Teile sind diese Deutschrussen freie Bauern, die Ansprüche stellen, die man aber bei uns auf Neuland anzusiedeln hofft, und in deren Söhnen man die künftigen Landarbeiter sieht. Ein weitgedachter Zukunftstraum!

Diese freien Bauern werden mittlere Bauernstellen von 15 bis 20 ha verlangen, und wenn wir einen Rückblick werfen, mit wie großen Schwierigkeiten die Innenkolonisation bei uns bisher zu kämpfen gehabt hat, so werden wir die Lösung dieser Frage um so weniger über Knie zu brechen geneigt sein, als es sich bei der Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft darum handeln wird, die mangelnden Arbeitskräfte möglichst schnell durch ausländische Arbeiter zu ersetzen, und man sich dabei unter keinen Umständen auf eine Entwicklung vertrösten kann, deren unvorherzusehender Verlauf unter Umständen Jahrzehnte währen kann.

4. Die jüdische Frage in Russisch-Polen

Man hat ferner eingewandt, daß die starke jüdische Bevölkerung in Polen für die Saisonauswanderung nicht in Betracht käme, woraus sich ein Minderangebot an polnischen Arbeitskräften ergäbe.

Eine solche Einwirkung hätte sich jedoch schon zur Friedenszeit nachdrücklich bemerkbar machen müssen. Es lohnt sich daher, auf diese Frage sowie auf die Frage, ob sich die jüdische Bevölkerung für den landwirtschaftlichen Betrieb eigne, näher einzugehen.

In Russisch-Polen lebten 1909 bei 11,9 Mill. Einwohnern nicht weniger als 1,7 Mill. Juden, d. s. 14,7 % der Gesamtbevölkerung[1]. Der Prozentsatz an Juden ist seit 1815 in ständigem Steigen begriffen. Die Ursache liegt einmal in ihrer Einwanderung aus den östlich angrenzenden Gouvernements, die letzthin aus politischen Gründen von der russischen Regierung stark gefördert worden ist, und dann liegt sie in der körperlichen Zähigkeit, die sie vor den Christen voraushaben.

Die Juden halten sich nicht auf dem Lande auf, sondern überwiegen in den kleineren Städten, besonders in denen unter 10000 Einwohnern, als Handwerker und als Händler.

Die polnischen Wanderarbeiter setzten sich also schon vor dem Kriege aus christlichen Elementen zusammen. Es liegt kein Grund

[1] Zechlin, S. 24.

vor, in der jüdischen Bevölkerung künftig ein Hemmnis zu sehen, zumal die Juden in Polen Landarbeiter nicht sein können, da sie auf Grund der Ignatiewschen Gesetzgebung aus den 80er Jahren auf dem Lande nicht mehr wohnen dürfen.

Die antisemitische Bewegung in Polen ist durch die Stärkung des Polentums insbesondere dadurch hervorgerufen worden, daß die Polen selbst Händler werden, ferner dadurch, daß bei der Dumawahl in Warschau ein Sozialdemokrat gegen den antisemitischen Polen mit Hilfe der Juden gewählt wurde. Die Lage der Juden hat sich sehr verschlechtert; kommt hinzu, daß sich ihrer Auswanderung nach Palästina starke Hindernisse entgegenstellen.

Die Großpolen sind bereits daran gegangen, die jüdischen Händler vermittels christlicher Konsumvereine auszuschalten, auch dem polnisch-jüdischen Handwerkerstande wird durch den Zustrom deutscher Industrieprodukte ein dahinsiechendes Dasein beschieden sein.

Unter diesen Umständen dürften sich auch die Aussichten nicht schlecht stellen im Falle, daß die polnischen Juden dem Rufe des Zionismus nach Palästina folgen.

Wie steht es nun mit der Auswanderung nach Palästina und der Eignung der Juden für die Landwirtschaft?

Die Ansicht von Sombart, der Jude habe von Anfang an lediglich der kapitalistischen Wirtschaft zugeneigt, ist in der Verallgemeinerung nicht richtig. Sombart glaubt, daß die Juden in historischer Zeit in Palästina wenig Sinn für Ackerbau gehabt und lediglich Geldwirtschaft getrieben hätten. Er folgert dieses zu Unrecht aus dem breiten Raum, den die Zinsgesetzgebung und das Handelsrecht im Talmud einnehmen; auch Fragen des Ackerbaues werden sehr ausführlich im Talmud behandelt, die, gegen den Kapitalismus erlassen, den Ackerbau fördern sollten, wie z. B. biblisches Zinsverbot und das Erlaßjahr, Schemikoh auch Halljahr genannt[1]. — Näheres in Damaschkes Bodenreform.

„Hand in Hand mit der zwangsweisen Beschränkung der Juden auf Geldhandel, der sie während vieler Jahrhunderte durch die Gesetzgebung unterworfen waren, ging ihre Zurücksetzung in rechtlicher Beziehung, ihre Ausschließung von Ämtern und Würden der christlichen Gesellschaft, ihre Ausschließung vom Grundbesitz. Da lernten sie im Geld ein Mittel kennen, das ihnen zum großen Teil ersetzte, was sie durch Machtspruch der Gesetzgebung entbehren mußten:

[1] Damaschke, Bodenreform, S. 220 f.

Geltung und Ansehen. . . . Ihr praktischer Sinn verlegte das Streben nach Geld in die Sphäre wirtschaftlicher Tätigkeit, die bei ihnen natürlich zu stärkster Entfaltung kommen mußte[1]."

Ihre geringe landwirtschaftliche Befähigung und Interessenbezeigung dürfen wir darin begründet sehen, daß die Juden als Gastvolk bei ihren Wirtsvölkern immer nur geduldet waren und sie unter Austreibungen und Einschränkungen beim Erwerb von Grundeigentum zu leiden hatten.

Wie steht es mit den zionistischen Bestrebungen? Wie halten es die Juden in Palästina mit der Ackerbestellung?

Die Kolonisten: jüdische Arbeiter und Araber, bestellen den Acker und kommen sehr gut vorwärts. Vor ungefähr 3 Jahren fand ein großer Zuzug von Juden aus dem Yemen, der Südwestecke der arabischen Halbinsel, statt. Jüdische Siedelungen in Palästina haben gute Fortschritte gemacht. Einzelne Siedelungen, wie Petach-Tikwah, Rechowoth, sind Musterwirtschaften. Über die Erfolge der Juden in Palästina in der Landwirtschaft vgl. Schulman: Türkische Agrarfrage.

Was die zionistischen Bestrebungen anbelangt, so kann eine Auswanderung der Juden nach Palästina nur in beschränktem Maße erfolgen, weil die Mittel für eine Massenkolonisation fehlen. Das Volk würde zwar aus Rußland gern nach Palästina aus religiösen und nationalen Sympathien auswandern, auch um in bessere materielle Verhältnisse zu kommen, allein die Mittel für eine massenhafte Rückwanderung der Juden nach Palästina fehlen.

Falls Polen aus dem russischen Staatsverband ausscheidet, erhoffen die Juden bessere materielle und ideelle Verhältnisse in der Heimat und werden alsdann weniger auswandern.

Endlich ist man jetzt bestrebt, eine Rückwanderung der Polen aus Amerika ins Werk zu setzen. Aber wenn sich auch die religiösen Verhältnisse in Polen bessern sollten, so werden die polnischen Juden doch nicht aus Amerika zurückkehren, weil sie die Freiheit, die sie in Amerika genießen, in ihrer Heimat nie genießen werden.

5. Die Spannung zwischen den Überschuß- und den Bedarfsgebieten

In Deutschland selbst werden wir für die Zeit nach dem Kriege die notwendigen Arbeitskräfte für die Landwirtschaft nicht bekommen.

---

[1] Sombart, Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, S. 131/32.

Denn die Millionen von Kriegsgefangenen werden das Land verlassen, es werden sich die bei Beginn des Krieges im Lande behaltenen russischen Wanderarbeiter gleichfalls in ihre Heimat begeben, um nach dem Rechten zu sehen, und auch die Österreicher beiderlei Geschlechts werden in der Heimat dringend selbst gebraucht werden; da ferner die Zahl einheimischer Land- und Gemeindearbeiter auf Jahre erheblich verringert sein dürfte und die Leistungsfähigkeit der Kriegsinvaliden auf dem Lande, besonders in den ersten Jahren, niedrig anzuschlagen sein wird, steht der Landwirtschaft eine neue kritische Zeit bevor, wenn ihr nicht starke und dauernde Hilfskräfte erwachsen.

Diese aber darf man in der dichten Bevölkerung Russisch-Polens sehen. Daß das von den Deutschen eroberte Russisch-Polen in irgendeiner Form aus dem russischen Staatsverband ausscheiden und Deutschland wirtschaftlich angegliedert werden wird, darf als gesichert gelten. Wir bekommen daher künftig die Wanderarbeiter aus Polen, und zwar in genügender Menge.

Polen umfaßt 127 000 qkm.

1897	9 402 000 Einw.		74,3 auf 1 qkm
1905	11 312 000	=	89,0 = 1 =
1906	11 370 000	=	davon:
			Städt. Bevölkerung. . 2 371 000 = 20,85 %
			Kleine Städte . . ca. 1 000 000 = 13,00 %
			Ländl. Bevölkerung ca. 8 000 000 = 66,15 %

Polen hatte 1913 13 058 000 Einwohner, die zu 76,9 % (10 063 000) auf dem Lande, zu 23,1 % (2 995 000) in den Städten leben. Es kommen daher in Polen auf 1 qkm 103 Einwohner, gegen 60,3 Einwohner (1905), 62,3 (1910) in unseren vier östlichen Provinzen (121 680 qkm).

Die Spannung zwischen Überschuß und Bedarf ist also eine sehr beträchtliche. Die Bevölkerung vermehrt sich so schnell, daß sie die durch den Krieg gerissenen Lücken besonders unter der gleich nach der Eroberung einsetzenden mustergültigen deutschen Verwaltung bald ausgefüllt haben wird. Trotz der 2 bis 3 Mill. Flüchtlinge, die nach Ende des Krieges aus Rußland sich übrigens wieder in Polen einfinden werden, und auch wenn man eine halbe Million als gefallen und verkommen anrechnet, verbleiben noch 10 Mill. im Lande; da sind noch genug Wanderarbeiter für uns da.

6. Zahlenmäßige Berechnung

Von den 396 807 Arbeitern, die Polen und Österreich-Ungarn nach der Legitimationsstatistik der deutschen Arbeiterzentrale für 1912/13 stellten, waren, wie gesagt 316 323 oder fast 80 % Polen, die, wie wir uns erinnern, zu $^5/_6$ aus Russisch-Polen, zu $^1/_6$ aus Galizien kamen.

	Rußland	Österreich-Ungarn
Polen	259 413	56 910
Ruthenen	20	51 546
Deutsche	11 693	3 031
Litauer	2 347	—
Nationalrussen . .	6 360	288
Tschechen	—	841
Ungarn	—	4 358

Von den 316 000 Polen stammten also 260 000 aus Polen und 57 000 aus Galizien. Man wird nicht zu weit gehen, wenn man annimmt, daß dieses Manko von 57 000 Arbeitern durch die vermehrte Maschinenverwendung in der Landwirtschaft sowie durch gutes, auf die Erfahrungen in der Kriegszeit sich stützendes Disponieren über die vorhandenen Arbeitskräfte annähernd aufgewogen werden kann. Da bliebe noch ein Minus von 80 000 Wanderarbeitern (396 000—316 000) für die Zeit nach dem Kriege im Verhältnis zum Friedensbedarf.

Es ist in Berechnung zu ziehen, daß die österreichische Regierung zum Wiederaufbau Galiziens viele Kräfte braucht. Daher werden uns die bisher aus Österreich-Ungarn bezogenen 110 000 Wanderarbeiter nur in stark geschwächtem Maße erhalten bleiben; hierbei ist an die in sehr bedrückter Lage befindlichen Ruthenen (52 000) zu denken.

Da der Weltkrieg zu einer Zeit ausbrach, wo die Wanderarbeiter auf deutschem Boden in rührigster Arbeit begriffen waren, wurden die russisch-polnischen Wanderarbeiter zurückgehalten und zugunsten der Arbeitsbedarfsbefriedigung in der heimischen Landwirtschaft wurde von ihrer Internierung abgesehen.

Inwieweit sich hieraus nationalpolitische Strömungen entwickeln könnten, die diesen Wanderarbeitern, soweit sie nicht in starken verwandtschaftlichen und bodenständigen Banden mit der Heimat liegen, die Seßhaftmachung auf deutschem Boden als ein begehrenswertes Ideal erscheinen lassen, entzieht sich natürlich der Beurteilung, weil diese Dinge sich noch in vollster Entwicklung befinden.

Litauen wird uns fernerhin Arbeitskräfte stellen, besonders, wenn es an Deutschland angegliedert wird. Die in der Statistik angeführten 12000 Deutschrussen werden noch mehr als vor dem Kriege geneigt sein, uns ihre Arbeitskräfte anzubieten, wenn nicht ganz zu uns überzusiedeln. Auch kämen holländisch-vlämische Arbeiter in Betracht.

Man nimmt etwa an, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung — aus der besonders die Garderegimenter sich zusammensetzen — durch den Krieg einen Verlust von 300000 Mann erleidet. Und wenn man einen Verlust an Wanderarbeitern nach Kriegsende vorsichtig auf 100000 anschlägt, so würde sich immerhin ein Gesamtkriegsverlust von 400000 Arbeitskräften für unsere Landwirtschaft ergeben, wenn wir die angedeuteten Aushilfen nicht weiter in Zuschlag bringen. Es wird hier mindestens auf einen Zuzug von 300000 Wanderarbeitern künftig gerechnet, eine Zahl, die sich noch erhöhen könnte, wenn einige deutsche Industrien nach Friedensschluß nicht mehr so intensiv zu arbeiten hätten und Arbeitskräfte abgeben könnten.

7. Das Ergebnis

Die beiden Einwände: das Angewiesensein auf den Willen ausländischer Regierungen ist auf die Dauer unhaltbar — und: es würde deutsches Nationalvermögen mehr im Lande bleiben, wenn wir die Wanderarbeiter entbehren lernen —, diese beiden Einwände fallen weg, wenn Russisch-Polen bei Friedensschluß an Deutschland kommt.

Daß alles dazu drängt, daß der starke Mangel an einheimischen Arbeitskräften durch das mit siegreicher Hand erstürmte Polen dauernd behoben werden muß, ist hiermit nachgewiesen.

Vor allem ist es — noch wesentlicher als der kulturelle Stand — die große Dichtigkeit seiner Bevölkerung bei ungehemmtem Anwachsen, in der wir für die künftigen Jahrzehnte — und das ist vor der Hand genug — einen Ersatz für die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, soweit sie bei uns mangeln, sehen dürfen.

Erst, wenn wir im Frieden hinlänglich mit polnischen Wanderarbeitern versorgt sind, werden wir an eine Reform unserer Landarbeiterverhältnisse im Innern des Landes gehen können: die Gegensätze zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit zu mildern, arbeitslose Industriearbeiter der Landwirtschaft zuzuführen, gelernte Industriearbeiter für die Instandhaltung der künftigen Ma-

schinenparks in der Landwirtschaft heranzuziehen; vor allem die Abwanderung vom Lande zu schwächen und hier die Mietswohnungen in guten Stand zu setzen und die Höhe der Schullasten zu verringern.

Dritter Teil

Die Frage der Landarbeiterbeschaffung nach dem Kriege und ihre voraussichtliche Lösung

Sechstes Kapitel

Contra Wygodzinski

1. Keine Nationalisierung unserer Landwirtschaft

Wenn Prof. Wygodzinski meint, indem Russisch-Polen aus dem russischen Staatsverband ausscheidet, sei die Vorbedingung zu einem wirtschaftlichen Aufschwung gegeben; ob dieser der Industrie, der Landwirtschaft oder beiden zugute komme, „jedenfalls wird der Bevölkerungsüberschuß, der bisher auswanderte, oder das Material für die Wanderarbeiter stellte, im Lande selbst Verwendung finden können“ [1], — und wenn er hiermit eine Nationalisierung unserer Landwirtschaft befürwortet, ohne schnellen Erfolg versprechende Maßregeln ins Feld zu führen, vielmehr lediglich den patriotischen Gesichtspunkt hervorkehrt, so läuft das, wie wir bewiesen haben, auf eine völlige Verkennung der Tatsachen, auf ein Nicht-in-Rechnung-stellen der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Polen hinaus.

Man muß sich das dortige ländliche Proletariat als eine Masse vorstellen, die, mit ungeheurer Energie begabt, nach außen drängt, wo sie Betätigung und besseren Unterhalt wittert. Geographisch glänzend zu Deutschland gelegen, wird Russisch-Polen auch zu Friedenszeiten weiter seinen Bevölkerungsüberschuß an Deutschland abstoßen.

Also kann von einer Nationalisierung nur in dem Sinne eine Rede sein, daß Russisch-Polen Deutschland angegliedert wird. Ein Aufschwung der polnischen Industrie — die Zahl der eigentlichen Fabrikarbeiter wird von Cleinow nur auf etwa 235 000 geschätzt — ist um so weniger zu erwarten, als der russische Markt künftig als Abnehmer für eine polnische Industrie fehlen wird, und ein intensiverer

[1] Wygodzinski, S. 375.

landwirtschaftlicher Eigenbetrieb könnte die Vermehrung der Bevölkerung nur noch mehr befördern. Also kann von einer Nationalisierung der Landwirtschaft in dem Sinne, wie Wygodzinski sie auffaßt, keine Rede sein.

Die Maßregeln, die Wygodzinski anführt, um einer Landarbeiternot nach dem Kriege zu begegnen, sind von sehr zweifelhafter Art, und ihre Erfüllung ließe Jahre auf sich warten.

Wygodzinski meint, daß die 2 Mill. Deutschrussen und die Millionen von Auslandsdeutschen in Amerika und anderen Ländern, soweit sie für die Landwirtschaft in Betracht kommen, den Ausfall von einer halben Million Menschen fast ganz decken könnten, wenn die bisherige Quelle, nämlich die Saisonwanderung aus dem bisherigen Russisch-Polen und aus Österreich-Ungarn versagt[1].

Weshalb diese aber versagen soll, ist nicht einzusehen für jeden vernünftigen Laien, noch viel weniger aber für den, der mit den tatsächlichen Verhältnissen vertraut ist.

Und nun werden es doch gerade die Jahre nach dem Kriege sein, die das als Sieger aus dem Weltkrieg hervorgehende Land bestimmen werden, alle Kräfte anzuspannen, um den Sieg nun auch in wirtschaftlicher Beziehung noch voller auszugestalten. Darum eben ruht ein so hoher Wert auf der Landarbeiterbeschaffung *sofort nach Kriegsende*.

Und diese zu finden und zu begründen, ist der Zweck dieser Untersuchung, ist das Ziel jedes ihrer einzelnen Teile. — Die Nationalisierung unserer Landwirtschaft ist jedenfalls zurückzuweisen.

2. Keine Nationalisierung im geforderten Sinne

Auch Wygodzinskis zweite Forderung: Rationalisierung des Arbeitsverfahrens, Übertragung des Taylorsystems auf die Landwirtschaft ist nicht in dem Maße möglich, wie Wygodzinski sie fordert. Sie ist als solche von den einsichtigen Land- und Volkswirten schon längst angestrebt worden und wird weiter ausgebaut werden.

Wenn Wygodzinski meint: „Kleinere Erleichterungen, wie die fortschreitende Maschinenverwendung und die Elektrisierung des Landes werden zunächst durch die stärkere Intensivierung aufgewogen. Auch wird die Ausdehnung der Industrie demnächst nicht haltmachen“[2] — so ist dazu zu bemerken, daß die Maschinen-

[1] Wygodzinski, S. 377.
[2] Ebenda S. 372.

verwendung und die Elektrisierung des Landes in den letzten Jahren so bedeutende Fortschritte gemacht haben, daß sie bei ihrem weiteren Ausbau in der Zeit nach dem Kriege als sehr beträchtlich arbeitersparende Faktoren in Betracht kommen dürften, wie weiterhin nachzuweisen sein wird.

Wygodzinski sagt ferner: „Endlich werden durch Rationalisierung des Arbeitsverfahrens (Taylorisierung) wie durch entsprechende Lohnsysteme die vorhandenen Arbeitskräfte zu einer besseren Ausnutzung gebracht werden können als bisher. Nationalisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft ist also das Programm der nächsten Zukunft“ [1].

Man unterschätzt im allgemeinen das Arbeitsmaß, das ein Landarbeiter leistet. Von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang tätig, praller Sonnenhitze ungeschützt ausgesetzt, hat er am Tag verschiedenartigen Beschäftigungen nachzugehen, die der vollen Entfaltung seiner Arbeitskraft hinderlich sind. Aus diesen Gesichtspunkten heraus ist ihm eine Art Winterschlaf nur zu gönnen.

Wie eben hieraus hervorgeht, ist das Taylorsystem in der Landwirtschaft undurchführbar, weil schon die Teilung der Arbeit, wie es im Wesen der Landwirtschaft liegt, nie so weit wie in der Industrie gehen kann und an den Einzelnen täglich die verschiedenartigsten Arbeitsanforderungen gestellt werden müssen. Hiermit ist die Rationalisierung — als Übertragung des Taylorsystems auf die Landwirtschaft gedacht — zurückgewiesen.

3. Zusammenfassung: Der einzig vernünftige Standpunkt

Wygodzinski gibt zu, daß in seinem angedeuteten Programm recht beträchtliche Schwierigkeiten stecken, aber, wie er sagt: „diesen Weg zu beschreiten, zwingt Deutschland die Weltlage unbedingt“ [2].

Von einer Nationalisierung unserer Landwirtschaft kann, wie gesagt, keine Rede sein. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse Polens drängen zur Auswanderung, und Deutschland ist um so eher Bedarfs- und Vorzugsgebiet, als Russisch-Polen in einer engeren Form an Deutschland angeschlossen werden wird. Wir können in ihm — wenn auch nicht in staatsrechtlichem Sinne — eine Provinz Deutschlands erblicken, die an andere abgibt, was sie zuviel hat, dafür auch von

[1] Wygodzinski, S. 378.
[2] Ebenda S. 377/78.

den betreffenden Provinzen Gegenleistungen fordern darf. Diesen Weg zu beschreiten und keinen anderen, zwingt Deutschland die Weltlage unbedingt.

Die Rationalisierung der Landwirtschaft unter Zugrundelegung des Taylorsystems ist auch ein Unding. In der Folge sollen vernünftige Vorschläge zur Rationalisierung des ländlichen Arbeitsverfahrens gemacht werden, die entweder noch straffer als bisher durchzuführen oder überhaupt erst einzuleiten sind.

Siebentes Kapitel

Neuere Vorschläge zur Rationalisierung des ländlichen Arbeitsverfahrens

1. Die Maschinenverwendung in der Landwirtschaft

Ich gehe jetzt auf neuere praktische Vorschläge ein, die eine weitere Arbeitsersparnis in der Landwirtschaft gewährleisten, und die von Wygodzinski nur flüchtig gestreift oder überhaupt unberücksichtigt gelassen worden sind.

„Der Anteil der Maschinen an der Bekämpfung der Betriebsschwierigkeiten kann verschiedener Art sein. Entweder kann die Maschine durch die Ersparnisse an Arbeitslöhnen trotz der Unkosten für Zinsen, Abschreibungen und Betriebsmittel die Arbeit verbilligen, oder ihr Nutzen kann trotz der im Vergleich zur Handarbeit gleichen oder selbst höheren Kosten darin liegen, daß sie Menschen und Zugtiere ersetzt. . . . Die Verbindung des Hackfruchtbaues mit dem Getreidebau kann die Schwankungen im Arbeitsbedarf etwas mildern, aber nicht völlig ausgleichen, auch kann man sie nicht überall anwenden. Deshalb ist der Ersatz der Arbeiter durch Maschinen durchaus notwendig [1]."

Die Mähmaschinen für Gras und Getreide und die Heuwendemaschinen sind alt und recht weit durchgebildet. Die Erntemaschinen für Kartoffeln und Zuckerrüben lassen noch viel zu wünschen übrig, weil sie noch bedeutende Handarbeit erfordern [2]. „Wegen der gleichmäßigen Unterbringung des Saatgutes kann beim Drillen die Saatmenge pro ha um mindestens 40 kg geringer angenommen werden, und der Wert dieser Ersparnis ist der Handarbeit zur Last zu schreiben [3]."

[1] G. Fischer, Bedeutung der Maschinen in der Landwirtschaft. „Technik und Wirtschaft" S. 453.

[2] „Technik und Wirtschaft", S. 454/55.

[3] G. Fischer in Schmollers Forschungen XX, 5, S. 9.

Was die Ersparnis an Arbeitskräften anbelangt, so zeigt sich mit Ausnahme der Drillmaschine und des Düngerstreuers bei sämtlichen Maschinen eine Arbeitsersparnis gegenüber der Handarbeit. An erster Stelle steht hier die Hackmaschine, deren Vorteil auch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ihre Arbeit keine so vollkommene ist, wie die Handhacke sie leistet, immer noch ein ganz gewaltiger genannt werden kann; denn sie kann mit einer Tagesleistung die Arbeit von 25 bis 30 und oft noch mehr Arbeiterinnen ersetzen. Die Grasmähmaschine leistet mit einem Mann etwa so viel wie 8 Sensen[1].

Wir haben oben gesehen, wie der Dampfpflug gegenüber dem Motorpflug seiner ganzen Konstruktion wie seinem sauberen Arbeiten nach gewisse Vorzüge besitzt und gleichsam ein Monopol des Großbetriebes darstellt. Wenn wir vom Motorpflug erst ein kleineres, brauchbares und billigeres Modell haben werden, wird den Mittel-, eventuell auch Kleinbetrieben mit den kleinen Schlepppflügen sehr arbeitersparend — denn darauf kommt es hier nur an — gedient sein.

Die Ersparnis an Leuten und Zubringern ist beim Motorpflug eine weit größere. Seine Triebmittel sind weniger voluminös, und er beherbergt seine Triebkraft selber. 2 Leuten beim Motorpflug stehen 7 Leute beim Dampfpflug gegenüber. Hierzu kommen 2 Gespanne für Wasser und Kohlen. Freilich ist die Kohle billiger und Benzin (Benzol) in Kriegszeiten schwer heranzubekommen. Daher haben auch die Motorpflüge in den besetzten Gebieten so überaus glänzend gearbeitet, weil sie hinreichend mit Antriebsmitteln von der Heeresverwaltung versehen waren. Überdies stellt sich der Dampfpflug auch viel teurer; einen guten Motorpflug hat man in Friedenszeit für 19—20 000 Mark.

Der Dampfpflug wird besonders auf großen Gütern und auf Rübenwirtschaften vorteilhaft angewandt. Hier muß er 33 bis 35 cm tief ackern, was der Motorpflug nicht imstande ist. Wenn Semmler eine Bearbeitung des Bodens fordert, die der Gartenkultur gleichkommt, also eine *tiefe* Bearbeitung des Bodens überhaupt, ein *tiefes* Pflügen, dann kommt hierfür der Dampfpflug in Betracht, und wir sehen die Richtigkeit der oben aufgestellten Behauptung Fischers, wonach die Vorzüge des Dampfpfluges vor denen des Motorpfluges in den folgenden Jahren nur hervorstechender zur Geltung kommen werden, vollauf bestätigt.

---

[1] „Technik und Wirtschaft", S. 459.

Also springt beim Dampfpflug eine geringere Ersparnis an Menschen und Zugvieh als beim Motorpflug heraus, nur daß der Motorpflug nicht so rentabel und kontinuierlich arbeitet, wenn er auch die menschliche und tierische Arbeitskraft großzügiger ersetzt.

Wir sehen hier, daß der Landwirt oft durch die Verhältnisse dazu gezwungen wird, sich das Produktionsverfahren mehr kosten zu lassen, eigens um einen Arbeitermangel auszugleichen. Das Moment der Arbeitererspärnis steht hier über dem der Rentabilität. Bei der Wahl: Dampfpflug oder Motorpflug — muß man sich also von den angedeuteten, sehr mannigfachen Gesichspunkten leiten lassen.

„Ohne die verschiedenen Erntemaschinen würde die Gefahr eines Arbeiterausstandes außerordentlich groß sein, denn der Betriebsleiter würde zur Ernte den Forderungen der Arbeiter fast wehrlos gegenüberstehen. . . . Die Möglichkeit besteht, daß einmal auch die Landwirtschaft, wie schon jetzt die Industrie, in Lohnkämpfe hineingerissen wird. Sie wird um so besser gerüstet sein, je leichter sie durch Maschinen die Menschen ersetzen kann[1]."

„Im Grunde ist es auf die gleiche Wurzel zurückzuführen, daß die soziale Wirkung der landwirtschaftlichen Maschinen weniger nachteilig und ihr wirtschaftlicher Einfluß weniger wertbildend ist als bei den Maschinen in der Industrie. Ihre Bedeutung für den Produktionsprozeß ist noch nicht bedeutend genug dazu. Aber da nur mit ihrer Hilfe die Gewinnung der pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitel in der jetzt erreichten Höhe gehalten und sicher noch weiter gesteigert werden kann, nehmen sie in der Volkswirtschaft Deutschlands und aller übrigen Kulturländer doch eine sehr achtbare Stellung ein[2]."

Auf den Vorwurf, gewisse landwirtschaftliche Maschinen hätten den ständigen Arbeitern die Winterbeschäftigung entzogen, wird unter „Heimarbeit" eingegangen werden.

Lang betont[3] immer wieder ausdrücklich, daß die landwirtschaftliche Maschine nicht als Konkurrent, sondern nur als Ersatz für die fehlenden Arbeitskräfte aufzufassen ist.

Es fehlt nur noch die Kartoffelerntemaschine, die auf „Vorrat arbeitet", die eine ähnliche Arbeit wie der Rübenheber zu verrichten hätte, so daß die Kartoffeln von den Frauen — in einer Linie vorschreitend — eingesammelt werden können.

[1] „Technik und Wirtschaft", S. 461.

[2] Ebenda S. 538.

[3] Alexander Lang, die Maschine in der Rohproduktion, II. Teil, S. 115.

Überhaupt wird unsere Industrie in der Konstruktion landwirtschaftlicher Maschinen in Anpassung an die örtlichen Verhältnisse viel nachzuholen haben. Ein Hindernis für die Anschaffung lag bisher in den hohen Preisen. Der Hauptwert ist daher auf die Konstruktion kleinerer, billigerer Modelle zu legen. Stellten sich auch die Maschinen in der Landwirtschaft durchaus nicht als eine Domäne des Großbetriebes dar, und fanden sie in steigendem Maße bis zu den Parzellenbetrieben hinab Eingang, so wird doch die Konstruktion kleinerer Modelle und die Verbilligung der Gerätschaften von schwerwiegendem Einfluß auf ihre steigende Einführung in Mittel- und Kleinbetrieben sein und hier einer Arbeiterknappheit mit Erfolg begegnen.

Daß die Maschinen in der Landwirtschaft viel Handarbeit ersetzen, ja, daß lediglich durch sie die Fortführung der intensiven Wirtschaftsweise ermöglicht worden ist, und daß sie bestimmt sind, in Zukunft einen ganz hervorragend arbeitersparenden Faktor abzugeben, ist hiermit hoffentlich zur Genüge bewiesen.

Vielleicht wird es künftig gerade der steigende Industrialisierungsprozeß in der Landwirtschaft mit den großbetrieblichen Maschinenparks und den hohen Akkordlöhnen sein, die den Arbeiter in ähnlicher Weise für die Landwirtschaft einnehmen, wie wir es bei der Industrie erlebt haben.

2. Maschinelle Arbeitshilfen für die Kriegsbeschädigten in der Landwirtschaft[1]

Ein eigenes Kapitel bildet die Kriegsbeschädigtenfürsorge nach dem Kriege. Die Kriegsversehrten „können sich nur wohl fühlen, wenn sie wieder schaffende und nützliche Mitglieder der menschlichen Gemeinschaft werden". Es ist daher von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung, sie einem Berufe zuzuführen und ihre Arbeitskräfte in geeigneten Stellungen vorteilhaft auszunutzen.

„Will man Kriegsversehrte in der Landwirtschaft mit der Bedienung von Maschinen und Geräten beschäftigen, so leuchtet zunächst ein, daß sie in der Regel nicht alle Arbeiten ausführen, bzw. manche Arbeiten nicht so gut oder so schnell wie Gesunde verrichten können. Dabei ist auch besonders hinderlich, daß die Art der Arbeit so häufig

[1] Behandelt nach E. Meyer, Arbeitshilfen im Dienste der landwirtschaftlichen Kriegsversehrtenfürsorge in „Mitteilungen der D. L.-G." 1916, Stück 9.

wechselt, daß sie bald an einer Stelle ausgeführt wird, bald weite Gänge zur Arbeit und auf dem Felde erfordert. Andererseits bietet diese Vielseitigkeit die Möglichkeit, Arbeiten auszuwählen, die dem Können des Kriegsbeschädigten angepaßt sind. Jedenfalls beweisen langjährige Erfahrungen aus der Friedenszeit, daß Arm- und Beinverletzungen die Ausführung landwirtschaftlicher Arbeiten nicht ausschließen.

„Bei dem Bestreben, die Kriegsversehrten der landwirtschaftlichen Tätigkeit wieder zuzuführen, werden auch technische Hilfsmittel eine gewisse Rolle spielen. Es handelt sich dabei um Prothesen, die unter Umständen die Arbeitsfähigkeit der Kriegsversehrten wesentlich erhöhen, und um die Auswahl geeigneter Geräte und Maschinen, die die Bedienung durch Kriegsversehrte ermöglichen."

Mit Erfolg sind Kriegsbeschädigte bei der Führung des Schwingpfluges und des Karrenpfluges, bei der Führung der Egge und Walze, beim Mistkarren, Streubreiten, Mistbreiten, Heustaken und bei vielen anderen landwirtschaftlichen und gärtnerischen Arbeiten verwandt worden.

„Für Einbeinige bietet das Pflügen insofern Schwierigkeiten, als sie bei langem Gehen auf weichem Boden vorzeitig ermüden. Wenn schon von einigen Fällen berichtet wird, in denen Einbeinige Pflugarbeiten verrichtet haben," — ist für diese Kriegsbeschädigten doch die Verwendung von Führersitzen zu empfehlen. Neuerdings hat man an Stelle der rohen, jeden Stoß weitergebenden Führersitze, elastische Fahrradsättel aufzusetzen versucht, deren Kosten sich auf etwa 30 Mark belaufen. „Bekanntlich sind Gespannpflüge mit Führersitz in Amerika außerordentlich verbreitet, während sie in Deutschland nur vereinzelt benutzt werden. Gegen die Verwendung von Führersitzen wird von deutschen Landwirten eingewandt, daß die Belastung durch Führer und Sitz die Zugkraftbeanspruchung zu sehr erhöhe."

Um sichere Unterlagen für die Beurteilung der vorliegenden Frage zu erhalten, hat Professor Gustav Fischer-Berlin eine Reihe von Versuchen ausgeführt, deren Veröffentlichung bevorsteht. Wie er mir erklärte, haben sich die Einwände gegen die Verwendung von Führersitzen im großen und ganzen als unbegründet erwiesen, so daß ihrer vermehrten Einführung das Hindernis der erhöhten Zugkraftbeanspruchung nicht mehr entgegensteht. Bei koupiertem Gelände sind Sitzpflüge allerdings nicht zu empfehlen.

„Sehr beachtenswert ist die von Siedersleben & Co. in Bernburg konstruierte Drillmaschine „Saxonia" mit Kettensteuer und

Führersitz, die den Kriegsbeschädigten mit Beinverletzungen die Führung der Drille außerordentlich erleichtert. Diese besteht aus einem durchgehenden Fuß- und Sitzbrett, von dem aus der Führer das Kettensteuer sehr bequem bedienen und die Zugtiere leiten kann.

„Bei Kartoffelerntemaschinen war ein Führersitz bisher nicht üblich. Beachtung verdient daher die von Gebr. Lesser konstruierte Kartoffelerntemaschine mit Kutschersitz. Dieser ist hinter dem Schleuderrad angeordnet und liegt so niedrig, daß Führer mit Beinverletzungen ihn leicht besteigen können. Ob die Anordnung zu empfehlen ist, werden die Feldarbeiten zeigen.

„Die Führung von Handgeräten wird den Kriegsbeschädigten mit Armverletzungen in sehr vielen Fällen möglich sein. Zuweilen wird es erforderlich sein, die Geräte etwas anders als sonst üblich auszubilden; Harken, Schaufeln und Gabeln werden zuweilen längere Stile erhalten müssen, Sensen für Linkshänder andere Griffe. Dabei wird es besonders wertvoll sein, auf Fälle aus der Friedenszeit zurückzugreifen, in denen landwirtschaftliche Arbeiten jahrelang mit nur einer Hand ausgeführt wurden. So verrichtet ein Knecht, der schon mit acht Jahren seine linke Hand verlor, fast alle landwirtschaftlichen Arbeiten und ist imstande, eine vielköpfige Familie zu ernähren. Bilder, die ihn beim Mähen, Dungkarren, Dungbreiten und Wasserpumpen zeigen, legen davon Zeugnis ab, daß er trotz der Behinderung durch das Fehlen der Hand im landwirtschaftlichen Berufe tätig ist. Bemerkenswert ist dieser Fall noch insofern, als der Mann mit einer einfachen Riemenschlinge als Handersatz auskommt."

Unsere anpassungsfähige Kriegsindustrie hat sich also als recht rege erwiesen, und wir können nur wünschen, daß ihr weitere schöne Erfolge auf dem eingeschlagenen Wege zum Wohle der Kriegsbeschädigten beschieden sind. Aber auch ohne neue Maschinen und Geräte anzuschaffen, wird man durch kleine Änderungen etwaigen Mängeln abhelfen können und solchen Landarbeitern die Lust und Liebe am Berufe erhalten. Ferner liegt eine wertvolle Ergänzung in der Beschaffung landwirtschaftlicher Geräte durch die Kriegsbeschädigten. In der landwirtschaftlichen Kriegsbeschädigtenlehranstalt zu Kortau (Ostpreußen) fand ich das in geschickter Weise zum Ausdruck gebracht. Jedoch ist hier die Beschäftigung im Freien zwecks Gerätebeschaffung unbedingt dem Arbeiten in geschlossenen Räumen zur Sommerszeit vorzuziehen. Die dadurch entstehenden Kosten stehen gewiß in keinem Verhältnis zu den Gesamtkosten einer Kriegsbeschädigten-

Siedelung in Verbindung mit einem landwirtschaftlichen Lazarett. Bei der zu erwartenden Ausdehnung der Bienenzucht sei jetzt bereits darauf hingewiesen, daß die Herstellung von Imkereiwirtschaftsgeräten unseren Kriegsversehrten auch reichlich klingenden Lohn einbringen dürfte.

Den Landwirten wird es insbesondere ans Herz zu legen sein, kriegsbeschädigten Arbeitern den Wiedereintritt in den Dienst zu ermöglichen und ihnen die Arbeit durch Geldmittel (durch Anschaffung eben solcher Maschinen für Kriegsbeschädigte) zu erleichtern, soviel in ihrem Ermessen steht.

Die Landwirte spenden diesen Sold der Sozialpolitik und der gesamten Volkswirtschaft. Sie erwerben sich in ihnen und ihrem Nachwuchs treue Landarbeiter, die, mit der Führung und Ausbesserung der Maschinen vertraut, einen weiteren wesentlichen Schritt darstellen, die deutsche Volkswirtschaft vom ausländischen Wanderarbeitermarkt unabhängiger zu machen und den Menschen mit der Maschine inniger zu verschmelzen.

3. Die Bedeutung der Elektrizität für die Landwirtschaft

Wie aus der folgenden Tabelle[1] ersichtlich ist, hat die Maschinenbenutzung bei allen landwirtschaftlichen Betriebsklassen in dem Zeitraum von 1882 bis 1907 stark zugenommen.

Größenklasse	Von den Betrieben der betr. Größenklasse verwandte Maschinen	
	1882	1907
unter 2 ha	0,5 %	4,6 %
3— 5 =	3,8 %	32,2 %
5— 20 =	19,7 %	72,5 %
20—100 =	44,8 %	92,88 %
über 100 =	82,8 %	97,3 %

Hatte die Dampfkraft den landwirtschaftlichen Großbetrieben in Anwendung auf Dreschmaschinen und Pflüge schon großen Nutzen gebracht, so blieb doch eine Verwendung des Dampfes für kleinere Leistungen unrentabel. Selbst die Petroleum-, Spiritus- und Benzinmotoren stellten keinen wesentlichen Fortschritt dar, kleinere Leistungen auf mechanischem Wege zu ermöglichen.

Das sollte der elektrischen Energie vorbehalten bleiben: infolge ihrer rationellen Teilbarkeit und Fortleitbarkeit qualifiziert sie sich

[1] Entnommen Straus, Die deutschen Überlandzentralen, S. 145.

für kleine Arbeitsleistungen. Die Elektromotoren stellen sich billiger als andere Motorenarten; sie sind feuersicher und können daher auch innerhalb der Scheunen Aufstellung finden. „Ihr geringes Gewicht gestattet, daß man sie ohne Schwierigkeiten an jede Stelle fahren oder tragen und überall zur Arbeitsleistung aufstellen kann und sich nicht, wie bei der Dampfmaschine, an die Wege zu halten braucht. Daß keine Beschaffung von Heizstoffen, keine Wartung während des Betriebes und keine Vorbereitung für den Betrieb nötig ist, daß die Ausbesserungen seltener sind als bei den anderen Motorenarten, bedeutet eine wesentliche Vereinfachung für den landwirtschaftlichen Betrieb [1]."

„Ferner beansprucht der Elektromotor wenig Platz, so daß er auch in kleinen Räumen ohne besondere Mühe untergebracht werden kann. Da er keinen Untergrund, sofern es sich eben um Motore bis zu 3 PS handelt, zu seiner Aufstellung nötig hat, kann er unter Umständen an den Balken der Decke — diese Befestigungsart findet man sehr häufig — oder auf einem Brett an der Wand angebracht werden [2]".

Die Anwendung der elektrischen Kraftübertragung gewährt den Landwirten selten eine unmittelbare Ersparnis. Wenn sie trotzdem stetig mehr Anhänger findet, so liegt es daran, „daß jedes Mittel gern benützt wird, das die Arbeit erleichtert und dem schlimmsten Hindernis des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft, der Arbeiternot, die Spitze abbricht" [3].

Bäuerliche Wirtschaften finden leichter eine Ersparnis bei der Anwendung der Elektrizität als der Großgrundbesitz: eine Dampflokomobile von 12—20 PS arbeitet für 12—15 Pf. für die PS = Stunde inkl. Unkosten, dagegen kommt die Kilowattstunde auf 18—20 Pf. exkl. der großen Unkosten. Den kleineren Besitzern fehlt jedoch eine Wärmekraftmaschine von 5—8 PS. Deshalb schließen sie sich leichter an die Zentralen an [3].

„Das Haupthindernis für die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile liegt im geringen und wechselnden Kraftbedarf der Landwirtschaft. Der Großbetrieb braucht zum Dreschen 20—30 PS, in der ganzen übrigen Zeit etwa 5 PS zum Betrieb der Reinigungs-, Futterzubereitungsmaschinen, Düngermühlen und anderer kleineren Maschinen. Wird außerdem ein elektrischer Pflug verwandt, so werden in der

[1] Rudolf Fischer, Die Elektrizitätsversorgung, S. 49.
[2] Forstreuter, Die Bedeutung der Elektrizität für die Landwirtschaft, S. 8.
[3] G. Fischer in „Technik und Wirtschaft", S. 533.

Pflugzeit 50—80 PS mehr nötig. Will sich der Großgrundbesitz also eine eigene Zentrale bauen, so muß er sie für den höchsten Kraftbedarf bemessen, kann sie aber etwa $^3/_4$ Jahr lang nur wenig ausnutzen. . . . Denn die Zeit des Hauptarbeitbedarfs in der Landwirtschaft fällt gar nicht mit der des Hauptkraftbedarfs zusammen[1]."

Besonders wichtig für den Landwirtschaftsbetrieb ist die Dreschmaschine. Seit etwa 12 Jahren gewinnt ihr elektrischer Antrieb immer mehr an Boden, der bei genügend billigen Strompreisen dem Flegeldrusch, dem Göpel und selbst der Dampflokomobile unbedingt vorzuziehen ist. Für den Kleinbetrieb, der seinen Göpel früher mit 6—8 Pferden betreiben mußte, die nach der eintönigen Arbeit erschöpft, eine sorgfältige Behandlung und eine noch bessere Fütterung verlangten, arbeitet der Dreschelektromotor billiger als die Dreschlokomobile. Auch gehen freie Arbeitskräfte viel lieber in solche Wirtschaften, die bereits mit dem modernen elektrischen Betrieb ausgerüstet sind. Daß die elektrische Dreschmaschine keinen Vorrat und keine Zufuhr an Brennstoffen verlangt, bedeutet eine wesentliche Ersparnis an Leuten und Zugvieh, ebenso erübrigt sich bei ihr das viel Zeit und Arbeitskraft erfordernde Anheizen.

„Des weiteren ist hervorzuheben, daß der Elektromotor eine konstante gleichmäßige Tourenzahl besitzt, was für das reine Ausdreschen des Getreides unbedingt erforderlich ist. Bekanntlich liegt der Grund für den ungenügenden Ausdrusch der Ähren in dem ungleichmäßigen Gang der Kraft-, z. B. der Dampflokomobile. Die Gleichmäßigkeit des Ganges beim Elektromotor ergibt sich aus dem elektrischen Prinzip selbst[2]."

Ein näheres Eingehen auf den Elektropflug würde den Rahmen der vorliegenden Frage überschreiten. Man setze jedoch keine zu großen Hoffnungen auf elektrisch betriebene Pflüge. Man tat dies nämlich anfangs. Aber als Stock mit seinem Motorpflug herauskam, änderte sich die Lage zusehends.

Man kann jetzt etwa sagen: Nur wenn die Überlandzentralen dem Landwirt die Hochspannungsleitung auf eigene Kosten bauen (1 km Leitungslänge kostet etwa 3500 Mark) und den Strom für die Kilowattstunde unter 10 Pf. abgeben, wird sich der elektrisch betriebene Pflug rentieren.

---

[1] G. Fischer, in Schmollers Forschungen XX, 5, S. 51/52.

[2] Forstreuter, S. 8.

Um der Elektrizitätsversorgung des platten Landes gerecht zu werden, muß man sich die Frage vorlegen: welche Stellung nehmen die Landwirte, welche die Überlandzentralen dazu ein? Das Rentabilitätsmoment ist überall da entscheidend, wo die Elektrizitätsversorgung in privaten Händen ruht. Der Jahresverbrauch an elektrischer Kraft in mittelbäuerlichen Wirtschaften stellt sich auf 200 bis 250 Stunden. Die „Leerlaufskosten", die den Überlandzentralen entstehen, sind daher sehr beträchtliche, wenn man die Gesamtstundenzahl eines Jahres, nämlich 8760 Stunden, damit in Vergleich setzt.

Die Überlandzentralen können auch den Strom nicht annähernd so billig abgeben, wie sie ihn erzeugen. Außer den Leerlaufskosten u. a. m. sind bei dem Legen der Leitungen über Land oft große natürliche Hindernisse zu bewältigen, die dem Strompreise aufgeschlagen werden müssen.

Hieraus ergibt sich, daß keine Überlandzentrale, die nur auf ländliche Abnehmer angewiesen ist, bestehen kann. Andererseits muß es im ureigensten Interesse des Landwirts wie des Bauern liegen, ihren jährlichen Stromverbrauch zu steigern (so in Verbindung mit Hausindustrien, Sägewerken), um günstigere Lieferungsbedingungen herauszuschlagen.

Wenn wir in Erwägung ziehen, daß mehr als die Hälfte aller an die deutsche Arbeiterzentrale gelangten Aufträge von den bäuerlichen Wirtschaften bis zu 6 Personen kam, ergibt sich einmal die große Bedeutung, diese Wirtschaften von fremden Arbeitskräften frei zu machen, zum zweiten ergibt sich, daß schon ein geringer Arbeitererſatz hinreichen würde, um sie ganz auf den Boden der Familienwirtschaft zu stellen. Wenn es dem kleinen Landwirt gelingen sollte, vermittels der Genossenschaften die Elektrizität auf möglichst vielen Gebieten heimisch zu machen, ließe sich dieser für die Kleinbetriebe notwendige, geringe Arbeitererſatz in Zukunft erreichen.

Da die Kleinlandwirtschaft in der neusten Zeit durch die Überlandzentralen eine Kraftquelle erhielt, die ihr beinahe ebenso billig Energie liefert wie den Großbetrieben, so scheint letzten Endes eine Erstarkung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes nach Straus[1] — eine der Wirkungen unserer Überlandzentralen vorzustellen, die im Interesse unserer ganzen Volkswirtschaft nur zu begrüßen ist.

[1] a. a. O. S. 174/75.

4. Überlandzentralen und Elektrizitätsgenossenschaften

Unter einer Überlandzentrale ist nach Schreiber[1] „ein Elektrizitätswerk zumeist des flachen Landes zu verstehen, das vermöge der den Elektrizitätsanlagen innewohnenden Fähigkeiten, den hochgespannten Strom auf weite Entfernungen zu leiten, imstande ist, von einer Stelle aus ein wirtschaftlich sehr umfangreiches Gebiet mit elektrischem Strom zu versorgen. Solche Anlagen sind naturgemäß für die Bewohner des platten Landes und ihre landwirtschaftliche Tätigkeit von einschneidender Wichtigkeit. Wenn heute die Landwirtschaft allerorts über Mangel an Arbeitskräften klagt, so wird in diesen Elektrizitätsanlagen und in ihrer Bereitschaft an elektrischer Energie zwecks elektromotorischer Betriebsweise als Ersatz für menschliche Arbeitskraft und den menschlichen Arbeitsprozeß das Heilmittel gegen diesen Notstand erblickt. . . . Mit überraschender Geschwindigkeit sind bei uns Überlandzentralen entstanden, die der Landwirtschaft die Möglichkeit der Verwendung des Elektromotors bieten, wie wir gesehen haben, zu allen Arten der Bodenbebauung: zum Elektrischpflügen, Dreschen, zum Mahlen von Getreide, Schrot, zum Häckseln, Obstquetschen, zu Ab- und Auflade-vorrichtungen, Aufzüge, Feld- und Waldbahnen".

Bei allen Überlandzentralen macht man die Erfahrung, daß sie den größeren Gutswirtschaften wie den großen Fabriken ganz wesentlich niedrigere Strompreise bieten müssen als dem Gewerbe und den Bauern. Diese sind gern bereit, den Kraftstrom mit 20 bis 25 Pfg. und den Lichtstrom mit 40 bis 50 Pfg. für die Kilowattstunde zu bezahlen. Bei den Großgrundbesitzern hält es schwer, die Normaltarife von 18 bis 20 Pfg. für Kraft und den doppelten Satz für Licht aufrechtzuerhalten"[2]. Unter dem Zwange der Arbeiterknappheit „zahlt der Landwirt für einen brauchbaren mechanischen Ersatz gern einen höheren Preis, und wenn er dabei ein Gefühl des Bedauerns hat, so ist es das, daß für so viele Arbeiten der motorische Betrieb noch nicht geeignet ist"[2]. So hat man noch nicht von greifbaren Erfolgen gehört bei den Säe-, Drill-, Kartoffelpflanz- und Hackmaschinen und bei den Mähmaschinen, den Heuwendern und Heurechen.

„Die Entwicklung, die der Bau der Elektrizitätswerke genommen

---

[1] Elektrizität in Recht und Wirtschaft, S. 305.

[2] G. Fischer, Die Bedeutung der Elektrizität für die Energieversorgung Deutschlands, S. 8/9.

hat, ist eher geeignet, die Ungunst der natürlichen Bedingung zu verschärfen, als sie zu mildern[1]." Mit Vorliebe schaltet man nämlich von vornherein diejenigen Gemeinden aus, in denen der voraussichtliche Energiebedarf die Kosten für die Leitung und die Krafterzeugung nicht decken wird. Meist sind dies ärmere Gegenden, die dadurch weiterhin noch mehr verarmen[1].

„Solche Erwägungen legen den Gedanken nahe, daß der Staat den Ausbau der elektrischen Anlagen hätte übernehmen müssen; ... denn der Staat führt manches Unternehmen ohne Rücksicht auf Gewinn oder Verlust durch, um seinen Angehörigen durch Erleichterung ihrer Produktionsarbeit zu nützen und sie in Gegenden, die durch die Ungunst der Natur benachteiligt sind, zu unterstützen[1]."

Ein staatliches Elektrizitätsmonopol wird aus diesem Grunde anzustreben sein. Jedoch muß der Übergang in den Regiebetrieb allmählich vor sich gehen und den Staatsorganen eine genügende Vorbereitungszeit zur Einarbeitung in die sehr verzwickte Materie gelassen werden. Inwieweit die Privattätigkeit bei der Elektrizitätsversorgung auszuschalten, gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen zu gründen sein werden, hängt zu sehr von der Stellung der Einzelstaaten zu dieser Frage ab, als daß wir unter den gegebenen Verhältnissen näher darauf einzugehen vermöchten.

Von Überlandzentralen, in deren Versorgungsgebiet der landwirtschaftliche Charakter überwiegt, haben wir im Osten, z. B. die Überlandzentralen von Birnbaum-Meseritz-Schwerin (Posen und Lausitz), die Märkischen Elekrizitätswerke in Eberswalde, ferner die Werke von Arnswalde-Pyritz, Guben und Crossen. In Schlesien ist das Elektrizitätswerk des Provinzialverbandes Schlesien Mauer am Bober hervorzuheben. Zielbewußt und großzügig geht die Provinz Pommern wieder einmal bei der Elektrizitätsversorgung vor, indem sie überall da, wo nicht schon ältere private Werke bestehen, kommunale Unternehmungen gründet, die von wenigen Zentralen aus mit Strom versorgt werden. Hier ist die Überlandzentrale von Belgard, gegen sechs pommersche Kreise umfassend, zu erwähnen. Im Westen von Berlin haben wir die Brandenburger Kreiselektrizitätswerke mit einer Zentrale bei Spandau und einem Versorgungsgebiet, das zunächst Ost- und Westhavelland, Ruppin, die Ostpriegnitz und Teile der Altmark mit Strom versorgt. Im übrigen Deutschland nenne ich

[1] G. Fischer, Die Bedeutung der Elektrizität für die Energieversorgung Deutschlands, S. 10.

noch die Überlandzentralen von Gispersleben (Reg.-Bezirk Erfurt), von Derenburg am Harz, die mittelschwäbische Überlandzentrale von Memmingen und die Württembergischen Neckarwerke in Eßlingen. Was hier besonders interessiert, ist, wie gesagt, die unbegrenzte Steigerung der elektrischen Stromverwendung und die Anwendung auf fast allen landwirtschaftlichen Arbeitsgebieten, die dem Kleinbauern genau so zugute kommt wie dem größeren Besitzer.

„Die Elektrizitätsversorgung hat sich in Deutschland im wesentlichen als ein Gegenstand der Gemeindeverwaltung entwickelt. . . . Zahlreiche Landkreise sind dem Beispiel der Städte gefolgt oder haben mit den benachbarten Städten gemeinsam die Versorgung mit Elektrizität in die Hand genommen[1]."

Naturgemäß kann „keine ländliche Zentrale auf einem so kleinen Raum so viel Abnehmer vereinigen, wie es in Großstädten der Fall ist; sie hat also wegen der größeren Länge der Leitungen höhere Anlagekosten und größere Stromverluste"[2].

Wie mannigfaltig der Modus der Anschlüsse und der Beteiligungen der Landzentralen an die Elektrizitätswerke ist, geht aus den Namen hervor, wie sie im Jahrbuch des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften[3] verzeichnet stehen. Zahlreiche Leitungsgenossenschaften sind 1913 im Anschluß an die im Ausbau befindlichen Überlandzentralen entstanden. Am umfassendsten ist eine solche Errichtung lokaler Verteilungsstellen in Pommern vor sich gegangen, wo insgesamt 510 Elektrizitätsgenossenschaften begründet wurden. Die Vermehrung der Elektrizitätsgenossenschaften war außerordentlich lebhaft. Von ihnen wurden im Berichtsjahr 1914 246 neu begründet. Namentlich in Schlesien (115), Pommern (73), Mecklenburg-Schwerin (7) war ihre Zunahme beträchtlich, doch blieb im ganzen die Zahl der Neugründungen 246 erheblich gegen das Vorjahr 353 zurück. Die Elektrizitätsbewegung scheint demnach in ein ruhigeres Fahrwasser zu treten.

Bei den Elektrizitätsgenossenschaften überwiegen 1914 zwar die Gewinne die Verluste erheblich (843 450 Mark gegen 115 846 Mark), doch bleibt zu beachten, daß sich die Gewinne auf 184 Genossenschaften verteilen, während 273 Genossenschaften mit Verlust gearbeitet haben. Das günstige Ergebnis ist in der Hauptsache darin begründet,

---

[1] Beutler, Die geplante staatliche Elektrizitätsversorgung, S. 5.
[2] G. Fischer in Schmollers Forschungen Bd. XX, 5, S. 53.
[3] Berichtsjahr 1914, S. 313.

daß die in der Provinz Sachsen bestehenden großen genossenschaftlichen Elektrizitätsunternehmungen mit ihrem weiteren Ausbau fast durchweg Gewinne erzielt haben.

5. Die Einführung eines staatlichen Motorlastwagenbetriebes

In diesem Zusammenhang ist noch auf die Möglichkeit der Einführung eines staatlichen Motorlastwagenbetriebes hinzuweisen. Viele Hunderte, vielleicht Tausende von Kraftwagen, die jetzt zu Kriegszwecken benutzt werden, werden mit Friedensschluß arbeitsfrei und von der Heeresverwaltung der Landwirtschaft angeboten werden. Da gälte es, nach dem Vorbilde der Bayrischen Landtransportgesellschaften für ganz Deutschland gewissermaßen ein Zubringersystem[1] zu den Eisenbahnen zu organisieren. Die Zustellung von Stückgütern und Hilfsstoffen wie die Abholung der Bodenerzeugnisse fällt in den Bereich der Landtransportgesellschaften. Und wenn man bedenkt, daß „gerade das rechtzeitige Wegschaffen dessen, was eingefahren, gedroschen und ausgebuddelt ist, jetzt im Betrieb oft großen Schwierigkeiten begegnet, zumal wenn es noch mit dringenden Bestellungs- und Erntearbeiten störend zusammentrifft"[1], wird man in den Landtransportgesellschaften ebenfalls einen sehr wichtigen arbeitsparenden Faktor erblicken dürfen.

Je großzügiger ein solcher Kraftwagenbetrieb geplant ist, um so gesicherter erscheint das Moment der Wirtschaftlichkeit. Schafften sich einige Landwirte gemeinsam ein Fahrzeug an, so mangelte es einmal an hinreichenden Transportaufgaben das ganze Jahr hindurch, dann stellten sich die Betriebskosten ziemlich hoch, und schließlich mußten im Falle der Ausbesserung oder bei einem Unglück die Pferde wieder das althergebrachte Vorspann leisten, so daß von einer Tilgung der Anschaffungskosten wenig zu merken war. Dies alles würde hinfällig, „die Kosten für die Beförderung des einzelnen Wagens, des einzelnen Stückgutes würden auf ein Mindestmaß erniedrigt werden", wie Eisenbahnbauinspektor a. D. Dinglinger im Jahre 1912 in Stück 51 der Mitteilungen der D. L.-G. ausführte, wenn ein öffentliches Verkehrsunternehmen die Güterzustellung und Abholung von großen und kleinen Wirtschaften in die Händ nähme, die, durch bestimmte Sammelstellen erleichtert, den vom Schienenstrange am weitesten abgelegenen Betrieben die größte Erleichterung gewähren müßte. Vor

[1] Ökonomierat Stiegers Leitsätze, veröffentlicht in der Kriegstagung der D. L.-G. im Februar 1916.

allem sind die betreffenden Motorwagen nicht an die Einhaltung fester Routen gebunden: Der gleislose Betrieb wickelt sich kontinuierlicher ab, spart an Anlagekapital für Schienen und nimmt jede Last in der arbeitsparendsten Weise auf, wie er sie auch ablagert.

Bekanntlich hängt die Wirtschaftsweise von der räumlichen Lage zum Markte ab. Was innerhalb der einen Zone sich noch anzubauen lohnt, braucht bereits in einer anderen Zone keinen gewinnbringenden Absatz mehr zu versprechen.

Durch einen Motorlastwagenbetrieb, der in regelmäßiger Folge die einzelnen Wirtschaften mit einem Markte in Austauschverkehr brächte, würden die obigen Berechnungen umgestoßen werden.

Überraschende Ausnutzungsmöglichkeiten des Grund und Bodens, andere Verwertungsmöglichkeiten und ganz neue Marktlagen würden geschaffen, die im Grunde insgesamt auf diesen zeitsparenden Betrieb zurückzuführen wären.

Wer aus Erfahrung weiß, wieviel Leute und Gespanne bei meist nur schrittweisem Vorwärtskommen dem Gute durch Lastenbeförderung und -abholung entzogen werden, und wie die Leute selber trödelnd lange auf der Strecke Gut—Eisenbahn liegen, der wird den Segen eines solchen Motorlastwagenbetriebes erkennen, der dem Kleinbauern in gleicher Weise wie dem größeren Besitzer zugute kommt. Die landwirtschaftlichen Betriebe können so über ihre Arbeitskräfte freier verfügen und brauchen sich in ihren vorgefaßten Plänen nicht durch ein zur Unzeit eintreffendes Avis beunruhigen lassen. Ein solcher Lastwagenbetrieb sorgt für schnellste Zustellung und Abholung von Gütern und macht alle Wirtschaften von den mit der Eisenbahn einlaufenden oder wegzubefördernden Sendungen so gut wie unabhängig.

Die Landtransportgesellschaften arbeiten auch mit großer Rentabilität: für den Landmann, indem ihm 1 Zentner bei einer Beförderung von über 3000 Zentnern im Jahr auf 18 bis 19 Pfg. zu stehen kommt, und rentabel für sich selbst: indem das bayerische Unternehmen (z. Zt. im Anschluß an die Postverwaltung) „in den 12 Jahren seines Bestehens 2,2 Mill. Mk. Reineinnahmen erzielte, wovon die Hälfte als Reservefonds zurückgelegt und die andere Hälfte in den Staatssäckel geflossen ist“ [1].

[1] Stiegers Leitsätze.

6. Blick in die Zukunft: Die Bedeutung der gesteigerten Maschinenverwendung und Elektrizitätsversorgung in der Landwirtschaft für die ländliche Arbeiterfrage. Aufgestellte These

Die gesteigerte Maschinenverwendung im Verein mit der Elektrifizierung des platten Landes wird für die Landwirtschaft von einschneidender Bedeutung sein und bietet für die kommenden Jahre ganz neue Perspektiven[1]. Sie ist geeignet, den Industrialisierungsprozeß im ländlichen Arbeitsverfahren einzuleiten. Damit erscheint auch die ländliche Arbeiterfrage in ein ganz neues Licht gerückt: die Landwirtschaft dürfte bei verändertem Arbeitsverfahren in ähnlicher Weise elektrisierend auf die Massen wirken, wie wir es bei der Industrie und der magischen Gewalt, die die Großstädte ausüben, erlebt haben.

Steigen wird der Bedarf an Qualitätsarbeitern für die Instandhaltung der landwirtschaftlichen Maschinen in den großbetrieblichen Maschinenparks unter der Leitung von Maschinenmeistern. Die Lohnsysteme werden eine entsprechende Umgestaltung erfahren. Die menschlichen Arbeitskräfte werden leichter ersetzbar und an den Stellen, wo man sie einsetzt, eine stetig wachsende Bedeutung auf den Produktionsprozeß erlangen.

„Die Erzeugung und Verteilung der Elektrizität wird den Anforderungen nur dann entsprechen, wenn sie durch Großzentralen und Großnetze mit den technisch und ökonomisch besten Maschinen erfolgt, wenn die billigsten Energiekräfte, besonders die Wasserkräfte, zur Erzeugung der Elektrizität herangezogen werden, und wenn die Gemeindebedürfnisse in den Unternehmungen eine ausgeprägte Berücksichtigung finden[2]." Im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb dürfte, soweit sich erkennen läßt, mit der Unterstützung der Elektrizität die Intensität der Produktion gesteigert und eine Änderung der Konkurrenzverhältnisse zwischen Groß- und Kleinbetrieb, deren Eintritt man bereits befürchtete, verhütet werden. So werden die Überlandzentralen gerade für die Gesundung der sozialpolitischen Verhältnisse unserer Volkswirtschaft eine hohe Bedeutung gewinnen.

Für den Großbetrieb bieten sich insofern neue Perspektiven, als zur Bewältigung der Ernte mit Tag- und Nachtschicht gearbeitet werden könnte. Die Nachtarbeit wird durch die elektrische Feld-

[1] Bei Forstreuter S. 64 ähnliche, z. T. abweichende Gedanken.
[2] Rud. Fischer, S. 103.

beleuchtung ermöglicht, und die hohen Akkordlöhne der landwirtschaftlichen Qualitätsarbeiter werden die jederzeit betriebsbereiten Maschinen in den unbedingten Dienst des wirtschaftlichen Befehlshabers stellen. Der Frage der künstlichen Beregnung wird große Aufmerksamkeit zu schenken sein. Solche Bewässerungsanlagen würden auf sandigem Boden wie in der Mark am segensreichsten wirken und sich auch am ehesten rentieren, weil hier die jährlichen Niederschlagsmengen fast stets unter dem Durchschnitt bleiben. Die Schwierigkeiten der Wasserbeschaffung sind natürlich nicht zu verkennen. Großzügig gedachte, abschüssig angelegte Plauenanlagen — schnell abbrech- und aufstellbar — könnten ferner die Schädigungen durch Regen- und Hagelwetter von der Ernte abhalten.

Den Kern der obigen Frage bildet die Art der Wasserbeschaffung. Die Lösung des Problems wird in vielen Fällen äußerst heikel anmuten. Aber zurzeit spielt ja die Kostenfrage nur eine untergeordnete Rolle. Die Hauptrolle spielt die Produktionsfrage, und nur aus diesem Gesichtspunkte heraus läßt sich eine Lösung auch für die künstliche Beregnung finden. Das ökonomische Prinzip, das Prinzip der Wirtschaftlichkeit ist abgelöst durch das Produktivitätsprinzip, wie ich es nennen möchte, durch das Prinzip größter Ergiebigkeit des Grund und Bodens unter Einsatz hoher Arbeitsqualitäten und Geldmittel. Es handelt sich darum, daß möglichst viel Arbeitskräfte bei Ausdehnung des Nutzbodens landwirtschaftlich produktiv werden; unter welchen Schwierigkeiten, wie großer Auslassung anderer in Frage kommender Momente und unter welchem Einsatz an geldlichen Mitteln dies erreicht wird, ist nebensächlich.

Die Kulturmethoden der Umpflanzung und Behäufelung der Saaten haben den Vorzug der Vervielfachung und Sicherstellung der Ernteerträge, wie in dem gleichnamigen Buch von Demtschinsky theoretisch und praktisch nachgewiesen wird. Die Umpflanzung der Saaten mit der Hand ist eine ursprünglich chinesische Methode: üppige Bestockung und energische Verstärkung des Wurzelsystems sind die Folgen. „Durch einen solchen Eingriff in die Entwicklung der Pflanzen werden die Stauden befähigt, 30—40 Halme mit strotzenden Ähren zu bilden, so daß der Ernteertrag pro Hektar z. B. für Winterroggen im Mittel 4900 kg beträgt[1].“ Eine derartige viel Zeit und Arbeitskräfte erfordernde Bestellung scheidet für größere Ackerflächen von vornherein aus. Da bedienen wir uns des Behäuflungsverfahrens

[1] Demtschinsky, S. 89.

zur Steigerung der Ernteerträge. Hier läßt sich das gleiche Ziel viel schneller und billiger durch landwirtschaftliche Maschinen erreichen: nicht die Pflanze selbst wird vertieft, sondern die diese umgebende Erdschicht wird höher.

Durch alle diese die Produktion sehr stark beeinflussenden Möglichkeiten und bewährten Methoden würde eine ungeheure Arbeitsleistung in Zeiten der Hochspannung erzielt, zu gleicher Zeit würde eine Einwirkung auf den gedeihlichen Ausfall der Ernte herbeigeführt werden. Aber auch dann, wenn wir unsere Hoffnungen nicht zu hoch spannen, dürfen wir mit einer Industrialisierung im ländlichen Arbeitsverfahren rechnen, das zur Voraussetzung die rationellste Ausnützung der menschlichen und mechanischen Kräfte hat: das ist der Vorzug beim Akkord, daß man die Leute nicht zur Arbeit zu treiben braucht.

Das vorwiegende Arbeiten mit Maschinen in der Landwirtschaft und die gesunde Ausarbeitung im Freien werden die Gegensätze zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit mildern, vor allem die Abwanderung vom Lande schwächen und je nach Bedarf — industrielle Qualitätsarbeiter oder arbeitslose Industriearbeiter der Landwirtschaft zuführen.

Die durch gesteigerte Maschinenverwendung und Elektrifizierung erreichte Rationalisierung des ländlichen Arbeitsverfahrens schränkt ihrerseits also den Bedarf an menschlichen Arbeitskräften ein. Diese aber werden der Landwirtschaft in vermehrter Weise noch dadurch erhalten bleiben, daß einmal die auf dem Lande Geborenen durch ein umgestaltetes ländliches Arbeitsverfahren mehr denn je auf dem Lande zurückgehalten werden, und daß zum andern gelernte Industriearbeiter als genossenschaftliche und großbetriebliche Maschinenmeister nachgefragt werden. Hiermit ergibt sich wie von selbst ein Zurückschnellen des Bedarfs an nichtdeutschen, zeitlichen Arbeitskräften, so daß ich zur Aufstellung dieser These gelange:

> Die Frage der ausländischen Wanderarbeiter läßt sich nicht so lösen, daß man in der Rationalisierung der Landwirtschaft das Programm der nächsten Zukunft erblickt und sich zu diesem Zwecke auf ihre Rationalisierung wirft: denn die Rationalisierung läßt sich nicht von heute auf morgen durchführen, und darum sind wir auf die Wanderarbeiter angewiesen, müssen sie vorläufig weiter beziehen und werden sie annehmbarerweise in genügender Menge aus Russisch-Polen bekommen.
>
> Nur indem wir weiter Wanderarbeiter beziehen, gleichzeitig aber die Rationalisierung in der Landwirtschaft in der eben ge-

schilderten Weise unentwegt fördern, ich meine: nur von einer Rationalisierung werden wir unter günstigsten Umständen einmal in späteren Zeiten zu einer annähernden Rationalisierung in der Landwirtschaft gelangen können und nicht umgekehrt, wie behauptet wurde.

Achtes Kapitel

Die Innenkolonisation

Waren die vorstehenden Ausführungen von dem aufrechten Bestreben getragen, das Problem der möglichsten Rationalisierung im ländlichen Arbeitsverfahren durch geeignete Maschinenverwendung im Verein mit der Elektrifizierung von der arbeitersparenden Seite zu packen, von der einmal gegebenen Landarbeiterknappheit ausgehend im mechanischen Verfahren ein möglichst ausgleichendes Ersatzmittel zu suchen, so bezwecken die folgenden Teile, die Gebiete der Innenkolonisation, der ländlichen Wohlfahrtspflege und der landwirtschaftlichen Arbeitsämter für die uns hier vorliegende Frage der Landarbeiterbeschaffung nach dem Kriege nutzbar zu machen.

Die aufgezeigte Industrialisierung im ländlichen Arbeitsverfahren wird, so haben wir gefolgert, vor allem den Abzug vom Lande schwächen, da die Leute das, was sie früher in die Städte und Industriebezirke trieb, jetzt an höheren Löhnen und Arbeitsart ebenfalls auf dem Lande finden können.

Hier hätten wir dann auch die Pulsadern des städtischen Lebens zu öffnen und seine Vorteile und Anregungen auf Körper und Geist, wie sie für den mindest Bemittelten einfach nicht wegzuleugnen sind, natürlich nach zweckentsprechender Umgestaltung aufs Land zu übertragen: das platte Land mutet uns eben heute zum Teil nicht mehr als Paradies an; es soll aber wieder etwas Paradiesisches erhalten, dann wird es auch rührige Arbeitskräfte erhalten.

Wir rühmen mit Recht den Standard unseres Arbeiters im Gegensatz zum ausländischen Arbeiter. Wir müssen diesen Standard behaupten, und wir können ihn nur behaupten, wenn wir ihn erhöhen, wenn wir auf dem Wege der Sozialpolitik fortschreiten. Wer weiß, ob wir den Krieg in so günstiger Weise für uns entschieden hätten, wenn die von uns befolgte Sozialpolitik uns nicht instand gesetzt hätte, aus den Fabriken und der emsigen Landarbeit heraus unsere Arbeiterschaft auf die Schlachtfelder zu werfen.

1. Die Kleinsiedlung in ihrer Wirkung auf die Arbeiterfrage

Unter Innenkolonisation verstehen wir Ansiedlungspolitik, in welcher Form sie sich auch äußern will. Sie bezweckt also auch, die alten Arbeitskräfte auf dem Lande durch neue aufzufrischen, und sie durch den Bau von Eigenheimen wirtschaftlich unabhängiger zu stellen: sei es, daß sie die Arbeitskräfte in der Ansiedlung von Instleuten und der sonstigen Arbeiterbevölkerung sowie von Leuten, die in der Landwirtschaft nur im Nebenberuf tätig sind, sei es, daß sie sie in der Ansiedlung von Auslandsdeutschen, sogenannten Rückwanderern, erblickt.

Es ist also hier zu untersuchen, wie wir dem Lande neue Arbeitskräfte zuführen können und zwar derart, daß sie sich auf dem Lande erfolgreich behaupten.

Die innere Kolonisation betätigt sich in zweifacher Weise: als rein bäuerliche Ansiedlung und als Arbeiteransiedlung. Die Bauernansiedlung nimmt dadurch für sich ein, daß die Angesiedelten mit ihrer Familie den gesamten Arbeitsbedarf bewältigen können, mithin selbständige, nicht auf fremde Arbeitskräfte angewiesene Wirtschaften darstellen. Aus diesen Bauernfamilien heraus wachsen den größeren Bauern- und Gutsbetrieben die Knechte und Mägde zu.

Die Arbeiteransiedlung dagegen läßt den so Angesiedelten noch auf Arbeit außerhalb angewiesen sein, das Stück Land gibt ihm nicht ausreichend Beschäftigung und Ernährung. Es ist durch Untersuchungen ermittelt worden, daß die angesiedelten landwirtschaftlichen Arbeiter häufig zu einem nicht landwirtschaftlichen Berufe wieder abschwenken. Dem wird künftig mit den zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken sein. Denn durch die Arbeiteransiedlung können auf der gleichen Fläche bedeutend mehr Menschen angesiedelt werden, als es bei der Bauernansiedlung der Fall ist.

Seit Fürst Bismarck die Ansiedlungstätigkeit und zwar in den polnischen Gebietsteilen Preußens durch die Gesetze von 1886 und 1890/91 wieder aufgenommen hatte, sind bis zum Jahre 1913 durch Ansiedlungsgesellschaften etwa 40 000 Kleinbetriebe nach neupreußischem Rentenrecht errichtet worden, wobei es sich überwiegend um neue Bauernstellen handelte. Da es jedoch wie gefordert darauf ankommt, möglichst viel Menschen aufs Land zu werfen und dort geeignet unterzubringen, müssen wir in der Arbeiteransiedlung die Verwirklichung dieses Gedankens erblicken.

Wie die Studienkommission nachgewiesen hat, ist es mit Bauernkolonisation allein nicht getan, weil diese von der wichtigeren Hälfte der innern Kolonisation, der Kleinsiedlung und der Landarbeiterfrage, ihre Kräfte herbeizieht, also an sich nicht lebensfähig ist. Die Studienkommission hat ferner bewiesen, „daß auch das Verfahren der Kleinsiedlung kein Weg ist, um Landarbeiter zu beschaffen. Umgekehrt, Kleinsiedlung setzt Landarbeiter voraus, Kleinsiedlung erschöpft den Stand der Landarbeiter, Kleinsiedlung kommt ganz von selbst zum Stillstand, wenn keine Landarbeiter mehr da sind. Also das Wichtigste und zugleich das Schwierigste ist der Unterbau, die Schaffung des deutschen Landarbeiterstandes und dessen Erhaltung“ [1]. Zur Gewinnung von Landarbeitern sei die Schaffung von Mietwohnungen mit Gemeindepachtland eine neue wichtige Aufgabe der innern Kolonisation, wie Präsident Metz im „Tag“ ausführt. Die Aufgabe der Landgesellschaften wäre es dann, das für die Landgemeinden erforderliche Land zu beschaffen und an diese weiter zu übertragen: bei der Neubildung von Gemeinden durch Besiedlung, bei bestehenden Gemeinden durch Aufteilung von weniger lebensfähigen Bauernstellen, bei Domänen und Gutsbetrieben durch Abstoßung und Aufteilung von Vorwerken und anderes mehr.

Metz [2] geht dann auf die unterschiedlichen Wirkungen von Eigentum und Pacht auf den Landarbeiter ein. „Man kann unbedenklich nachgeben, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen Erwerb eines Eigentums und der Eingehung eines Miet- und Pachtverhältnisses für den Inhaber darin beruht, daß eine Stelle der letzteren Art leichter ohne Nachteil wieder abgegeben werden kann. Es liegt auf der Hand, daß in dieser Erwerbung eine Anschauung zur Geltung kommt, die mit dem Ideale der Schaffung einer seßhaften Landbevölkerung in einen harten Widerstreit gerät. Aber man tut wohl, sich von diesen Idealen loszureißen und die Gründung von Pachtstellen nicht nur für Kriegsbeschädigte, sondern auch für sonstige Ansiedlungslustige ins Auge zu fassen, wann und wo sich immer Gelegenheit bietet.“

Nach Schiele brauchen wir an Pachtland nur 5 % der ganzen Flur. Enteignung kommt da nicht in Betracht. Der Krieg mit seinen Umwälzungen in Recht und Wirtschaft ist hier der beste Regulator. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich eins in dem Gedanken

[1] Schiele, Wenn die Waffen ruhen, S. 66.

[2] Roter Tag vom 22./24. Mai 1917.

fühlen, daß der eine den andern bedingt, daß des einen wirtschaftliche Sicherheit und Auskömmlichkeit die des andern wesentlich erhöht und stärkt. Unsere Großlandwirtschaft ist dann eigentlicher Lebensnerv, wenn sie einen in sich zufriedenen Landarbeiterstand schafft und erhält.

Die Innenkolonisation bezweckte nicht, den größeren Betrieben Landarbeiter zu verschaffen. Wenn sie es nebenbei in gewissem Maße bewirkt hat, so war es nur freudigst zu begrüßen insofern, als diese Lohnarbeiter den Winter über in ihr Familienheim zurückkehrten.

Wir befinden uns in einer Entwicklung, die auf eine angemessene Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz — aus der größten Produktivität resultierend — hinzielt. Es besteht die Tendenz, die Betriebseinheiten zu verkleinern, die um ihre Existenz ringenden Großbetriebe zum Zwecke der Ansiedlung zu zerschlagen.

So haben die landwirtschaftlichen Musterwirtschaften städtischer Finanzgrößen — nicht mit den Versuchsanstalten zu verwechseln — keinen praktischen Wert, weil sie dem Laien in der Stadt ein ganz falsches Bild geben. Von Nichtlandwirten zumeist errichtet, bieten sie ihnen eine angenehme Ablenkung und Lieblingsbeschäftigung; sie stecken viel in volkswirtschaftlicher Hinsicht unnützes Geld hinein, errichten kostspielige Anlagen, wo es auch einfachere geleistet hätten; weite Rasen- und Jagdflächen werden gehegt.

Für solche Spielereien ist unsere Zeit zu ernst. Nach dem Kriege wird es heißen: noch intensiver wirtschaften und allerorten den Boden zur Bebauung heranziehen. Denn es gilt, die Produktion unentwegt zu steigern.

Man hat vorgeschlagen, Güter, die allzu häufig ihre Besitzer wechseln und fast zur Ware geworden sind, zu zerschlagen. Denn Grundbesitz soll keine Ware sein, die den jedesmaligen Verkäufer bereichert. Grundbesitz soll Stammland sein, das dem Besitzer über alles wert ist; es soll sein Land sein, an das ihn Traditionen fesseln.

Auch käme der Aufkauf von solchen Gütern in Betracht, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes überwiegend auf den Bezug ausländischer Wanderarbeiter angewiesen sind. Darüber geben die Legitimierungsämter Aufschluß.

Manche Vorwerke auf Großbetrieben werden abgestoßen werden müssen und gleichfalls der Kleinsiedlung anheimfallen, weil sie sich nicht genug rentieren.

So werden nur die am besten gelegenen Großgüter bestehen bleiben. Diese aber werden vor der Hand nur auf wenig Hilfskräfte, die ihnen aus der Kleinsiedlung erwachsen, zu rechnen haben. Denn diese wollte die neu gegründeten Betriebe auf den Boden der reinen Familienwirtschaft stellen.

Was bisher die Schaffung von Arbeiterstellen, die Verbesserung des Landarbeiterwesens überhaupt so erschwerte, das hat von Batocki in knapper, erschöpfender Form in den Vorberichten der Studienkommission[1] ausgesprochen. Er sieht die Schranken für ein soziales Emporsteigen auf dem Lande in der Steigerung der Bodenpreise, in unserem Grundbuchrecht, „das vielleicht in mancher Hinsicht die Absplitterung geeigneter Grundstücke für Arbeiterstellen oder Gemeindeland mehr als nötig erschwert;" in der Baupolizei, deren Wahrnehmung den ländlichen Verhältnissen nicht gerecht werde, somit einer gesunden Entwicklung hinderlich sei.

Gerade die Wohnungsgewährung auf dem Lande läßt den landwirtschaftlichen Arbeitnehmer gegenüber dem nichtlandwirtschaftlichen stark bevorzugt erscheinen; hier heißt es künftig, einen noch wenig beachteten Vorteil mehr und mehr zur Ausbeute heranziehen. Denn welchem Arbeiter wird in der Stadt ein Eigenheim in genügendem Ausmaß mit Gärtchen, Viehhaltung und den vielen kleinen Vorzügen ländlicher Lebensart geboten?

Aber auch auf dem Lande ist im Bau von Arbeiterwohnungen noch viel nachzuholen, besonders was Zweckmäßigkeit und Technik der Ausführung anbelangt. Darauf nimmt Mendelson[2] Bezug und führt weiter aus: „Es scheint nicht hinreichend bekannt zu sein, daß zum Bau derartiger Wohnungen die Landesversicherungsanstalten billige Darlehen geben. Bislang sind diese Darlehen mehr der Industrie als der Landwirtschaft zugute gekommen, offenbar weil die Landwirtschaft keinen genügenden Gebrauch davon gemacht hat. Warum läßt die Landwirtschaft diese Gelder, an deren Aufbringung sie einen wesentlichen Anteil gehabt hat, so nach anderer Seite fließen?"

Ein weiteres Hemmnis liegt in den Schulverhältnissen und in der Angst vor Armenlasten. Schließlich erwachsen jedoch in den Angesiedelten der Gemeinde neue Steuerzahler als Entgelt für die innerkolonisatorischen kommunalen Lasten.

---

[1] Archiv für exakte Wirtschaftsforschung, Bd. 5, Heft 1, S. 6.

[2] In Heft 245 der Arbeiten der D. L.-G., S. 143.

Nach den Satzungen der Ansiedlungsgesellschaften, die sich eine gedeihliche Regelung der Schulverhältnisse sehr angelegen sein lassen, verzichtet der Staat zu ihren Gunsten auf die ihm zukommenden Dividenden; dadurch vermag die Landgesellschaft alle von ihr ausgehenden Neugründungen und Neubildungen viel besser zu fundieren und gewinnt einen unmittelbareren Einfluß auf die Hebung ländlicher Gesittung.

Keinesfalls dürfen wir dem Lande noch weitere Schullasten aufbürden, wo es bisher nur den kleineren, geringwertigeren Teil seiner aufgezogenen Bevölkerung selber behalten durfte.

Schiele[1] sieht das schlimmste Hindernis der Innenkolonisation in der ungerechten, ungleichen und unzweckmäßigen Verteilung der Kulturlasten, der Lasten der Wiedererstattung des Lebens, insbesondere der Volksschullasten. Ihre bisherigen Methoden übersehen den Stand der Besitzlosen auf dem Lande, der seiner Breite wie seinen wirtschaftlichen Aussichten nach die völkische Zeugungskraft bestimme.

Schiele fragt dann, welches der gültige Maßstab der gerechten Verteilung sein soll. „Lediglich der der Leistung. Diese wird an der Kopfzahl der unterrichteten Kinder gemessen. Aus Staatsmitteln erhält jede Gemeinde 65 Mk. auf den Kopf des Schulkindes, genau so viel, wie durchschnittlich ein Schulkind in Preußen kostet. Also jede Gemeinde, die arme wie die reiche, und zwar als ein Recht, nicht als ein Almosen. So wären mit einem Male die Zuschüsse nach der Bedürftigkeit beseitigt. Wie aber soll dieser Zuschuß von 65 Mk. aufgebracht werden? Nicht durch neue Steuerlasten. Wohl aber soll und muß der einzelne Steuerzahler anders zahlen, nämlich mehr in den bisher bevorzugten Gemeinden[2]".

Dies Mehropfer müsse mit in Kauf genommen werden, und wo sich die Schulverwaltung zu einer Überschußverwaltung entwickele, wäre dies im Interesse der Gemeinden nur zu begrüßen. Der Gemeindecharakter der Schule sei beizubehalten, weil damit die Freizügigkeit des Lehrerstandes wie dessen geistige Freiheit gewährleistet bleibe[3].

Der Schielesche Vorschlag hat insofern etwas Bestechendes an sich, als er mit dem Gedanken der Überschußverwaltung spielt. Wir aber meinen, daß ein Streben nach Überschuß die Güte der Schulverbindlichkeiten leicht zu schmälern vermöchte, daß man deshalb von

[1] Wenn die Waffen ruhen, S. 41/46.
[2] S. 53.
[3] S. 54 ff.

einer Überschußverwaltung absehen und lieber für die Zukunft vorsorgen sollte, daß der Überschuß nicht unversehens in ein Defizit umschlägt. Bauermeister, der sich eigentlich zu Schiele bekennt, und der sämtliche auf diesem Gebiete gemachten Vorschläge einer Kritik unterzieht, ohne sich festzulegen, faßt seine Ansicht[1] also zusammen: „Die Gerechtigkeit verlangt, daß jedem Schulverband vom Staat ein nicht zu tief anzusetzendes Minimum an Schulunterhaltungskosten gewährleistet wird, damit umgekehrt jeder Schulverband dem Staat ein ebenfalls nicht zu tief anzusetzendes Minimum an erzieherischer Leistung gewährleisten kann."

Was wir verlangen dürfen, ist zumindest die gleichwertige Behandlung von Stadt und Land, und die werden wir erzielen, wenn in Gewährung staatlicher Mittel dem Lande vor der Stadt der Vorzug gegeben wird. Denn noch immer hat das Land daran bluten müssen, daß seine besten Söhne sich von ihm abwandten und die Schaffenskraft, die sie doch lediglich ihm verdankten, in den Dienst der Industriebezirke stellten.

In einer Abhandlung von Oertzens: Landflucht, Kleinsiedlung und Landarbeit — über das Mecklenburgische Domanial-Bauerndorf — steht im Zusammenhang mit Kleinsiedlung[2]: „Die außerordentlich günstige Pachtgelegenheit hat in den Zupächterorten die Häuslerkolonisation gefördert. Die nahe Aussicht, selbständige Kleinbauern zu werden, hat die Landarbeiter hier in großen Scharen veranlaßt, Häusler zu werden. Die von Sering und Stumpfe ausgesprochene Erwartung, die Aussicht auf Selbständigkeit begünstige in hohem Grade die Kleinsiedlung, ist also durchaus richtig. Unrichtig ist aber die Annahme, daß dadurch auch eine direkte Vermehrung der Landarbeiter eintrete."

Es ist weiterhin allgemein gesprochen mit Oertzen festzustellen, daß ungemein viel auf ausreichende landwirtschaftliche Arbeitsgelegenheit — ihr völliger Mangel erklärt sich in den meisten Dörfern daraus, daß sie in einer Gegend liegen, wo der Großgrundbesitz fehlt — und auf geeignete Mietswohnungen ankommt. „Ein unbedingt sicheres Mittel zur Vermehrung der Einlieger ist freilich der Mietswohnungsbau nicht." Solange die Gemeinden sich nicht stark genug fühlen, die Bauausführung selbst in die Hand zu nehmen, liegt eine Förderung des Mietswohnungswesens auf dem Lande nach

[1] Schullastenverteilung und Dezentralisation, S. 116.
[2] S. 157.

Metz in der Erteilung von Prämien an solche Hausbesitzer, „die sich zur Einrichtung einer kleinen Mietwohnung verstehen und damit den vielfach unter wohlhabenden Bauern bestehenden Hochmut ablegen, der sich in der grundsätzlichen Weigerung ausspricht, einen Teil ihrer Wohn- und Wirtschaftsgebäude abzuvermieten."

Gewiß nicht; es spielen, wie wir oben sahen, zu viele, verschiedenartige Einflüsse hinein, die das Gesamtbild verwirren und in ihrer Wechselbeziehung eine Gesundung gerade der Landarbeiterverhältnisse so ungemein erschweren.

Da Oertzen eine Parallelität von Häuslerkolonisation und Bevölkerungsentwicklung nicht feststellen kann, zieht er den Schluß: „Die Kleinsiedlung ist danach an und für sich noch kein Heilmittel der Landflucht."

Da es jedoch das Ziel der inneren Kolonisation ist, nicht nur reine Familienwirtschaften zu gründen, sondern vor allem das kommende Geschlecht in einem stärkeren Maße als bisher auf dem Lande zu erhalten und so einen festen Standarbeiterstamm mit zu errichten, so muß man dem heranwachsenden Geschlechte die Aussicht auf sozialen Aufstieg, auf Erwerb von eigenem Grund und Boden bieten.

2. Beispiel: Die Ansiedlungsgesellschaft des Kreises Pyritz

Die sehr intensive Zuckerrübenkultur im Kreise Pyritz verlangte neben der nicht ausreichenden Zahl einheimischer Landarbeiter die Heranziehung von Wanderarbeitern, die im Jahre 1910 sich auf etwa 3937 Ausländer bezifferte. Da man in der Schaffung ländlichen Kleinbesitzes das einzige Mittel sah, die ausländischen Wanderarbeiter entbehren zu lernen; da ferner in Pommern die Zahl der Kleinbetriebe unter 2 ha nur 2,5 % gegen 4,8 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Königreich Preußen umfaßte, und da der Landwirtschaftsminister durch einen Erlaß 1909 die Bildung von Arbeiterrentengütern erneut in Anregung gebracht hatte, gründete man im Kreise Pyritz eine Ansiedlungsgesellschaft, die ihre Tätigkeit im Dorfe Dölitz begann.

Zuerst wurden ein Tischler, ein Maurer, ein Gärtner und ein Schneider angesiedelt. Mit dieser Ansiedlung sind Mietswohnungen verbunden, und es haben im ganzen 10 Familien durch die Dölitzer Ansiedlungen eine preiswerte und würdige Heimstatt gefunden.

1910 schuf man im Gutsbezirke Muscherin drei Ansiedlungen für deutsche Rückwanderer aus Rußland, die einen halben Morgen

Eigenland — der ministeriellen Vorschrift entsprechend — und ein Pachtland von 3½ Morgen besitzen. Die angesiedelten Rückwanderer haben ihrerseits Angehörige veranlaßt, ihnen nachzufolgen, ein Zeichen, daß sie mit dem, was wir ihnen zu bieten gewillt sind, vollauf sich begnügen, und daß uns jeder neue Ansiedlungserfolg dazu anspornen sollte, diese Politik weiter zu verfolgen.

Es kommt, wie gesagt, darauf an, daß die Angesiedelten in ihrem Heim und auf ihrer Scholle genügend Ausmaß zur Betätigung haben und sich dort so wohl fühlen, daß sie durch ihr Vorbild das heranwachsende Geschlecht und die Deutschkolonisten im Auslande zur Nachahmung reizen, nun auch in der Landwirtschaft auf der sozialen Stufenleiter emporzusteigen.

Eine wie hohe Bedeutung der Frau auf dem Lande in steigendem Maße zukommt, geht daraus hervor, daß sie ihrem Manne durch sparsames Wirtschaften die Bezahlung der Rentenbankrente erleichtern soll. „Leider fehlen aber" — wie es in der Denkschrift der Ansiedlungsgesellschaft heißt — „im allgemeinen den Frauen auf dem Lande noch die einfachsten Begriffe des Wirtschaftens: abgesehen davon, daß Ordnung und Sauberkeit vielfach zu wünschen übrig lassen, verstehen es die wenigsten Frauen, wie die vorhandenen Rohstoffe und Zutaten schmackhaft und abwechslungsreich zubereitet werden können."

Diesem zweifelsohne großen Mißstande werden Haushaltungs-Wanderkurse für erwachsene Mädchen und die Einführung des Haushaltungsunterrichts in die ländliche Volksschule am ehesten abhelfen. Daneben ist die ländliche Fortbildungsschule für die Jungburschen anzustreben.

Kein Mittel darf uns zu mühselig, keins zu kostspielig sein, unser so überaus teures Jungburschentum und Jungfrauentum auf dem Lande — mit festeren Banden als bisher an Grund und Boden zu fesseln. Die Innenkolonisation soll den Leuten als Landbeglückerin erscheinen: nur das Eigenheim, nur die Eigenscholle vermag die Leute noch zu beglücken, vermag noch etwas Paradiesisches ins Landleben hineinzutragen.

Jede Vermehrung der Arbeitskräfte auf dem Lande hat somit eine Steigerung der Qualität im Gefolge. Das aber bedeutet, daß uns *eine wiedergewonnene, willige* ländliche Arbeitskraft gut *zwei fremdländische Arbeitskräfte aufwiegt*. Der Bedarf an Wanderarbeitern wird demgemäß Jahr für Jahr nachlassen; in diesem Sinne dürfen wir allerdings von einer zu erstrebenden Nationalisierung in unserer Landwirtschaft reden.

3. Die Nordlandgängerei

Hiernach muß es uns um so mehr wundernehmen, daß vor dem Kriege eine Nordlandgängerei existierte, d. h., daß in Deutschland ansässige landwirtschaftliche Arbeiter in die skandinavischen Länder wanderten, weil sie mit den Arbeitsbedingungen in der Heimat unzufrieden waren. Wir können die Nordlandgängerei einen „Auswuchs der deutschen Binnenwanderung" nennen, Auswuchs um so mehr, als der Bedarf an Arbeitskräften innerhalb Deutschlands von Jahr zu Jahr stieg, als durch diese nordische Abwanderung heimische Arbeitsqualitäten uns verloren gingen, und wir uns nicht bemüßigt fühlten, dieser Überseewanderung energisch Einhalt zu gebieten.

Hören wir den Gewährsmann auf diesem Gebiete selber, Lezius [1], weshalb die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter aus dem Warthe- und Netzebruch, aus der Landsberger Gegend, dem sogenannten Herd der Sachsengängerei, sich jetzt vielfach der landwirtschaftlichen Saisonarbeit in Dänemark, Schweden und Norwegen zuwenden. „Der Landsberger Schnitter ist ein sprödes Menschenmaterial nnd daher schwer zu behandeln. Er stellt höhere Ansprüche an das Leben als der genügsamere Pole. In den seltensten Fällen würde er, um nur ein Beispiel statt vieler zu nennen, mit mangelhaften Unterkunftsräumen vorlieb nehmen. Streitigkeiten mit der Herrschaft sind an der Tagesordnung. Der Ton und die Behandlung, die die Landwirte noch heutzutage häufig ihren Untergebenen gegenüber anzuwenden für richtig halten, sind bei ihm nicht am Platze. Ein Besitzer erklärte mir, er habe aus diesem Grunde die Landsberger abgeschafft; wenn die Polen und Galizier auch nicht die gleich gute Arbeit leisteten und dafür einen geringeren Lohn erhielten, so seien sie doch in vieler Hinsicht bequemer. Käme ein Konflikt mit diesen Ausländern vor, so antworteten sie wenigstens mit polnischen Schimpfreden, was der Autorität nicht schade, denn die heimischen Arbeiter verständen es nicht. Bei den Landsberger Schnittern wäre man dagegen zu unbequemen Konsequenzen, wie augenblickliche Entlassung, Geldstrafen durch Lohnabzüge, gezwungen. Auf beiden Seiten mache das böses Blut und verursache Aufregung; der „Hofjungenärger", von dem Onkel Bräsig spricht, sei zum „Sachsengängerärger" geworden.

Diese Erfahrungen scheinen auch andere Landwirte gemacht zu

[1] Heimatsgebiete der Sachsengänger, S. 28/29.

haben, wie die immer steigende Zahl der ausländischen, die mehr und mehr abnehmende der inländischen Sachsengänger beweist. So wurden nach einer Enquete des staatswissenschaftlichen Seminars zu Rostock beschäftigt":

Jahr	Deutsche Reichsangehörige				Ausländer				Summe
	Landsberger	Andere Deutsche	Deutsch-Polen	Summe	Russ.-Polen	Galizier	Ungarn	Summe	
1902	17,0	29,0	24,0	70,0	27,0	3,0	0,0	30,0	100
1903	7,5	16,5	14,0	38,0	59,0	2,4	0,6	62,0	100

Danach ging die Beschäftigung von deutschen Reichsangehörigen von 70 % auf 38 %, die der Landsberger allein von 17 % auf 7,5 % zurück, die der Ausländer stieg von 30 % auf 62 %. Im Jahre 1906 waren es 15 neue Betriebe, die auf eine weitere Beschäftigung der Landsberger Schnitter wegen zu hoch gespannter Lohnforderungen verzichteten. Dabei lag ein Mangel an Angebot von Landsbergern nicht vor, woraus resultiert, daß der Starrsinn, ihr Beharren auf dem, was sie als zu recht für sich fordern zu dürfen glaubten, sie zwang, in die überseeischen nordischen Länder auszuwandern.

In dem Kapitel „Kinderarbeit und Schulbesuch" führt Lezius das Schreiben eines Pfarrers[1] aus dem Warthebruch an: „Schlimmer wird es, wenn die Eltern nach Schweden, Norwegen und Dänemark gehen — von Jahr zu Jahr werden es ihrer mehr —, geradezu verheerend ist die Wirkung auf die Schulbildung und Erziehung. Sie besuchen dann überhaupt keine Schule oder sitzen stumm und teilnahmlos hinter den eingeborenen Kindern. Das hier Gelernte ist bald vergessen, Neues wird dort nicht aufgenommen. Stumpf und unreif verlassen sie dann überhaupt die Schule mit der Einsegnung und klagen oft Eltern und Verhältnisse im späteren Leben an, sie büßen anderer Schuld. Ich sehe hier eine Aufgabe des Staates, einzugreifen, habe selbst schon den Gedanken gehabt, ein Pflegehaus zu gründen, in dem die Eltern gegen billiges Entgelt ihre Kinder unterbrächten, oder eine einklassige Hilfsschule nur für solche Zurückgebliebene unserer Schule anzugliedern. Ich bin über den Plan nicht hinausgekommen."

Wem bisher der durch die Nordlandgängerei hervorgerufene Verlust an Arbeitswerten nicht zu Bewußtsein gekommen ist, dem

[1] Lezius, S. 113.

werden es diese schlichten und eindringlichen Zeilen zur Genüge predigen, daß die Kinder solcher Eltern, einem unsagbaren Elend preisgegeben, ihr ganzes Leben lang diese verhängnisvollen Einflüsse nicht abzuschütteln vermögen, und daß hier wie bisher noch an keiner Stelle dringlichst das Eingreifen des Staates gefordert werden muß: Das Wort „Nordlandgängerei" muß aus dem deutschen Sprachschatz getilgt werden.

Wir sind nach dem Kriege darauf angewiesen, jede deutsche Arbeitskraft im Lande zu halten: hier soll jeder Arbeitsmühen, Existenzbeschwernisse, Steuerlasten mit eben jener Kraft ertragen, die ihm aus dem Stolze auf das siegreiche Aushalten Deutschlands in der noch nie dagewesenen Umklammerung dieses Weltkrieges erwächst.

Wie wir auf gesetzlichem Wege gegen die Auswanderung Deutscher, die sich schnöderweise vor den künftigen Steuerlasten drücken wollen, noch schärfer, als es bisher geschehen ist, vorzugehen haben werden, so darf es auch künftig ein Anbieten heimischer Arbeitskräfte auf den nordischen Märkten nicht mehr geben.

Wie schon hervorgehoben, steht uns in der Behandlung der fremdsprachlichen Wanderarbeiter, auf deren Bezug wir weiterhin noch angewiesen sind, eine wichtige Kulturaufgabe bevor. Bei den landwirtschaftlichen Arbeitsämtern wird näher darauf eingegangen werden, ein wie hoher Wert auf ein gedeihliches Auskommen zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern zu legen ist. Die Landsberger Schnitter mußten den fremden Arbeitern weichen, da diese den dortigen Gutsbesitzern in jeder Beziehung bequemer waren. Unsere Landwirte werden sich aber künftig von anderen, höheren Gesichtspunkten als von dem der Bequemlichkeit lenken lassen müssen.

Wo an Stelle der deutschen Landarbeiterhäuser polnische Schnitterkasernen entstanden sind, wird ein Anreiz zur Arbeit für deutsche Landarbeiter und gar für solche, die sieggekrönt und ordengeschmückt von den Schlachtfeldern heimkehren, anfangs scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten auslösen. Ein Eingehen auf diese Frage ist meines Erachtens verfrüht.

Der Gutsherr wird gewiß auf den Nationalstolz deutscher Landarbeiter gegenüber Ausländern große Rücksicht nehmen und in der zweifachen Behandlung seiner Arbeiter bei aller Nachgiebigkeit eine geschickte, aber durchgreifende Hand beweisen müssen. Letzten Endes liegt es immer bei dem Betriebsleiter, wie er einen Ausgleich der so vielfach auseinanderstrebenden, entgegengesetzten Interessen

bewerkstelligen will. Unsere Landwirte müssen so mit vollem Bewußtsein, mit vollem Verantwortlichkeitsgefühl in die Stellung wahrhafter Volkswirte hineinwachsen.

4. Die durch die innere Kolonisation gegebene „neue Zwecksetzung".

Die Nordlandgängerei ist also als eine durchaus ungesunde Erscheinung am deutschen Wirtschaftskörper zu betrachten, als solche zu verwerfen, und wenn sie sich wieder bemerkbar machen sollte, gilt es, ihr mit allen staatlichen Mitteln entgegenzuwirken.

Auch Lezius ist der Meinung, daß wir der ausländischen Wanderarbeiter in Zukunft werden nicht entbehren können, und glaubt in richtiger Erkenntnis der Lage auf Grund der Verhältnisse vor dem Kriege, daß wir sie sogar noch in verstärktem Maße heranziehen müssen.

Wenn hier die Ansicht vertreten wird, derzufolge ein Nachlassen des Bedarfs an ausländischen Wanderarbeitern von Jahr zu Jahr auf Grund weitgehender Rationalisierung des ländlichen Arbeitsverfahrens eintreten wird, so bezweckten die vorstehenden Ausführungen, die Innenkolonisation und die sie berührenden Fragen für die Landarbeiterbeschaffung nach dem Kriege heranzuziehen.

Was die Leute vom flachen Lande in die Städte und in die Industriebezirke trieb, war die Aussicht, dort eher vorwärts zu kommen, während ihre Väter und Großväter auf dem Lande schon immer das gewesen waren, was sie nun selber vorstellten, und sie unter der Unmöglichkeit des sozialen Aufstiegs schwer litten.

Die innere Kolonisation hat die erste Bresche geschlagen und gezeigt, daß es auch auf dem Lande ein soziales Emporsteigen gibt. Die Besserung des ländlichen Arbeitsverhältnisses in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung wird dazu beitragen, solche Auswüchse, wie die „Nordlandgängerei" sie darstellt, künftig erst nicht entstehen zu lassen.

Dem guten Vorschlage von Lezius[1], „den Arbeitgebern dürfte eine Erlaubnis, Sachsengänger zu beschäftigen, nur dann erteilt werden, wenn unter denselben sich ein bestimmter Prozentsatz Reichsdeutscher befände —" dürfte beigefügt werden, daß die milde Besteuerung jedes Wanderarbeiters den Gutsherrn dazu zwingen würde, in erhöhtem Maße nach einheimischen Arbeitskräften Umschau zu

[1] Daselbst S. 116.

halten, und solche Arbeitsqualitäten, wie sie die Landsberger Schnitter darstellen, erst nicht gegen Unmassen ungebildeter Wanderarbeiter einzutauschen.

Mir kam es darauf an, zu zeigen, daß von uns wiedergewonnene ländliche Arbeitskräfte in gar keinem Verhältnis stehen zu einer ebensolchen Zahl abgestoßener ausländischer Arbeitskräfte. Darum werden wir auch nicht zahlenmäßig rechnen dürfen, zum Beispiel hundert Arbeitskräfte dem deutschen Boden wieder gewonnen = dafür hundert fremde Arbeitskräfte ein für allemal von uns abgestoßen — nein. Das deutsche Ansiedlungs- und Arbeitsverfahren wird Erfolge zeitigen, die unsere Erwartungen übertreffen, und wenn wir uns auch von ausländischen Wanderarbeitern nicht unabhängig machen können, so doch unabhängiger.

Wenn die deutschen Sachsengänger von ihrer jährlichen Nordlandwanderung abstehen und gesammelt im Lande verbleiben, werden sich innerhalb Deutschlands auch wieder Schnittergebiete entwickeln, wie wir sie noch aus der Landsberger Gegend und dem Eichsfelde (jetzt Zigarrenindustrie) im Gedächtnis haben. Es gilt, keine rein bodenständige Bevölkerung dort zu schaffen, sondern eine fluktuierende: eine im Sommer in die hochgespannten Hackfruchtgebiete sich ergießende und zu Beginn des Winters in ihr Eigenheim zurückflutende Bevölkerung. Was die Ersparnisse und die Winterarbeit der deutschen Sachsengänger anbelangt — über Arten der Winterarbeit verweise ich auf das Kapitel „Heimarbeit" —, so ist festzustellen, daß sie ihre sommerlichen Ersparnisse zum größten Teil zurücklegen, um sich einmal eine eigene Wirtschaft kaufen zu können. In ihrer Heimat finden sie genügend Arbeitsgelegenheit, so daß nach Lezius „viele Sachsengänger ihren winterlichen Lebensunterhalt . . . durch die Verdienste der hausgewerblichen Beschäftigungen decken". Die Arbeit in den Forsten kommt als wichtigste Beschäftigung im Freien in Betracht. Nur auf die bereits landbesitzende Klasse trifft das Sparen und der Winterfleiß nicht mehr in so ausgeprägter Weise zu, denn sie haben erreicht, was sie wollten: „ein Fleckchen Land", und damit ist die Triebfeder für diese Dinge erschlafft.

Meines Erachtens zielt die Entwicklung nach dem Kriege dahin, daß die aus dem Kriege Heimkehrenden und in der Landwirtschaft hauptberuflich Tätigen, sofern sie noch kein Eigenland besitzen, versuchen werden, im Wege der Ansiedlung eigenen Grund und Boden zu erhalten. Unser Landarbeiterstand soll künftig nichts Proletarisches mehr an sich haben.

Die stattgehabte Lebensmittelrationierung beherrscht unser Fühlen und Denken bereits insoweit, daß wir das durch den Krieg uns anerzogene haushälterische Umgehen mit allen Nahrungsstoffen nicht mehr verlernen werden.

Eben dies sowie die kommenden Forderungen von Steuerabgaben und Arbeitspflichten an den einzelnen brauchen uns jedoch nicht die Lust am Leben zu verkümmern. Gewiß — es scheint alles auf den Zweck abgestimmt. Aber wir sind noch zu frischen Gedenkens im Bann dieser Entwicklung, all das Neue muß erst nach und nach in unser Unterbewußtsein durchsickern. Wir müssen erst lernen, mit diesen neuen Fesseln uns frei herum zu bewegen, dann werden wir die Fesseln auch nicht mehr als solche verspüren, und unser Geist wird wieder Mittel und Wege ersinnen, Freude an der Arbeit zu empfinden, mit Frohsinn und Heiterkeit an alles schwer Anmutende heranzugehen und die städtischen Anregungen in dörfliche Verhältnisse hineinzupassen. Dadurch könnte die ländliche Gesittung eine ungleich lebensfrohere werden, ohne daß sie an innerem Gehalt einbüßt.

Im Zusammenhang hiermit ist gleichzeitig an die Neubelebung dörflicher Siedlung zu denken, wie sie von Montenach in seinem Buche: Pour le village. La conservation de la classe paysanne — fordert. In einer Besprechung[1] heißt es: „Montenach hält die zerstreute Anlegung der Bauerngehöfte für die ideale Lösung wegen der Verkürzung der Wege zu den Feldern, Verringerung der Brandgefahr, Vergrößerungsmöglichkeit gesunden Lebens der Bewohner. Allein er verkennt keineswegs die Verschiedenartigkeit der Bedingungen für andere Verhältnisse.

„Städte waren früher durch Mauern gegen die Landschaft abgegrenzt und hatten so einen Rahmen, der ihnen Stil gab und eigene Entwicklungsgesetze vorschrieb. Anders beim Dorfe, das mit der Landschaft verschmolzen werden muß: der Abriß, der Kirchturm mit einigen charakteristischen Dächern genügen zur Erfüllung der schönheitlichen Rolle des Dorfes in der Landschaft.

„Ein Hauptübel der dörflichen Bauerei zeigte sich darin, daß immer weniger der Bauer selber baute, daß immer mehr irgendein verständnisloser auswärtiger Baumeister alle möglichen fremdartigen Baumaterialien kommen ließ. Niemand kümmert sich beim Bauen um seinen Nachbar oder ums Ganze. Je mehr wir uns Mühe geben,

[1] Berner Bund, 2./3. Juli 1917.

fortzufahren mit dem, was man in der Gegend immer gemacht hat, desto näher bleiben wir der Wahrheit.

„Der Langeweile in den Dörfern, namentlich in der Nähe größerer Städte, muß man entgegenwirken durch Neubelebung der Volksfeste, Belehrungen über die Schönheit der Dörfer und ihrer Umgebung, Anlegung von Spielplätzen, Neupflanzung von Dorflinden auf Sammelplätzen der Dorfbewohner und dergleichen mehr."

Die Innenkolonisation wird also, wie wir oben gesehen, auf einen großen Zuzug zu rechnen haben und in den mit einem Mangel behafteten Großbetrieben, wie oben angedeutet, in den während des Krieges urbar gemachten Ödländereien und Mooren sowie in den neu zu erwerbenden Landen, soweit sie ohne Besitzer sind, hinlänglich große und geeignete Flächen zur Ansiedelung zur Verfügung haben.

Die Großgüter werden künftig mehr und mehr ihren Arbeiterbedarf mit den Jungburschen und Mädchen der Angesiedelten des Dorfes decken, — und je nachdem sie in der Nähe von Schnittergebieten gelegen sind oder mehr auf einen Bezug ausländischer Arbeitskräfte weisen, werden sie zur Bewältigung der einmal unumgänglichen Handarbeiten deutsche Sachsengänger oder fremdländische Wanderarbeiter anwerben.

Möge die innere Kolonisation, die wir seit Entstehung des Brandenburgisch-Preußischen Staates betreiben, nun auch unter Kaiser Wilhelm II. in neuer Zwecksetzung einen unentwegten Förderer gewinnen! Um groß und mächtig zu bleiben, bedarf das deutsche Volk einer in sich geschlosseneren Landbevölkerung. Jeder neue Krieg wird es dann nur noch schlagfertiger vorfinden.

Neuntes Kapitel

Das übrige Arbeitsgebiet der ländlichen Wohlfahrtspflege. Die Verbesserung des Landarbeiterwesens

Sahen wir in der inneren Kolonisation das Mittel, unserer Landbevölkerung das Leben auf dem Lande möglichst angenehm zu gestalten, indem wir ihr, auf dem Gedanken der inneren Kolonisation aufbauend, den sozialen Aufstieg nun auch auf dem Lande ermöglichten, so durften wir mit vollem Recht folgern, daß dadurch der Abzug vom Lande künftig geschwächt, daß in dem unter dem gedeihlichen Wirken der Eltern heranwachsenden Geschlechte der Wunsch reifen würde, auf dem Lande zu verbleiben, weil solches ihrer Eigenart

entspricht und sie kraft eigener Tüchtigkeit auf der ländlich-sozialen Stufenleiter emporzuklimmen vermögen.

Im folgenden soll noch das übrige Arbeitsgebiet der ländlichen Wohlfahrtspflege zur Bekämpfung der Arbeiterknappheit auf dem Lande herangezogen werden, sollen weiterhin Wege gewiesen werden, die auf die Verbesserung und Festigung unseres Landarbeiterwesens hinzielen.

Es wird die Bedeutung der in der Landwirtschaft nebenberuflich Tätigen sowie der Einfluß der durch die Teilung der Arbeit nach und nach abgezweigten landwirtschaftlich-technischen Gewerbe auf die ländliche Arbeiterfrage festzustellen sein.

Ferner kommt bei Nachlassen des jährlichen Bedarfs an ausländischen Arbeitskräften, wie wir angenommen haben, der Winterbeschäftigung unserer Landbevölkerung eine steigende Bedeutung zu, zwischen deren Arten und Abarten wir peinlich zu scheiden und das Ergebnis in richtiger Erkenntnis der der Frage beigemessenen Wichtigkeit klarzulegen haben werden. Die Erwerbsgelegenheit im Winter muß, wie gesagt, gesichert sein.

Indem wir der Landentfremdung der Soldaten vorbeugen und die Eignung von Industriearbeitern für die Arbeit in der Landwirtschaft näher ins Auge fassen wollen, wird einmal versucht, der Landwirtschaft zeitweilig verloren gegangene Kräfte wieder zuzuführen, eine Bewegung von den Städten und Industriebetrieben aus aufs Land hin in Gang zu bringen, sodann wird einem Ausgleich der Interessen zwischen Stadt- und Landbevölkerung vorgearbeitet.

Wenn wir feststellen konnten[1]:

„Besonders in diesen Zeiten schwieriger Lebensmittelbeschaffung müßten es alle Volksschichten gespürt haben, wie segensreich ein inniger Kontakt mit dem Lande für jeden Haushalt ausschlägt" —

und wir in dem Kapitel „Die Maschinenverwendung in der Landwirtschaft" gemeint haben[2]:

„Vielleicht wird es künftig gerade der steigende Industrialisierungsprozeß in der Landwirtschaft mit den großbetrieblichen Maschinenparks und den hohen Akkordlöhnen sein, die den Arbeiter in ähnlicher Weise für die Landwirtschaft einnehmen, wie wir es bei der Industrie erlebt haben" —

so haben wir diese beiden Gedankengänge vereint, wenn wir folgerten[3]:

[1] S. 13/14 d. Arbeit.
[2] Ebenda S. 46.
[3] Ebenda S. 60.

„Das vorwiegende Arbeiten mit Maschinen in der Landwirtschaft und die gesunde Ausarbeitung im Freien werden die Gegensätze zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit mildern, vor allem die Abwanderung vom Lande schwächen — und je nach Bedarf — industrielle Qualitätsarbeiter oder arbeitslose Industriearbeiter der Landwirtschaft zuführen."

Diese Gesichtspunkte sind für die Weiterführung der Arbeit maßgebend.

1. Landwirtschaftlich-technische Gewerbe und Unternehmungen

Als bedeutendste landwirtschaftlich-technische Gewerbe kommen die Müllerei, Brennerei, Ziegelei und Molkerei in Betracht.

Im Müllereigewerbe machen die Kleinmühlen mehr und mehr den Großmühlen Platz. Die Großgüter schaffen sich vielfach Schrotmühlen an und erzielen damit eine bessere Ausnutzung ihrer Kraftmaschinen. Wo es der Waldreichtum gestattet und die Verschiffung bzw. Verfrachtung der Hölzer sich günstig abwickeln kann, entstehen im Anschluß an die Mühlenbetriebe die Sägewerke, die entgegen der Tendenz im Müllereigewerbe dem landschaftlichen Reiz noch keinen Abbruch tun.

Das Brennereigewerbe ist am häufigsten im Verbande mit Großbetrieben anzutreffen. Es verarbeitet die Kartoffeln zu Spiritus und erzeugt in der Schlempe ein hochwertiges Futtermitel.

Die Ziegeleien stellen insofern ein sich recht rentierendes Gewerbe dar, als die Bautätigkeit in Stadt und Land rege ist und die Bauern in steigendem Maße darauf bedacht sind, ihre Häuser mit harten Dachdeckungen zu versehen. Nach dem Kriege dürften wir auf eine rege Bautätigkeit auf dem Lande zu rechnen haben: außer den während der Kriegszeit unterbliebenen Neubauten und Neuauffrischungen von Mietswohnungen und Arbeiterkasernen dürften es besonders die Kleinsiedlungen sein, die eine rege Tätigkeit im Kleinwohnungsbau auslösen werden.

Mit der Abzweigung des Molkereiwesens von den größeren Gutsbetrieben und der nunmehrigen Verarbeitung der Milch in Genossenschaftsmolkereien sind zwar viele, besonders weibliche Arbeitskräfte auf dem Lande ihrer gelernten Arbeit enthoben worden, jedoch konnte nur durch Molkereigenossenschaften und sogenannte Milchkontrollverbände ein Einfluß auf die Aufzucht der Kühe und die Güte der produzierten Milch gewonnen werden, der sich erst bei der täglichen Verarbeitung von Tausenden von Litern rentiert.

Von sonstigen Gewerben, die mit der Landwirtschaft in Beziehung stehen, ist hauptsächlich noch an Zuckerfabriken und Kartoffeltrocknereien zu denken.

Die landwirtschaftlich-technischen Unternehmungen verfügen über mannigfache Kraftmaschinen und besonders Zugmotoren, mit denen sie ihren abwechslungsreichen Landfeldzug in des Wortes ureigenster Bedeutung durchführen. Der früher so hoch geachtete Beruf des Schnitters wird dem des „landwirtschaftlich-technischen Arbeiters" Platz machen müssen, und wenn wir die Neubelebung von Schnittergebieten forderten, so geschah es unter dem Vorbehalt, daß die Schnitter in diesen landwirtschaftlich-technischen Unternehmungen eine gleichwertige, anregende wie gut gelohnte Arbeit finden würden.

Die landwirtschaftlich-technischen Unternehmungen sind geeignet, besonders den Kleinbetrieben alle jene maschinellen Erleichterungen und Arbeitsbeschleunigungen zukommen zu lassen, wie sie bei den größeren Betrieben gang und gäbe sind.

Die Abzweigung immer weiterer Tätigkeiten von der des Landwirts hat die Zahl der in der Landwirtschaft nebenberuflich Tätigen, der landwirtschaftlich Interessierten, erhöht. In den landwirtschaftlich-technischen Gewerben und noch mehr in den landwirtschaftlich-technischen Unternehmungen, die ja doch ihre Arbeiten nicht in geschlossenen Räumen ausführen, tritt die Zusammenfassung von landwirtschaftlicher und industrieller Arbeit augenfällig zutage.

Industriegelernte Arbeiter bilden den Grundstock landwirtschaftlich-technischer Unternehmungen. Diese aber werden nur dann eine gedeihliche Tätigkeit entfalten, wenn sie die örtlichen Eigentümlichkeiten in Rechnung ziehen, und denen tragen sie Rechnung, wenn sie der Landwirtschaft entstammende Arbeitskräfte ihrerseits mit den maschinellen Einrichtungen und Aushilfen vertraut machen.

Diese angelernten ländlichen Arbeiter werden die Anforderungen des Bodens an die Maschinen am ehesten empfinden und ihnen gerecht werden. Der Instinkt sagt es ihnen.

Der Einfluß der landwirtschaftlich-technischen Gewerbe auf die ländliche Arbeiterfrage äußert sich mittelbar, indem er der eigentlichen Landbevölkerung das Rückgrat steift und sie — man denke nur an die Gewerbe der Bäcker, Fleischer, Tischler, Stellmacher, Schlosser und Schmiede — in ihrer Bedürfnisbefriedigung unabhängiger stellt.

Ihr Einfluß macht sich unmittelbar geltend, indem durch die Beschäftigung von industriegelernten Arbeitern auf dem Lande auf die Landarbeiterbeschaffung in befruchtender Weise eingewirkt wird.

2. Ländlicher Hausfleiß und Hauskunst, Winterheimarbeit und Hausindustrie

Die Landarbeiterfrage wird aber nur dann in befriedigender Weise gelöst werden, wenn die Erwerbsgelegenheit der Landbevölkerung auch im Winter gesichert ist, und damit gelangen wir zu einem grundlegenden Abschnitte. Ohne Zweifel lag ein die Landflucht begünstigendes Moment darin, daß die Winterszeit die Leute auf dem Lande mangels an Beschäftigung verarmen ließ, diese sich also nach einer dauernden Tätigkeit anderswo umsehen mußten.

Damit sind gleichzeitig die Richtlinien für eine Abhilfe dieser Mißstände gegeben.

Der als Voraussetzung der Standarbeitervermehrung anerkannten Wiedereinführung des ländlichen Hausfleißes darf aber nicht mit dem Gedanken beigekommen werden, die „Teilung der Arbeit" gehe auf dem Lande zu weit. Sie reduzieren, hieße vielmehr die Fortschritte der Technik negieren.

Es ist wohl zu unterscheiden zwischen ständiger Hausindustrie, nur winterlicher Heimarbeit und ländlichem Hausfleiß, und es ist in Anpassung an die örtlichen Verhältnisse das Richtige zu wählen.

Um Gegenstände für den eigenen Bedarf herzustellen, bedarf es meist einer größeren, vielseitigeren Geschicklichkeit, als sie gleichbleibende industrielle Massenwaren erheischen. Wie den Frauen auf dem Lande vielfach, wie schon bemerkt, die einfachsten Begriffe des Wirtschaftens fehlen, so geht ihnen auch oft die Fähigkeit selbständigen Handarbeitens ab. Hier eröffnet sich den Schulen auf dem Lande ein neues wichtiges Betätigungsfeld. Beim ländlichen Hausfleiß ist ferner eine viel größere Freude an der Arbeit als bei der Heimarbeit festzustellen, weil dieser gewerbliche Erzeugnisse für den eigenen, nicht für fremden Bedarf herstellt.

An der Lösung der Frage, wie für den sommerlichen Mehrbedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften auch im Winter lohnende Arbeitsgelegenheit zu schaffen sei, hat von Batocki in Ostpreußen erfolgreich gearbeitet. So wird besonders von einem Ineinanderarbeiten der Forst- und Landwirtschaft viel zu erwarten sein. Wo es an Wald fehlt, solle man, so schlägt von Batocki[1] vor, „dafür sorgen, daß die Heimarbeit auf dem Lande wieder eine Stätte finde, aber nicht die ständige, deren Elend bekannt sei, sondern die Winterheimarbeit".

---

[1] von Oertzen, Landflucht, Kleinsiedlung und Landarbeit, S. 119.

In den mecklenburgischen Gemeinden ist der Mangel an freien Landarbeitern so stark, „daß viele Arbeitskräfte auch im Winter noch lohnende Beschäftigung in der Landwirtschaft finden würden“ [1].

Nur gegen die Dreschmaschine ist der Vorwurf laut geworden, sie beraube die ständigen Arbeiter der Winterbeschäftigung. Man hat sie eine „unsoziale“ Maschine genannt. Doch sind es immer noch 1—2 Monate, die die Bewältigung dieser Arbeit erfordert. Die übrige Zeit wird durch Meliorationen, Ausbesserungen an Haus und Hof, durch Fuhren nach der Bahn, Forst- und Teichwirtschaft in Anspruch genommen.

Bei der Forstarbeit kommen die Landarbeiter in Privatforsten täglich auf 2,25 bis 3 Mk. im Akkord, die Arbeit in Kiesschächten bringt ihnen ein fast ebenso hohes Verdienst ein; eine beschwerlichere Arbeit stellt das Feldsteingraben dar [2].

An hausgewerblichen Beschäftigungen sind Korbflechten und Besenbinden, Holzschnitzwerk, Papierkleben, Schachtelarbeiten, Strohhutflechten verbreitet. In der Provinz Brandenburg ist nach Lezius [3] „die Korb- und Schwingenflechterei fast ausschließlich Frauen-, ab und zu auch Kinderarbeit. Holzschuhe und Futtertröge werden hauptsächlich von den Männern hergestellt“. Die Verdienste schwanken zwischen 1 Mk. und 1,50 Mk., erreichten im Höchstfall 2,25 Mk. Die Landwirte täten gut daran, als Arbeitgeber aufzutreten.

Die Frage der Winterfüllarbeit für Männer und junge Leute ist schwieriger zu lösen. Sie werden am besten ländliche Geräte für den Eigenbedarf in Holz und Metall verfertigen.

Als Beispiel einer lohnbringenden, ländlichen Winterfüllarbeit sei hier der kaschubische Hausfleiß angeführt [3]: „In einem einsamen Dorfe der Kaschubei ist seit ungefähr sechs Jahren mit Erfolg versucht worden, den alten Webstuhl, der schon vergessen war, wieder zu Ehren zu bringen und die alten Webereierzeugnisse mit alten, längst vergessenen Ornamenten zu besticken. Alljährlich wandern aus diesem Dorfe viele Sendungen . . . heraus, die von den einfachen Frauen und Mädchen gewebt und in eigenartiger, sich auf den früheren Kunstsinn der Bevölkerung aufbauender Weise durch Stickereien verziert sind. Das sind Frauen und Mädchen, die im Sommer nach der Danziger Niederung abwandern, um dort in der Landwirt-

[1] von Oertzen, Landflucht, Kleinsiedlung und Landarbeit, S. 120.
[2] Lezius, Heimatsgebiete der Sachsengänger, S. 88 ff.
[3] Hoffmeister im Jahrbuch der D. L.-G. 1914, S. 426.

schaft . . . tätig zu sein. Zum Winter kehren sie in die Heimat zurück, in der sie keine Arbeitsgelegenheit haben. Dann beschäftigt diese Winterfüllarbeit alle die weiblichen Arbeitskräfte und führt ihnen einen Lohn zu, der mit den im Sommer verdienten Beträgen einen angemessenen Jahresverdienst ergibt. Die Männer und Knaben, für die der Webefleiß nicht mehr dienstbar gemacht werden kann, flechten aus Binsen und Wurzelwerk Töpfe und Untersätze, Kannen und Schmuckkästchen. . . . . Erzeugnisse der Webe- und Stickkunst, der Flechterei und Töpferei, die alle in ländlicher Füllarbeit entstanden und von landwirtschaftlichen Arbeitern hergestellt sind, wandern hinaus und tragen in das kleine Kaschubendorf klingenden Lohn. Das ist keine Heimarbeit und keine Hausindustrie, sondern eine volkswirtschaftlich und landwirtschaftlich-betriebswirtschaftlich erwünschte und berechtigte Winterfüllarbeit."

Es ist gleichzeitig ein klassisches Beispiel für den Kunstsinn, den sich unsere Landbevölkerung treu bewahrt hat, und der nur geweckt zu werden braucht. Der berufenste Vertreter auf diesem Gebiete, Geheimer Regierungsrat Jessen[1], führt darüber aus: „Wir erzielen Qualitätsarbeit, wenn wir zunächst bescheidentlich das Notwendige gestalten, uns einfache, aus dem Bedarf erwachsende Zweckaufgaben stellen, wenn wir alle Materialien so gediegen wie möglich wählen, wenn wir auch in den Techniken nicht Schein und Spiel, sondern gesunde Werkarbeit veranstalten, und wenn wir zu alledem dafür sorgen, daß in Formen und Farben nichts Geschmackloses geschaffen werde."

Es wird mit eine der vornehmsten Bestrebungen der Wirtschaftsleiter mit diesbezüglichen Nebenbeschäftigungen für die ländliche Bevölkerung sein, einem Umschlagen der nur für den Winter bestimmten ländlichen Heim- und Hausarbeit in Hausindustrie auf das Nachdrücklichste entgegenzuwirken. Daher wäre es gut, wenn der Grundbesitzer auch im Winter beim Nebenerwerb als Arbeitsgeber aufträte, sei es, daß er für die Produkte selbst genügend Absatz weiß, sei es, daß er sie weiter an Kreisverbände, Landwirtschaftskammern gibt.

Damit die als Füllarbeit empfohlene winterliche Heimarbeit nicht nach einiger Zeit in Vollarbeit ausschlage, ist auf die Grundsätze zu achten, die eine gedeihliche Entwicklung eines winterlichen Nebenerwerbes gewährleisten: einmal muß ein wirklicher Bedarf nach den

[1] Jahrbuch der D. L.-G. S. 434/35.

zu verfertigenden Gegenständen bestehen, und die Grundstoffe müssen möglichst in der Umgegend gewonnen werden; sodann liegt alles an dem in festen und soliden Händen ruhenden Absatz oder dessen Weitergabe.

Damit ist dann wie von selbst ein angemessener Lohn gegeben und die Gefahr einer Verelendung wie in der Hausindustrie vermieden.

Die hausindustrielle Beschäftigung auf dem Lande könnte nach verschiedenen Richtungen hin eine erhebliche Einschränkung erfahren. Auf die Vermehrung des Flachs- und Hanfbaues, die Kleinviehzucht, den Obst- und Gemüsebau muß künftig ein erhöhtes Arbeitsmaß verwandt werden.

Die Nutzbarmachung der Elektrizität für hausindustrielle Arbeit, wie die Elektrifizierung des Webstuhles ist geeignet, einen Umschwung, eine Besserung in der Lage unserer Hausindustrie und unseres Handwerkerstandes eintreten zu lassen.

Da man jedoch vielfach an der Daseinsberechtigung der Hausindustrie zweifeln zu müssen meinte, läge volkswirtschaftlich ein falscher Schluß vor, wollte man die Hausindustrie künstlich stützen eben durch die elektromotorische Betriebsweise. Nun wird es aber immer einen Teil unseres Volkes geben, der sich einzig und allein in der hausgewerblichen Beschäftigung seinen Lebensunterhalt verschaffen kann, der, besonders durch die langwierige und viel Sorgfalt erfordernde Kindererziehung an das Haus gefesselt, Zeit findet und Intelligenz genug besitzt, einschlägige hausgewerbliche Tätigkeiten auszuführen.

Hiermit dürfen wir die sprichwörtlich gewordene Verelendung in der Hausindustrie lediglich auf das wucherisch angelegte Verlagssystem zurückführen. Haben wir erst wie hier des Übels Wurzel erkannt, dann ist es bloß eine Frage der Zeit, wie hausgewerbliche Tätigkeit in den gegebenen Grenzen neu aufleben kann.

Der elektrische Antrieb mit seinen bekannten Vorzügen würde eine Besserung ihrer Lage beschleunigen, und daher ist für die Versorgung der auf dem Lande betriebenen Hausindustrie mit Elektrizität im Interesse unserer gesamten Staatswirtschaft einzutreten.

Es ist auch an die Elektrifizierung von Sägewerken, Schneidemühlen zu denken, die im Verein mit Teich- und Forstwirtschaft und der Verfertigung ländlicher Geräte für den Eigenbedarf die achtbarste Winterbeschäftigung für Männer und Jungburschen in der Landwirtschaft darstellen.

Mußte man die Ursache der Abkehr vom landwirtschaftlichen Beruf weniger in der Zahlung höherer Löhne, als vielmehr in der dauernden

Beschäftigung[1] suchen, die die Arbeiter in den Industriebezirken fanden, so ist mit der Sicherung der winterlichen Erwerbsgelegenheit für unsere Landbevölkerung auch die Arbeit auf dem Lande zu einer dauernden, annähernd gleichmäßigen und gleichbezahlten Beschäftigung erhoben worden. Darum ruht ein so hoher Wert auf dem Vorhandensein winterlicher Füllarbeit in Anbetracht der Frage der Landarbeiterbeschaffung.

3. Beispiel: Die Wiedereinführung der Handweberei im Kreise Pyritz

Interessant sind die Versuche, die man auf diesem Gebiete in Teilen von Pommern gemacht hat. Es handelt sich um die Wiedereinführung der Handweberei im Kreise Pyritz. Die dafür gezahlten Löhne stehen in einem krassen Gegensatz zu den bei uns bekannt gewordenen Hungerlöhnen von 50 Pf. oder gar zu den in Rußland gezahlten von 20 Pf. auf den Tag.

Wie die schon erwähnte Ansiedlungsgesellschaft des Kreises Pyritz steht auch dieser Verein unter Leitung des Begründers Herrn von Schöning auf Muscherin, der im „Land“[2] ausführt: „Noch immer muß im Sommer eine größere Zahl von ausländischen Schnittern hier eingestellt werden, so daß eine Vermehrung der seßhaften deutschen Bevölkerung durchaus erwünscht erscheint. Eine weitere Vermehrung der ständigen Arbeitskräfte ist aber in Muscherin nur möglich, wenn eine Nebenbeschäftigung für die Wintermonate geschaffen wird. Als nicht landwirtschaftliche Winterfüllarbeit dieser Art habe ich im Frühjahr 1912 die Handweberei auf dem Nordschleswigschen Webstuhle eingeführt. Ein eingetragener Verein ‚Handweberei Pyritzer Weizacker‘ ist ins Leben gerufen . . .

„Der Absatz macht bisher nicht die geringsten Schwierigkeiten, vielmehr liegen, ohne daß wir uns um den Absatz bemüht haben, eine so große Zahl von Bestellungen vor, daß diese den bis jetzt ausgebildeten Weberinnen noch für lange Zeit Arbeit geben. Die große Nachfrage ist vielleicht dadurch zu erklären, daß für die Webereien die Muster der alten Pyritzer Weizackertracht benutzt sind.

„Geschickte Weberinnen sind bei zehnstündiger Arbeitszeit auf einen Tagesverdienst bis zu 3 Mk. gekommen.

„Die Weberei bietet die Möglichkeit einer Nebeneinnahme, dadurch

[1] Lezius, S. 42.

[2] „Land“ 21. Jahrgang, S. 424.

also auch die Möglichkeit, das Leben auf dem Lande durch die vermehrte Einnahme angenehmer und begehrenswerter zu gestalten ...

„In Ansiedlerdörfern, überhaupt für Mittel- und Kleinbesitz, könnte schon heute überall die Handweberei der hier eingeführten Art **ein erwünschter Nebenerwerb sein.**"

Da Herr von Schöning seit Ausbruch des Krieges im Heeresdienst tätig ist, so haben beide Unternehmen auch in dieser Zeit keine Entwicklung gehabt. Es ist niemand da, der sich der Sache annimmt.

Bei der Handweberei kommt hinzu, daß die Herstellung von Waren durch die Beschlagnahme der Garne behindert ist.

Zu den Ausführungen im „Land" ist noch zu bemerken[1]: der durchschnittliche Tagesverdienst beträgt 2,20 Mk., wobei zu beachten ist, daß bisher nur die Begabteren sich dem Weben zugewandt haben. „Wir erstreben in Muscherin nicht Massenerzeugung, sondern Edelware in der Annahme, daß die Handweberei sich nur durch diese angemessen **bezahlt macht**[1]."

So überlegt diese Annahme auch sein mag, und so recht ihr auch der nicht ausgebliebene Erfolg gegeben haben mag, — in solchen Orten mit qualifizierter winterlicher Füllarbeit wird man gleichzeitig Winterheimarbeiten für minder begabte Elemente vorzusehen haben, **damit diese Kräfte nicht brachliegen.**

„Die Handweberei wird nur von Frauen und Mädchen betrieben. Da die Arbeit am Webstuhl die Unterbrechungen verträgt, wird eben vielfach von Hausfrauen nebenbei am Tage einige Stunden gewebt. Ihre Hauptsorgfalt und Hauptzeit nimmt ihr Haushalt: Küche, Kinder, Vieh, Garten — nach wie vor in Anspruch.

Im Sommer weben einige Hausfrauen. Fast alle Reservekräfte müssen herhalten, um die Erntearbeiten zu bewältigen. Einige Familien haben kontraktlich nur im Sommer einen Hofgänger zu stellen. Diese können dann die Tochter im Winter (nach der **Kartoffelernte) weben lassen**[1]."

Der Handwebereiverein trägt den Namen „Pyritzer Weizacker", weil er sich unter anderen die Aufgabe gestellt hat, die Eigenart der Muster aus der alten Weizackertracht zu erhalten. Es erscheint zweckmäßig, den Handwebewaren eine Eigenart für die einzelnen Gegenden zu bewahren, um die Ware für den Verkauf kenntlich zu machen. Diese Absicht ist tatsächlich erreicht.

[1] Aus Mitteilungen von Schönings an den Verfasser Juli 1916.

Die Vermehrung der Arbeiter durch Einführung der Handweberei ist natürlich zunächst eine sehr bescheidene. Das ist aber auch gar nicht ihr Zweck. Eine Vermehrung des Landarbeiterstandes muß durch andere, zum Teil bereits angegebene Mittel herbeigeführt werden. Die Winterheimarbeit will lediglich durch einen Erwerb auch im Winter den Familien das Landleben angenehmer gestalten, sie will durch annähernd gleichmäßige Beschäftigung das ganze Jahr hindurch die Leute nicht auf den Gedanken kommen lassen, anderswo sich nach einer dauernden Tätigkeit umzusehen.

Wenn durch andere Mittel die Landarbeiter vermehrt sind, ist, wie gesagt, eine Winterarbeit nötig; diese kann man jedoch nicht von heute auf morgen schaffen. Es ist ein allmähliches Einführen, Ausprobieren nötig; deshalb hat sich von Schöning schon jetzt an die Einführung der Weberei gemacht, nicht in der Hoffnung, durch das Weben die Arbeiterzahl vermehren zu können.

Besonders wird in neu gegründeten Ansiedlerdörfern von vornherein auf Beschaffung von Nebenerwerb zu dringen sein, um wie gesagt die Erwerbsgelegenheit in der Landwirtschaft zu einer dauernden zu stempeln.

4. Landhandwerk

Interessant sind ferner die Übergriffe des Landhandwerkers in die Produktionssphäre seiner Kollegen in der Stadt, wie sie Sombart im „Modernen Kapitalismus" feststellt. „Außer seinen wohlfeileren Produktionsbedingungen, die er dem Fehlen der städtischen Grundrente verdankt, verfügt der Landhandwerker noch über Zuschußwerte[1]."

Die Dorfhandwerker sind oft in der Lage, die Städter im Konkurrenzkampf zu besiegen, und diesen Vorteil beuten sie nach Kräften aus. Um an Extensität wieder zu gewinnen, was an Intensität verloren ist, „liegt es nahe, das Produktions- und Absatzgebiet räumlich zu vergrößern: dies tritt in Erscheinung im Übergriffe des Landhandwerkers in die Produktionssphäre seines Kollegen in der Stadt[2]."

Der Landarbeiter fußt auf seinem kleinen Landeigentum oder seiner Landpachtung. Er weiß sich seiner Unentbehrlichkeit bei der Landbevölkerung ziemlich sicher und besitzt den Wagemut, mit dem städtischen Handwerker zu konkurrieren. Gelingt ihm dies nicht, so

[1] Bd. 2, S. 562.
[2] Sombart, 1. Aufl., Bd. 1, S. 627.

zieht er seine Fühler ziemlich schadlos zurück und entfaltet eine doppelte Regsamkeit auf dem Lande. Glückt es ihm jedoch, seinen Kollegen in der Stadt nieder zu wirtschaften, so blüht sein Handwerk erst recht eben auf Grund seines erweiterten Produktions- und Absatzgebietes.

„Wie ausschlaggebend[1] ein solcher Rückhalt an der Landwirtschaft für die Lage des betreffenden Handwerkers ist, springt in die Augen. Hierdurch wird die Entwicklung der gewerblichen Verhältnisse aufs engste mit der Entwicklung der Landwirtschaft verknüpft."

Man darf sich der Hoffnung hingeben, daß der Handwerkerstand auf dem Lande nicht dem städtischen Verarmungsprozeß anheimfällt, sondern auf dem Lande seine gefestigte Stellung behält, und daß er, wie er im Sommer zur Nachbarhilfe heranzuziehen ist, im Winter durch sein Handwerk zur Nachahmung anspornt.

Die Bedeutung des Landhandwerkerstandes für die ländliche Arbeiterfrage liegt darin, daß man in den arbeitsintensivsten Zeiten stets auf seine Hilfe zurückgreifen kann, und sie liegt auch in der Versöhnung von landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeit.

Die Landentfremdung der Soldaten, wie sie die Stationierung des Militärs in größeren und großen Garnisonen mit sich bringt, sei hier nur gestreift. Auch auf diesem Gebiete wird es viel zu heilen geben, werden zeitweilig verloren gegangene Arbeitskräfte der Landwirtschaft wieder zuzuführen sein.

5. Eignung von Industriearbeitern für die landwirtschaftliche Arbeit?

Es ist weiterhin die Frage zu beantworten, ob sich Industriearbeiter für die landwirtschaftliche Arbeit eignen. Bereits die andere Arbeitseinteilung und die genau festgesetzte Arbeitsdauer in der Industrie läßt den eigentlichen Industriearbeiter der landwirtschaftlichen Arbeit abgeneigt sein. Denn diese erstreckt sich von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, wird fast durchweg im Freien ausgeführt und nicht in geschlossenen Räumen, und wenn es viel in der Wirtschaft zu tun gibt, zieht auch der Sonntag das arbeitsreiche Werktagskleid an.

Dann sind es die Familienangehörigen der Industriearbeiter, in erster Linie die Frauen, die weniger aus Vergnügungssucht als aus Bequemlichkeit und „weil es in der Stadt stets etwas zu sehen gibt",

[1] Sombart, 1. Aufl. Bd. 1, S. 630.

diese dem Lande vorziehen. Ihre Ungeübtheit in der ländlichen Arbeit läßt sie auch als keineswegs begehrenswerte Elemente erscheinen.

Ferner hängen die Arbeiter an dem städtischen Vereinswesen, und schließlich haben die Landwirte selbst oft einen Widerwillen gegen die Beschäftigung von Industriearbeitern in ihrem Betriebe.

Im Westen gehen die Leute, besonders Frauen in die Stadt, trotzdem sie genug Arbeit in ihrem Kleinbesitz haben. Die Viehhaltung, die ganze Arbeit ist ihnen zu schwer. Ähnliche Beobachtungen vgl. bei Bielefeldt S. 141.

Die oben gestellte Frage ist also mit „nein" zu beantworten. Anders steht es jedoch mit Arbeitern, die vom Lande stammen und geneigt sind, ihre in der Stadt oder Industrie erworbenen Fertigkeiten auf dem Lande zu verwerten. Wollte man diese in Zeiten sich häufender Arbeit vorübergehend aufs Land ziehen, so müßte man bei den Unternehmungen eine Umfrage anstellen, die der Landwirtschaft zuerst einen Teil ihrer Arbeitskräfte entzogen haben: das wären die Bergwerks- und Verkehrsunternehmungen. Es folgten die übrigen ländlichen Industrien wie Zucker- und Stärkefabriken, Ziegeleien, Industrien der Steine und Erden, Kartoffeltrocknereien und anderes mehr [1].

Die durch die innere Kolonisation gegebene Möglichkeit sozialen Aufstiegs auf dem Lande und die mannigfachen darauf hinzielenden Bestrebungen, die Erwerbsgelegenheit in der Landwirtschaft zu einer dauernden umzugestalten, tragen notwendigerweise zu einer Steigerung des Berufsstolzes unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung bei. Der Berufsstolz ist dort am ausgeprägtesten, wo die Berufsangehörigen ihrem Berufe am längsten treu bleiben. In der Landwirtschaft sind also die Vorbedingungen zu einer Hebung des Berufsstolzes, wie ihn die Abwanderungstendenz vermissen ließ, wiederum gegeben. Überall, wo Industriearbeiter auf dem Lande wohnen und überhaupt dem Lande entstammen, besteht die Möglichkeit, daß diese industriegelernten Arbeiter bei steigender Maschinenverwendung in der Landwirtschaft einen wichtigen Posten der zur Bewältigung der Handarbeiten erforderlichen Arbeiterzahl ausfüllen helfen.

In diesem Falle sowie bei der erfolgreichen Bekämpfung der Landentfremdung der Soldaten wäre eine Bewegung von den Städten und Industriebezirken aus aufs Land hin in Gang gebracht, und

[1] Bielefeldt, S. 136.

wenn wir auch eine Eignung der eigentlichen Industriearbeiter für die landwirtschaftliche Arbeit — genau so wie umgekehrt — verneinen mußten, so dürfen wir doch meines Erachtens in der Arbeiterklasse, die ihre „in der Stadt oder Industrie erworbenen Fertigkeiten auf dem Lande zu verwerten" trachtet, einen Faktor von nicht leicht einzuschätzender Bedeutung erblicken. Sicherlich wird einem Interessenausgleich zwischen Stadt- und Landbevölkerung hier vorgearbeitet.

6. Zusammenfassung: Wie stellt sich danach die ländliche Arbeiterfrage dar?

Anknüpfend an die Hebung des Berufsstolzes ist die Wiedereinführung eines bestimmten Lehrganges in der Landwirtschaft dazu unumgänglich notwendig. Die Abwanderung der tüchtigsten Kräfte ließ die Zurückbleibenden, durchschnittlich Minderbegabten, auch jene qualifizierten Arbeiten verrichten, die bisher nur von wirklichen Qualitätsarbeitern geleistet worden waren; ließ sie eine Reihe von Lehrjahren überspringen, die zur Erzielung guter Leistungen erforderlich sind.

Durch den Krieg sind auf dem Lande alle derartigen Unterschiede ganz verwischt worden, mußten unter den gegebenen Verhältnissen verwischt werden.

Nach dem Kriege wird eine Sichtung nach Alter und Qualität und eine dadurch gegebene Einordnung in die Arbeitsteilung der Steigerung des Berufsstolzes dienlich sein, wenngleich die Schwierigkeiten nicht zu verkennen sind, die sich aus der Heranziehung der ländlichen Jugend selbst zu schwierigen und viel Gewandtheit erfordernden Arbeiten ergeben.

Den Gedanken, daß die Beschäftigung mit landwirtschaftlichen Maschinen als vorzügliches Mittel anzusehen ist, die aufgeweckten Landarbeiter, die bekanntlich gern zur Industrie übergehen, der Landwirtschaft zu erhalten, habe ich bei Lang[1] wiedergefunden.

Die Maschinen nehmen den Arbeitern durchaus nicht die Verantwortung für ihre Arbeitsleistung ab: so vieles will berücksichtigt werden, so viele neue Triebe und Kräfte löst die Maschine in dem landwirtschaftlichen Arbeiter aus, daß seine geistige Verarmung entschieden abgelehnt werden muß. Infolge der Maschinen wird auch die ganze landwirtschaftliche Arbeit eine bedeutend leichtere, so daß

[1] 2. Teil, S. 112/113.

der Vorwurf landwirtschaftlicher Schwerarbeit künftiger Beurteilung nicht mehr stand hält.

Durch die Gewährung von Naturalien ist die Landwirtschaft allen Gewerben gegenüber im Vorteil. Denn „für den städtischen Arbeiter ist der Lohn das Ende, für den ländlichen der Anfang in wirtschaftlicher Hinsicht[1]". Naturallöhne wirken auf den Kinderreichtum zurück. Damit sind für den Landwirt die Richtlinien gegeben, sich eine zufriedene Arbeiterschaft zu verschaffen und auf ihren vielköpfigen Nachwuchs zu rechnen. Zur steigenden Verständigung zwischen Stadt und Land muß unserm Nachwuchs gezeigt werden, welche Geldwerte im Naturallohn stecken, daß der Barlohn auf dem Lande in beachtenswertem Verhältnis zum reinen Geldlohn in der Industrie steht, den die Miete und der Lebensunterhalt fast ganz verschlingen.

Zur Sittlichkeit auf dem Lande ist zu bemerken:

In manchen Gegenden, zum Beispiel in Mecklenburg, wird es von den ländlichen Herrschaften geduldet, zum mindesten nicht scharf verurteilt, wenn ihre Mägde auch viel uneheliche Kinder bekommen, zumal die Herrschaft in ihnen künftige Landarbeiter erblickt, während in manchen Gegenden, vorzugsweise katholischen, die Mägde aus Angst vor ihrem Dorfpfarrer sich mehr zusammennehmen.

Die Großgüter tun jedenfalls gut daran, sich einen festen Arbeiterstamm aufzuziehen, dem sie Land zur eigenen Bewirtschaftung überweisen. Sie führen damit eine „innere Kolonisation im Kleinen" durch.

Weitere Arbeitsaushilfen für die Friedenszeit darf man in der verstärkt herangezogenen Frauen- und Mädchenarbeit sehen, wie solche jetzt schon im Kriege stattfindet. Diese stärkere Hereinbeziehung der Frau in den Wirtschaftsprozeß auf dem Lande ist nicht in Vergleich oder in Verhältnis zu setzen mit der wirtschaftlichen Betätigung der Frau in der Industrie, im Verkehrs- und Betriebswesen. Geschäftlich und betriebstechnisch eignet sich die Frau gemäß Kriegserfahrungen nur in sehr bedingter Weise. Wo für den Mann der Kampf ums Dasein anhebt, ist die Frau immer und in erster Linie Geschlecht. Männliche und weibliche Arbeitskraft können daher niemals gleichgesetzt werden. Der Mann ist durch seinen Kampf ums Dasein zur Kämpfernatur geworden, das Weib hingegen

[1] Lehr- und Handbuch für Lehrer in östlichen Provinzen, S. 726.

verkörpert die Geschlechtsnatur, bzw. betont ausdrücklich ihre geschlechtliche Natur.

Wo immer weibliche Arbeitskraft die männliche ersetzen soll, macht sich vielfach bei mehr oder minder angestrengter Tätigkeit ein Auslösen des geschlechtlichen Organismus in der störendsten Weise bemerkbar. Daher wird die Frau niemals vollwertig den Mann in der Industrie, im Verkehrs- und Betriebswesen zu ersetzen vermögen: das Weib wird immer zu sehr Mutter sein, und wo die Frau mit eiserner Energie darauf hinauszielt, einen Beruf auszufüllen, noch eiserner wird sie — großzügig betrachtet — von der Natur in die alten mütterlichen Schranken zurückgeworfen werden

Anders auf dem Lande. Da war die Frau von jeher schon Arbeitskameradin und Arbeitsgenossin des Mannes, stellte sich die Ehe vorzüglich als ein Ausfluß wirtschaftlichen Zusammenschlusses dar. Das Sinnenleben ist auf dem Lande ein viel gesünderes als sonstwo; darum gesünder, weil die ganze ländliche Lebensart, Gesittung und Arbeitsmethode eine durchaus natürliche ist. Unnatur, Ziererei, Verkünstelung, hinterhältige Gedanken, absichtlich verlängertes Liebesspiel gehören auf dem Lande zu den Ausnahmeerscheinungen, in den Städten bilden sie die Regel. Kommen da erst unreine Gedanken auf, wo Mutter Natur die Arbeit ihrer Kinder bewacht und segnet? Ich möchte sagen, das Geschlechtsleben auf dem Lande hat einen explosiven Charakter. Der Menschendurchschnitt ist auf dem Lande Naturkind.

Also: die männliche Arbeitskraft in der Industrie ist durch die weibliche nicht im entferntesten vollwertig zu ersetzen. Auf dem Lande dagegen bildet die weibliche Arbeitskraft einen vollwertigen Ersatz der männlichen, zum Teil eignet sie sich sogar in höherem Maße für die Landwirtschaft.

Kaerger[1] gibt diesem Gedanken dahin Ausdruck: „Da beim Hacken und Graben die Leistung der Männer denen der Weiber eher nachsteht als gleichkommt, so wäre die Heranziehung fremder Männer eigentlich nur zur Getreideernte und in zweiter Linie auch zur Rübenernte, bei der ihnen besonders das Aufladen der Rüben auf die Wagen und das Bewerfen der Mieten obliegt, notwendig. Allein die scharfe Konkurrenz in der Nachfrage nach Erntearbeitern macht es wünschenswert, wenn nicht notwendig, daß die Männer schon für die gleiche Zeit wie die Mädchen bestellt werden."

[1] Die Sachsengängerei. Landwirtsch. Jahrbücher, 19. Band, S. 281.

Unserem heranwachsenden Geschlecht konnten wir keinen größeren Dienst erweisen als den der Übersiedelung der Stadtkinder aufs Land während der Sommermonate. Ihre Gesamtzahl soll sich auf über eine halbe Million belaufen.

Der Grundgedanke ist: die großen Städte sollen während der Einbringung der neuen Ernte von den Essern entlastet werden. Diese Absicht hat sich zum Heile der Städter wie der Kinder erfüllt. Erst in zweiter Linie kommt der Gedanke an Erntehilfe in Betracht. Hier ist an eben die Jungmannen zu denken, die den Anstrengungen der Landarbeit sich körperlich gewachsen zeigen. Die Schulklassen sind leer geworden; dafür tummelt sich unsere Jugend auf den Erntefeldern und schafft sich jetzt für ihr künftiges Wirken noch ganz unbewußt die Unterlagen, das Leben nach neuen Gesichtspunkten zu beurteilen. Diese Fernwirkung wird sich also in einer Umwertung der Auffassungen über das Leben und die Arbeit auf dem Lande bemerkbar machen.

Wer zu fassen vermag, was das bedeuten will, der wird getrost der Zukunft ins ernste Auge sehen

Ferner ist insbesondere von Schleswig-Holstein aus vorgeschlagen worden, die Schulpflicht der Kinder auf dem Lande bis zum 15. oder 16. Jahre auszudehnen, die größeren von ihnen dafür in den vier arbeitsreichsten Monaten ganz frei zu lassen, um sie im Alter von 12—16 Jahren für die landwirtschaftliche Arbeit in dieser Zeit zur Verfügung zu haben[1].

Je länger die Kinder dem Schulzwang unterstellt sind, um so mehr nimmt mit wachsenden Jahren die Gefahr ab, daß sie sich urplötzlich der Industrie zuwenden; um so eher gewinnen sie einen tieferen Einblick in die inneren Zusammenhänge des Landlebens.

Oft fällt einem die Untätigkeit, das zwecklose Herumstehen der die Arbeit Beaufsichtigenden auf. Sie vergeben sich durchaus nichts, wenn sie besonders in diesen arbeiterknappen Zeiten mit Hand anlegen; auf die Arbeitenden wirkt ihr Beispiel nur anspornend: die Arbeit wird so um vieles fruchtbarer gestaltet; jedem einzelnen Arbeitsprozeß kommt eine erhöhte Bedeutung zu, wenn alle Handlungen mit Verantwortlichkeitsgefühl erfüllt sind. Die Folge ist ein herzliches Ineinanderarbeiten und ein freiwilliges Tragen der übernommenen Verantwortung.

Wenn man der Ansicht ist, einige Industrien würden nach

[1] Vgl. Stiegers Leitsätze.

Friedensschluß nicht mehr so intensiv zu arbeiten haben, daß sie sogar noch Arbeitskräfte abzustoßen vermögen, so würde das auf die Landbevölkerung die starke Wirkung haben, daß sie mit größerer Vorsicht denn je sich von ihrer Scholle loszulösen bestrebt sein wird.

Wiederum: bei den Firmen, die vor dem Kriege jährlich Millionen umgesetzt haben, wird sich der Handel in altem Umfange nicht gleich wieder einstellen. Daher werden viel frühere Angestellte, bzw. wird das indessen herangewachsene Geschlecht nicht sofort die Anstellung finden, die es sich aus Zweckmäßigkeitsgründen und aus Gründen des Interesses für seinen Beruf vielleicht wünschen möchte. Die Ansicht, die man jetzt bereits vielfach von Kaufleuten und Arbeitern vertreten hört, daß sie nach dem Kriege aufs Land ziehen und aus landwirtschaftlicher oder landgewerblicher Beschäftigung sich ihr Dasein zimmern werden, dürfte in weiteren Schichten unseres Volkes Fuß fassen. Natürlich kommen hierbei hauptsächlich dem Lande Entstammende, in die Städte und Industriebezirke Zugezogene in Betracht. Denn die Lebensmittelfrage wird lange zugespitzt bleiben. Die Leute verdienen in den Industriegegenden viel Geld; aber was nützt ihnen das, wenn sie nicht genügend zu essen haben? Die Lebensmittelfrage, der auskömmliche Lebensunterhalt, der sich nicht überall rationiert sieht, sondern wenigstens teilweise aus dem Vollen schöpfen kann, ist und bleibt ein ungeheures Triebmittel, das geeignet erscheint, gleich- oder ähnlich starke Triebe und Interessenbezeigungen sich unterzuordnen, somit die dem Lande gebührende Zahl an Arbeitskräften zu sichern.

Der von dem Ernährungsphysiologen Professor Abderhalden in Halle a. S. gegründete Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Städter zur Landarbeit und somit zur gesünderen Lebensführung heranzuziehen, demzufolge Familien bis zu vier Köpfen ein achtel Morgen (300 qm), für je weitere vier Köpfe wieder ein achtel Morgen abgegeben wurde. Die mit der Landverpachtung gemachten Erfahrungen sind so ausgezeichnete, daß Abderhalden im Interesse der Volksgesundheit wie der hinreichenden Eindeckung mit Lebensmitteln wünscht, alle Städte möchten sich mit einem „Gürtel von Ackerland" umgeben, der dem Landschaftsbilde das Unvermittelte nehmen würde, wie es jetzt noch in den Gegensätzlichkeiten zwischen Stadt und Land zum Ausdruck kommt; dazu angetan, rein äußerlich die Kluft zwischen Stadt- und Landbevölkerung zu überbrücken.

Geschwächter Abzug vom Lande, eine Bewegung — allerdings noch in den Anfängen — von den Städten und Industriebezirken aus aufs Land hin in Gang gebracht und als „Versöhner" von landwirtschaftlicher und industrieller Arbeit jene „landwirtschaftlich-technische" Arbeiterklasse geschaffen, die ihre in der Stadt oder Industrie erworbenen Fertigkeiten auf dem Lande zu verwerten trachtet: so stellt sich meines Erachtens die Entwicklung in Deutschland für die Zeit nach dem Kriege dar. Hieraus ergeben sich die Aussichten für die Lösung der ländlichen Arbeiterfrage.

Wir dürfen, wie nachgewiesen, auf einen hinreichenden, unserem Bedarfe sich anschmiegenden Wanderarbeiterstrom aus Polen rechnen. Im Verein mit den innerdeutschen, in obigen Kapiteln klargelegten Bestrebungen wird eine gedeihliche Ordnung der Frage der deutschen Landarbeiterbeschaffung nach dem Kriege erwartet.

Zehntes Kapitel

Die landwirtschaftlichen Arbeitsämter

Was die Verschiedenartigkeit der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Süd- und Norddeutschland anbelangt, so hat in den mittel- und süddeutschen Staaten der Arbeitsmarkt einen viel kleineren Umfang, und das Auf- und Abfluten der Bevölkerungsbewegung war noch nicht mit so schweren wirtschaftlichen Erschütterungen verbunden[1] wie in großen Teilen des nördlichen und östlichen Deutschland. Hier ist die Arbeiternot in der Landwirtschaft eine unvergleichlich größere. So haben in nördlichen und nordöstlichen Teilen Deutschlands sowie in Königreich und Provinz Sachsen die landwirtschaftlichen Betriebe zu ihrer Aufrechterhaltung nahezu 200000 ausländische und noch weitere große Massen inländischer Wanderarbeiter für das Jahr nötig (1907)[2]. Der Unterschied wird deutlich, wenn man vergleicht, wie die Landwirtschaft in Bayern, Baden, Württemberg kaum einige tausend fremdländische Wanderarbeiter heranzuziehen Anlaß hatte, während die Landwirte in Pommern und dem Großherzogtum Mecklenburg 1905 etwa 40000 ausländische Arbeiter beschäftigen mußten, wobei sich noch vielfach ein empfindlicher Arbeitermangel

[1] v. Stojentin, Landwirtschaftliche Arbeitsämter in „Landarbeit und Kleinbesitz" 1907—1911, S. 102.

[2] Ebenda S. 103.

bemerkbar machte[1]. Der gewaltige Mangel an einheimischen Arbeitern und der Zwang, diesem durch Hinzuziehung ausländischer Arbeiter zu begegnen, veranlaßte insonderheit die landwirtschaftlichen Körperschaften der auf fremdländische Arbeiter angewiesenen Landesteile, „Arbeitsnachweise einzurichten, die anfangs nur bezweckten, neben der undankbaren Vermittlung des kaum noch vorhandenen einheimischen Personals die Gestellung der ausländischen Wanderarbeiter“[2] möglichst zu sichern. In der Folgezeit hat sich jedoch das Programm der Arbeitsnachweise erweitert, und die Grenzlinien des Begriffs sind flüssig geworden.

„Die Bezeichnung „Arbeitsnachweise“ wurde für die Einrichtungen gebräuchlich, die die Gemeinden inmitten der achziger Jahre schufen, um sich von den Arbeitslosen innerhalb ihrer Mauern zu entlasten; ihre Vermittlung von Arbeitskraft und Arbeitsgelegenheit ist die hauptsächlichste Aufgabe der kommunalen Arbeitsnachweise. Dahingegen sind die Zwecke der entsprechenden Zentralorganisation der landwirtschaftlichen Korporationen und Interessenvertretungen von viel komplizierterer und weittragenderer Art, insofern sie nicht bloß Arbeiter und Arbeitsgelegenheit nachweisen, - sondern ... darauf hinarbeiten sollen, ein ausschlaggebender Faktor auf dem Gesamtgebiet des landwirtschaftlichen Arbeiterwesens in ihrem Bezirk zu werden. Darum sollten sie allgemein mit dem Worte ‚Arbeitsämter‘ bezeichnet und schon äußerlich zutreffend als das gekennzeichnet werden, was sie sein sollen, und was ihres Amtes ist“[3].

Das Arbeitsgebiet der landwirtschaftlichen Arbeitsämter umfaßt an wirtschaftlichen Aufgaben das Vermittlungswesen der einheimischen und ausländischen Arbeiter, ferner gilt es, „darauf Bedacht zu nehmen, daß rechtzeitig neue Quellen erschlossen werden, die Menschen hergeben, wenn der bisherige Zufluß irgendwo zu versiegen droht. Das erheischt die ständige Beobachtung und genaueste Kenntnis des gesamten ausländischen Arbeitermarktes“[4].

An sozialpolitischen Aufgaben umfaßt es in erster Linie die Pflege des Arbeiterwohlfahrtswesens. Es gilt, die Arbeitermassen aus dem Ausland möglichst billig — etwa planmäßig in Sammel-

[1] v. Stojentin, S. 103.
[2] Ebenda S. 105.
[3] Ebenda S. 106.
[4] Ebenda S. 107.

transporten — heranzuschaffen und zurückzubefördern, „gleichzeitig dahin zu wirken, daß die vermittelten Wanderarbeiter an ihren hiesigen Arbeitsorten während der Dauer des Vertrages festgehalten werden“ [1].

Viele Arbeitgeber sehen sich nämlich infolge unerwarteten Kontraktbruchs der gedungenen Arbeiter mitten in irgendeiner Arbeitsperiode veranlaßt, den ausländischen Wanderarbeitsmarkt erneut in Anspruch zu nehmen, so daß der Zuzug aus diesem während des ganzen Jahres nicht aufhört.

„Um die Beschäftigung kontraktbrüchiger Wanderarbeiter durch andere Arbeitgeber zu verhindern, bildete sich anfangs der 1890er Jahre der Verband ländlicher Arbeitgeber in der Provinz Sachsen, der die Namen derjenigen Landwirte, die kontraktbrüchige Arbeiter in Dienst nahmen, veröffentlichte, die Bestrafung solcher Arbeitgeber und -nehmer veranlaßte und so den Kontraktbruch erfolgreich bekämpfte [2].“

Zur Bekämpfung solchen Kontraktbruchs darf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer auch nicht einen Augenblick aus den Augen verloren werden.

Anderseits ist peinlich darauf zu achten, daß nicht durch die ausländischen Wanderarbeiter die ansässigen einheimischen Landarbeiter auch noch zur Landflucht getrieben werden: dies um so mehr bei einer Politik, die nicht die Zurückführung von Industriearbeitern aufs Land als Hauptziel verfolgt, sondern die die auf dem Lande geborenen — vorwiegend männlichen — Arbeitskräfte zum größeren Teile als bisher in ihrem Wirkungskreis erhalten und zufriedengestellt sehen will.

Die Behandlung der fremdsprachlichen Wanderarbeiter wird auf deutscher Seite viel guten Willen und Sprachgewandtheit erfordern. Vor allem wird als Hauptmittel gegen den Kontraktbruch „die gänzliche Ausschaltung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung anzustreben“ [3] sein, wodurch der Landwirtschaft jährlich ungeheure Summen verloren gehen. Gleich hohe Summen ließen sich ersparen, wenn es den Arbeitsämtern gelänge, „auf den Wanderungszug innerhalb der Provinzen oder Landesteile einen gewissen Einfluß“ [4]

---

[1] v. Stojentin, S. 107.
[2] Bielefeldt, S. 141.
[3] v. Stojentin, S. 108.
[4] Ebenda S. 109.

zu gewinnen, damit wenigstens ein Teil der Wanderlustigen den betreffenden Landesteilen erhalten bliebe.

So gingen der Provinz Pommern von 1895—1900 alljährlich 19439 Menschen durch Ab- und Auswanderung verloren[1], und wenn man, wie es v. d. Goltz tut, die Erziehungskosten eines Landarbeiters von seiner Geburt bis zum 15. Lebensjahr mit 3000 Mk. veranschlagt, so bedeutet dies für die betreffenden Landesteile einen volkswirtschaftlichen Gewinn von 3000000 Mk., wenn es nur gelingt, 1000 Landarbeiter innerhalb der ursprünglichen Grenzpfähle zu halten.

Solche Lokalisierung der Wanderungen erheischt nun ihrerseits wieder eine Erforschung der gesamten ländlich-provinziellen Arbeiterverhältnisse, und das ist wohlgemerkt eine sehr schwierige Aufgabe.

Schließlich haben die Arbeitsämter noch Aufgaben nationalpolitischer Art zu erfüllen: es sind die Bestrebungen zur Rückführung deutscher, im Ausland angesessener Arbeiter als Kolonisten und Arbeiter für die deutsche Landwirtschaft. Das ist eine Obliegenheit von höchstem staatlichem Interesse.

Betrachtet man zusammenfassend die praktischen Ergebnisse, die die landwirtschaftlichen Arbeitsämter bzw. -nachweise bis jetzt zu verzeichnen haben, so ist durchweg deutlich das Bestreben erkennbar, deutsche Arbeiter aus dem Ausland heranzuziehen, die national bedenklichen Arbeiter durch national interessierte Elemente zu ersetzen; nicht minder der Wille, städtische und industrielle Arbeiter dem Lande zurückzugewinnen, wenn auch hierin die Erfolge bisher nur sehr gering waren[2].

Auch daß die Gestellungskosten für die ausländischen Arbeiter von 1900—1905 ständig sanken, bis sie „überall ein gleichmäßig niedriges Niveau erreicht hatten“[3], beweist, daß die gewerbsmäßige Vermittlung in die gehörigen Schranken gewiesen worden ist, und daß der viel getadelte Wettbewerb der einzelnen Institute einer einheitlichen Anwerbung von Auslandsarbeitern Platz gemacht hat.

Es würde zu weit führen, auf Mittel und Wege zu weiterem Ausbau der landwirtschaftlichen Arbeitsämter einzugehen. Nur soviel noch: „Je eher sich die landwirtschaftlichen Arbeitsämter des Ausbaues einer entsprechenden Arbeitsnachweisstellen-Organisation überall

---

[1] v. Stojentin, S. 110.
[2] Ebenda S. 155.
[3] Ebenda S. 156.

da annehmen, wo es die örtlichen Verhältnisse wie im Norden und Osten Deutschlands ermöglichen, um so nachdrücklicher wird das landwirtschaftliche Interesse gewahrt sein und die Einrichtung insofern sich wirklich paritätisch gestalten, als Licht und Schatten sich auf Stadt, Land und Gewerbe würden gleich verteilen lassen.

„Es ist auch natürlicher, daß nicht das Land darauf wartet, bis die Arbeitsnachweise der großen Städte die ihnen lästigen Arbeitermassen wieder aufs Land ausspeien“ [1], sondern daß es selbst die Errichtung solcher Nachweise in die Hand nimmt. Wie eine Unterstützung der Arbeitsämter durch die Staatsregierung und durch die Kreisverwaltungen unerläßlich ist, so ist auch ein Zusammenarbeiten mit den kommunalen Arbeitsnachweisen unbedingt erforderlich und im Sinne einer stetigen Annäherung zwischen Stadt- und Landbevölkerung aufzufassen.

Vor allem müssen die Landwirte selber Träger und Stützen aller der von den Arbeitsämtern ausgehenden Maßnahmen werden. Daran mangelt es bedauerlicherweise noch sehr. Das macht: die Landwirte sind schwer unter eine Kappe zu bringen, und viele von ihnen verbinden mit dem Worte „Sozialpolitik“ den Begriff der Schwäche und des Nachgebens. Mag sich das in Zukunft ändern!

Durch die Einrichtung der deutschen Feldarbeiterzentralstelle, der jetzigen deutschen Arbeiterzentrale, ist die Entwicklung der landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise ein gutes Stück vorwärts gebracht worden. Jene nimmt die bisher den einzelnen Nachweisen obliegende mühselige Anwerbung der Arbeiter im Ausland und die Beobachtung des ausländischen Arbeitermarktes ihnen ab und setzt so die Organisation der Landwirtschaftskammern instand, mit erhöhter Aufmerksamkeit den einheimischen Arbeitsmarkt zu beobachten und ihren zahlreichen Aufgaben auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Arbeiterwesens mehr als bisher gerecht zu werden. Nach dem Kriege wird auch der historische Moment für die Organisation von Arbeitsämtern gekommen sein.

---

[1] v. Stojentin, S. 161.

Vierter Teil

Die Lösung der Arbeiterfrage in der deutschen Landwirtschaft

Elftes Kapitel

Die Lösung in der Theorie

1. Rückweis der Taylorisierung

Wenn man vom Taylorsystem sprach, so setzte man als selbstverständlich seine Anwendung einzig und allein auf industrielle Werke voraus. Die Übertragung dieses Betriebssystems auf die Landwirtschaft war bisher neu. Da jedoch die Taylorisierung des ländlichen Arbeitsverfahrens gefordert worden ist, muß sie zurückgewiesen werden.

Das Wesen des Taylorsystems liegt nach Seubert[1] „in der systematisch durchgeführten, vereinheitlichten Vorbereitung der Arbeitsausführung".

Die zur Durchführung des Taylorsystems erforderlichen zwölf verschiedenen Beamten des Betriebsbureaus legen Zeugnis davon ab, daß dieses System nur in Anwendung auf einen Industriebetrieb verstanden sein will. Die Worte „Erziehung zur wirtschaftlichen Ausnützung der eigenen Arbeitskraft und zum systematischen Zusammenarbeiten"[2] legen die hier in Frage kommende Betriebsweise bereits endgültig fest. Statt: systematisches Zusammenarbeiten wäre es gleich richtig zu sagen: industrielles Arbeiten.

Die Vorbereitung der Werkstättenarbeit, d. i. die richtigste Anpassung des Könnens an die Aufgabe, widerspricht landwirtschaftlicher Betriebsamkeit. Hieraus ergibt sich, daß lediglich die industrielle Betriebsweise in Frage kommt.

Wie steht es aber mit der Verwirklichung des Taylorsystems in deutschen Betrieben? Diese Frage beantwortet Seubert folgendermaßen[3]: „Nicht als ob der deutschen Industrie die Willenskraft zu solch großzügigem Vorgehen ermangele. . . . In den Vereinigten Staaten wird alle Organisationsarbeit durch die mangelnde Seßhaftigkeit der arbeitenden Bevölkerung verzögert; in Deutschland

[1] Praxis des Taylorsystems, S. 151.
[2] Ebenda S. 153.
[3] Seubert, S. 152.

bildet die soziale Schichtung der arbeitenden Klassen eine nicht zu unterschätzende Schwierigkeit."

Wenn auch das Interesse für die Taylororganisation in Deutschland stetig zunimmt, so werden doch noch Jahre vergehen, ehe wir das Fundament: das herzliche Zusammenarbeiten aller Angestellten — gelegt haben, auf dem sich in Taylorschem Sinne weiter aufbauen läßt[1]. Von manchen wird die Lebensfähigkeit des Taylorsystems auf deutschem Boden überhaupt angezweifelt.

Hiermit sind die Schwierigkeiten, die der Einführung des Taylorsystems in deutschen Industriebetrieben entgegenstehen, festgestellt. Wo bleibt da die geforderte Taylorisierung des landwirtschaftlichen Betriebes?

Wenn wir von Industrialisierung, von künftigem Industrialisierungsprozeß in der Landwirtschaft redeten, so lag nichts ferner als ein Vergleich mit dem fabrikmäßigen Betrieb. Das Wort Industrie muß vorsichtig in landwirtschaftlicher Beziehung gebraucht werden, und bei seiner Beziehung auf die Landwirtschaft darf bei aller zu erstrebenden Arbeitsintensität niemals vergessen werden, daß zu einer Ernte der Umschlag eines vollen Jahres notwendig ist, daß sich der landwirtschaftliche Produktionsprozeß nicht in der geringsten Weise abkürzen läßt im Gegensatz zum je öfteren um so rentableren Umschlag des Kapitals in der Industrie.

2. Die „anzustrebende" Rationalisierung im ländlichen Arbeitsverfahren

Wir haben die Rationalisierung im Sinne der von Wygodzinski geforderten Taylorisierung abgelehnt.

Wir haben nur von einer „anzustrebenden" Rationalisierung oder von „möglichster" Rationalisierung gesprochen und diese zur Behandlung der Frage der Landarbeiterbeschaffung nach dem Kriege so ausgiebig herangezogen, daß wir jetzt zur Forderung möglichster Rationalisierung im ländlichen Arbeitsverfahren gelangen.

Nur von dieser werden wir nach unserer aufgestellten These[2]:

„Unter günstigsten Umständen einmal in späteren Zeiten zu einer annähernden Rationalisierung in der Landwirtschaft gelangen können und nicht umgekehrt, wie behauptet wurde."

[1] Seubert, S. 153.
[2] Siehe oben S. 60.

Zwölftes Kapitel
Die Lösung in der Praxis

Wohin die Entwicklung vor dem Kriege trieb, entnehmen wir in bezeichnender Weise einem Bemerken Bauermeisters, der im Zusammenhang mit den Ansiedlungsgebühren, die der Ansiedlungslustige auf Grund des § 17 des Ansiedlungsgesetzes zu entrichten hatte, die Frage[1] stellt: Gilt es denn als ein Luxus, Landbewohner zu sein? — Ja, vor dem Kriege galt es bereits als ein Luxus, Landbewohner zu sein! Hätten wir noch ein Jahrzehnt so weiter gewirtschaftet, und wäre dann der Krieg erst ausgebrochen, so hätten wir diesen Krieg leicht mit der Vernichtung unseres Volkstums bezahlen müssen.

Glücklicherweise hat uns der zur rechten Zeit losbrechende Krieg die lauernden Gefahren erkennen lassen und einen völligen Umschwung unserer Wirtschaftsinteressen herbeiführt, so daß wir jetzt bestrebt sind, dem Muster eines sich selbst genügenden Staates in Friedenszeiten steigend nahe zu kommen.

Die landwirtschaftliche Produktionsfrage ist mehr oder weniger zur Arbeiterfrage geworden und wird ihren Charakter als Arleiterfrage auch weiter in Friedenszeiten beibehalten. Nicht die Grundbesitzer, ihre Arbeiter sind die Hauptproduzenten: sie mehren die Erträge, sie führen die Maschinen, sie ziehen auf, weiden und mästen das Vieh, sie sparen an Futter- und Betriebsmitteln, sie vertreten den Grundbesitzer bei seiner Abwesenheit, sie haften für ihre Arbeitsleistungen — mit ihnen steht und fällt die Wirtschaft.

„Je mehr wir die Produktion durch die Preisbildung schützen, desto höher wird der Arbeiter auf dem Lande durch Bezahlung entlohnt werden und auf diese Weise der Landwirtschaft erhalten bleiben.[2]"

Die Großgüter werden also am ehesten durch reichliche Gewährung von Naturalien und erhöhten Geldlohn (eben durch angemessene Preise für Agrarprodukte) die nötigen Arbeitskräfte an sich fesseln. Daneben aber glauben wir ein Gefühlsmoment stellen zu müssen. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß dieses auf die Höhe des Geld- und Naturallohnes Einfluß gewinnt.

Werden die Grundbesitzer und die Landarbeiter endlich einsehen lernen, einmal, wie viel davon abhängt, wenn es beide Teile ver-

[1] Schullastenverteilung und Dezentralisation, S. 47.
[2] Semmler, S. 77.

stehen, sich gegenseitig innerlich anzufreunden? Zum andern, wie wenig daran liegt, in dem einen Teile das Arbeitstier, in dem anderen Teile den Müßiggänger und Weltenbummler zu sehen?

Mit zunehmender Rationalisierung in der heimischen Landwirtschaft wächst die Möglichkeit eines landwirtschaftlichen Streiks. Schon Fischer[1] weist darauf hin und sieht in der zunehmenden Maschinenverwendung das wirksamste Gegenmittel. Wir meinen ferner, daß die Arbeiter aufgeklärt werden müssen, was für ungeheure Geldwerte beim Streiken verloren gehen; ein allgemeiner Erschlaffungszustand tritt ein, unter dem die Ernährung und Erziehung der Kinder aufs unheilvollste leidet. In der Landwirtschaft haben wir es bisher mit Arbeitsunlust und passivem Widerstande zu tun gehabt. Geht man den Ursachen nach, so wird sich auf Grund obiger Ausführungen leicht Abhilfe schaffen lassen. Gütliche Vereinbarung zur rechten Zeit kann bei einem Streik unbezahlbaren Segen stiften. Vorurteilslose Aufklärung, Verständnis und ein warmes Herz der Grundbesitzer für ihre Leute — daran mangelt es bei uns in Nord- und Ostdeutschland noch recht — werden solche Gedanken im Keime ersticken.

Vereint zu wirken, der eine vorzüglich mit seinem Geist, die anderen vorzüglich mit ihren körperlichen Kräften, einander Freunde in der Arbeit zu sein, die sich verstehen wollen, darin liegt das Geheimnis unserer Kraft, die da in einem noch nicht gekannten Ausmaß nach dem Kriege auch der deutschen Landwirtschaft erwachsen wird.

1. Das politische Schicksal Polens

Es muß die Sicherheit geboten werden, daß sich Polen bei einem künftigen Kriege nicht zu einem anderen Staate schlägt. Der Krieg hat uns gelehrt, daß wir weit mehr Lebensmittel nötig haben, als wir vor dem Kriege aus unserer heimischen Landwirtschaft bezogen. Zu deren Produktion sind wir noch auf die Aushilfe polnischer Wanderarbeiter angewiesen. Außerdem stellt Polen für Deutschland eine Kornkammer dar.

Der Überschuß der ländlichen Bevölkerung Polens wird sich nach wie vor in unsere Bedarfsgebiete ergießen.

Die Preisverhältnisse sind mit dem Augenblick in Polen umgestoßen, wo dieses — ob mit, ob ohne Zollschranken — an das

[1] S. 45 der Arbeit.

Deutsche Reich angegliedert wird. Mit Einführung der intensiven Wirtschaftsweise in Polen werden ständig mehr Arbeitskräfte im Lande selbst gebraucht werden, weil die intensive Wirtschaft für die Einbringung der durch sie gesteigerten Ernteerträge einen vielfach erhöhten Aufwand an Handarbeit benötigt.

Lediglich die intensive Wirtschaftsweise wird die einheimischen Kräfte mehr im Lande halten. Eine Ausdehnung der zu bebauenden Fläche ist nicht mehr in großem Stile möglich. Im Jahre 1906[1] waren von der gesamten Bodenfläche 63 % Acker, 8,6 % Wiesen, 18 % Wald (gegen 24 % bei uns) und etwa 10 % Weiden und Brachfeld.

Werden die Servituten abgelöst und die russischen Dotationsgüter aufgeteilt, so dürfte sich Polen künftig noch mehr als Land des Kleinbesitzes darstellen.

Das politische Schicksal Polens ist zum Teil auch jetzt noch in der Schwebe. Vom wirtschaftlichen Standpunkte ist die Lösung einer Angliederung Polens an Österreich-Ungarn nicht ohne weiteres zu befürworten. Die Sudeten und Schlesien trennen Polen von Böhmen, dem wichtigsten Industriegebiete Österreichs. Dahingegen sind die natürlichen geographischen Vorbedingungen für einen Anschluß Polens an Deutschland bei weitem günstiger.

Polens Interesse weist gleichfalls mehr nach Deutschland hin als nach der habsburgischen Monarchie. Schon vor dem Kriege hat deutsches Kapital, hat deutscher Unternehmergeist auf die polnische Volkswirtschaft befruchtend eingewirkt, und die seit der Besitznahme Russisch-Polens in jeder Beziehung einsetzende deutsche Friedensarbeit scheint geeignet, den Anschluß dieses Landes an das Deutsche Reich vorzubereiten.

Da in Zukunft bei den politischen Entscheidungen die Wirtschaftsinteressen, die ihrerseits auf den natürlichen geographischen Verhältnissen fußen, mehr als je zuvor den Ausschlag geben werden, neigen sie sich zugunsten Deutschlands.

Meines Wissens rechnet man in Österreich-Ungarn auf den Erwerb Serbiens: die Nationalitätenfrage und die geographische Lage stellt sich dabei ungleich günstiger für Österreich-Ungarn. Man will dafür Deutschland ganz Polen und damit auch die Regelung sehr verzwickter Fragen — ich erwähne nur die Nationalitätenfrage (Slawisierung) und die Frage der polnischen Irredenta — überlassen.

[1] Koskowski, S. 156.

In Deutschland mehren sich die Stimmen, die eine Nachprüfung und Neuaufstellung der polnischen Rechnung fordern. Der Freiheitsrausch, der jetzt durch Polen geht — ich muß unwillkürlich an einen alten Zottelgaul denken, der wieder Remontegelüste verspürt — und die Ausfälligkeiten gegen uns dürfen uns bei einem politisch unerzogenen Volke nicht wunder nehmen. Aber noch sind wir in der Lage, die Zügel anzustraffen, wenn es nicht anders sein soll.

Von einer Unlösbarkeit des polnischen Problems zu sprechen, wie es die Bethmannsche Reichsleitung tat, halten wir für falsch. Der Grundgedanke ist doch völkisches Gemeingut: Bei aller Selbständigkeit Polens ist sein voller, sein aufrichtiger Anschluß an die Mittelmächte zu forden. Ist der Anschluß gesichert,, werden sich deutsche Intelligenzen genug finden, die an die Lösung der danach dringendsten Fragen gehen werden.

Jedenfalls müssen wir uns die Führung über die noch zu schaffenden Staatsgebilde sichern, wenn wir an Kurland und Litauen denken, Länder, die, mit dem Blut unserer Kameraden getränkt, unter großen Opfern in deutschem Besitz und für die kämpfende Truppe landwirtschaftlich ertragreich gehalten werden.

Für Deutschland ist das politische Schicksal Polens für die Lösung der ländlichen Arbeiterfrage in den kommenden Jahren von hoher Bedeutung. Möge Polens Schicksal das Schicksal Deutschlands werden!

2. Die Stellung der Landwirtschaft zu den ausländischen Wanderarbeitern und der steigende Wanderarbeiterbedarf bei der Industrie

Durch das Einströmen ausländischer Arbeitskräfte, wie es die staatsrechtliche Angliederung Polens an Deutschland bei zunehmender Verkehrsfreiheit mit sich brächte, könnte die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters gefährdet erscheinen. Es läge auch die oben angedeutete Gefahr der Polonisierung rein deutscher Gebiete durch slawische Arbeiter vor.

Wie aber, wenn das Umgekehrte einträte? Keine Slawisierung, sondern Germanisierung? Es müßte allerdings das Kunststück fertig gebracht werden, die Wanderarbeiter in kleineren Trupps auf kleine Betriebe zu verteilen. Das stete Zusammenleben, Zusammenwirtschaften, der enge Familienverkehr müßte bei zahlenmäßigem Überwiegen der germanischen Rasse der slawischen Stammeszugehörigkeit Abbruch tun.

Vielleicht setzen nach dem Kriege auch andere Fortpflanzungstendenzen ein, denen zufolge sich die deutsche Bevölkerung schneller als die polnische vermehrt.

Bei den Großgütern liegt die Gefahr vor, daß sich „polnische Sprachinseln" bilden, wenn einzig polnische Arbeiter auf dem Gute beschäftigt oder in größeren Trupps vorhanden sind. Der erwähnte Vorschlag von Lezius würde eine Gesundung dieser Verhältnisse herbeiführen.

Die deutsche Landwirtschaft strebt danach, sich von dem Bezuge ausländischer Wanderarbeiter unabhängiger zu stellen. Durch möglichste Nationalisierung soll ein Nachlassen des Bedarfs an Wanderarbeitern erreicht werden, dafür sollen heimische Qualitätsarbeiter in vermehrter Zahl eintreten.

Nicht außer acht zu lassen ist der steigende Wanderarbeiterbedarf bei der Industrie. Bedenkt man, daß nach der deutschen Arbeiterzentrale in den Berichtsjahren 1910/11 bis 1912/13 die Zahl der legitimierten Arbeiter bei der Landwirtschaft nur von 387 902 gleich 55,7 % auf 411 706 gleich 53,7 %, bei der Industrie aber von 308 123 gleich 44,3 % auf 355 509 gleich 46,3 % gestiegen ist, daß also der neue Mehrbedarf an Auslandsarbeitern bei der Industrie den bei der Landwirtschaft noch um blanke 23 582 Arbeiter übersteigt, so ist zu Friedenszeiten ein wachsender Bedarf auf seiten der Industrie ermittelt.

Jetzt im Krieg soll die Zahl der industriellen Auslandsarbeiter die der landwirtschaftlichen zum ersten Male überragen.

Aus welchen Ländern bezog die Industrie 1912/13 ihre Arbeiter? Aus Österreich 168 521 von insgesamt 281 137 Arbeitern, aus Italien 69 000, Niederlande und Belgien 54 000, dagegen aus Polen nur 37 297 von insgesamt 317 130 Arbeitern.

Auf die Zuwanderungen aus Belgien und der Niederlande dürfte weiter zu rechnen sein. Dagegen dürften die italienischen Wanderarbeiter zur Auffüllung der durch den Krieg gerissenen Lücken verstärkt im Lande behalten werden. Über den Zuzug österreich-ungarischer Wanderarbeiter läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Wir müssen erst abwarten, wie sich am Ende des Krieges die Gesamtzahl an Gefallenen und Arbeitsunfähigen auf die verschiedenen Nationalitäten verteilen wird, um hieraus auf Grund der die Einwanderung betreffenden Friedenssätze exaktere Schlüsse ziehen zu können.

Es ist die Frage aufgetaucht, ob man die unzureichende Deckung,

die die deutsche Produktion auf dem heimischen Markte findet, nicht auf die Industrie abwälzen könne, um so die deutsche Landwirtschaft von dem Bezuge ausländischer Wanderarbeiter unabhänger zu stellen. Eingestellt auf den Wanderarbeiterbezug, würde die Industrie bei Ausbleiben der Wanderarbeiter in einem neuen Kriege durch das Darniederliegen mancher Industriezweige unter sich eher einen Ausgleich herstellen können, als die Landwirtschaft dazu imstande wäre.

Dieser Gedanke findet sich bei v. Batocki[1]: „Es ist nun einmal bei unserer wirtschaftlichen Entwicklung ein gewaltiger Überbedarf an Arbeitskräften im ganzen da, der darin hervortritt, daß einerseits eine außerordentlich große Zahl von Ausländern importiert wird, und daß trotzdem eine über das normale Maß hinausgehende Arbeitslosigkeit der inländischen Arbeiter — die ja lokal niemals ganz vermieden werden wird — allgemein nicht vorliegt. Ob es richtig wäre, diesem Mangel an inländischen Arbeitskräften vorwiegend bei der Industrie durch Ausländer abzuhelfen und der Landwirtschaft die Ausländer mehr fernzuhalten, das ist eine Frage, . . . deren Lösung so schwierig ist, daß ich sie hier nicht näher erörtern will."

Wir dürfen nicht vergessen, daß der Ausbruch des Krieges die Wanderarbeiter innerhalb der deutschen Grenzpfähle antraf und wir uns von vornherein durch ein Festhalten dieser Arbeitskräfte in einer sehr günstigen Lage befanden.

Bei einem neuen Kriege muß die deutsche Landwirtschaft unabhängiger in dem Bezuge ausländischer Arbeitskräfte gestellt sein, um die Ernährung des Volkes in gesicherten Bahnen durchzuführen. Die Schwierigkeit, dieses Problem zu lösen, verkennt v. Batocki nicht. Hier kam es darauf an, eine Lösung der Landarbeiterfrage auf diesem Wege anzudeuten.

3. Änderung in der Produktionsrichtung? Disponieren über Arbeitskräfte und Gruppierungsvermögen

An Arbeitsintensität kann und darf unter keinen Umständen nachgegeben werden; sie muß sogar andauernd gesteigert werden. Können wir in einer Änderung der landwirtschaftlichen Produktionsrichtung etwa einen Ausweg erkennen, wenn auch kapitalintensiv, so doch weniger arbeitsintensiv zu arbeiten? Wäre es angebracht, den höchst intensiven Zuckerrübenbau durch den weniger intensiven Kartoffelbau zu ersetzen? Nein. Das muß abgelehnt werden. Die

[1] Vorberichte zur Studienkommission, S. 5/6.

Bedeutung des Zuckerrübenbaus ist bis heute in der ganzen Literatur noch nicht hinreichend gewürdigt. Wir werden künftig die mit Futterrüben bestellten Flächen und die schwereren Kartoffelböden dem Zuckerrübenanbau vorbehalten müssen, für den der Boden nicht schwer genug gewünscht werden kann.

Abgesehen davon, was der Zuckerrübenbau als Vorfrucht für Getreide in dem Boden aufspeichert, leistet er an Futterwerten das Höchste. Ein Vergleich mit der Kartoffel steht in keiner Weise an. Man hat den Zuckerrübenbau schon so oft totgesagt, aber das einzig Maßgebende: das „wirtschaftliche Gefälle" hat immer von neuem auf ihn gewiesen. Es hat seine Lebensfähigkeit für alle Zeiten erwiesen.

Eine Änderung in dieser Produktionsrichtung mußte abgelehnt werden; eine Änderung kann immer nur darin gesucht werden, daß wir durch zweckmäßigere Pflanzung, Züchtung, Behäuflung, durch maschinellere Durchbildung (durch Erfindung zum Beispiel eines geeigneteren Rübenhebers) an Handarbeit sparen, die Arbeit bei aller Kapitalintensität also weniger arbeitsintensiv gestalten.

In diesem Sinne ist auf eine achtbare Beeinflussung der Landarbeiterfrage zu rechnen.

Wie bei der zahlenmäßigen Berechnung erwähnt[1], haben wir den Ausfall von 50—60 000 Arbeitern außer durch vermehrte Maschinenverwendung in der Landwirtschaft besonders durch „gutes, auf die Erfahrungen in der Kriegszeit sich stützendes Disponieren über die vorhandenen Arbeitskräfte" zu decken gemeint.

Hierbei ist wahrzunehmen, daß das deutsche Volk nach dem Kriege an Arbeitswert eine fundamentale Umgestaltung erfahren haben wird, und daß dem Momente der Arbeits- und Arbeiterverteilung eine ungemein gesteigerte Bedeutung zukommen wird.

Es wird hier also die Ansicht vertreten, daß wir mit einem im Verhältnis zum Friedensbedarf geringeren Satz an ausländischen Wanderarbeitern unsere Friedensarbeit wieder aufnehmen werden. Der angestrengtesten Arbeit, der umsichtigsten Gruppierung über die vorhandenen Arbeitskräfte wird es bedürfen, um auf diesem geringeren Satze zu beharren, trotzdem die heimischen Bedürfnisse, d. i. der Wille, diese im eigenen Lande zu befriedigen, — auch nach Aufgabe des isolierten Staates immens gestiegen sein werden.

Das deutsche Volk hat in dem Kriege eine so harte Schule durchgemacht, daß wir heute schon sagen können: jede heimische

[1] Siehe oben S. 38.

Arbeitsquantität, sofern sie durch diese Schule gegangen ist, ist Arbeitsqualität.

Wir werden in gewissem Sinne nur noch von Arbeitsqualitäten reden, die, an der einzig für sie passenden Stelle eingesetzt, auf den beispiellosen Errungenschaften der Technik fußend, Leistungen vollbringen werden, die kein Vergleichen mehr gestatten.

Aus diesen Gedankengängen heraus ist es zu verstehen, wenn wir annehmen, daß der geringere Satz an ausländischen Wanderarbeitern mit den Jahren sich noch erheblich verringern wird.

Was die Deutschen vor anderen Völkern auszeichnet, ist ihre Fähigkeit zu organisieren. Aus allem und jedem atmet Organisation. Dies Wort ist im Kriege zu einem Zauberwort geworden. Dem Organisationsvermögen nah verwandt ist das Gruppierungsvermögen, d. i. das Disponieren über Arbeitskräfte — in höherem Sinne Gruppierungsvermögen genannt.

Wie verteile ich am besten eine Arbeit auf die vorhandenen Arbeitskräfte? Wieviel Arbeitskräfte benötige ich zu einer dringenden Arbeit? Zu diesem Zwecke muß der wirtschaftliche Leiter über die Leistungen seiner Arbeiter sowie über deren Fortschritte genau unterrichtet sein. Jede Vergeudung an Arbeitskraft, ob zu hoch ob zu niedrig gespannt, ist ein volkswirtschaftlicher Fehler.

Über welch fabelhaftes Gruppierungsvermögen müssen die (militärischen) Generalstäbe verfügen, daß es ihnen bei der Nachfrage nach deutschem Militär auf allen Kriegsschauplätzen gelingt, die Fronten — wie die im Westen — so elastisch zu halten, daß entscheidende Schläge zu jeder Zeit geführt werden können, daß hinter den kämpfenden Linien ausgeruhte Reserven stehen, bereit einzugreifen, und daß unter deren zweifachem Schutze das Heimatheer fortwährend ausgebildet und neu aufgefüllt wird.

Dieses Gruppierungsvermögen muß auch auf unsere wirtschaftlichen Generalstäbe wie auf unsere gesamten Land- und Volkswirte übergehen; es muß deutscher Eigenart zu dauerndem Besitztum einverleibt werden.

Aus der Fülle der bei Friedensschluß in Angriff zu nehmenden Arbeiten wird es schwer sein, diejenigen vorläufig auszuscheiden, die allzu große Arbeitsquantitäten erfordern würden. Es wird schwer sein; aber bei dem Ernst der Lage, den die Arbeiterbeschaffung auslöst, werden wir nicht umhin können, jede zu bewältigende Arbeit für sich sprechen zu lassen, d. h. aus dem Wesen der Arbeit heraus ein mehr oder minder großes Bedürfnis resultieren zu lassen, zu

dessen sofortiger Befriedigung geeignete Arbeitermassen freizugeben, bezw. auf die betreffenden Arbeitszweige hinzulenken. Nicht der Arbeiter sucht sich die Arbeit aus, wie es vordem war, die Arbeit zwingt vielmehr den Arbeiter in ihren Dienst.

In einem bisher unerhörten, aber durch die politischen Verhältnisse einfach gebotenen Maße hat der Staat seine Bürger ihres freien Verfügungsrechtes beraubt. Dieser Macht wird sich der Staat nicht mit einem Male entäußern. Er wird vielmehr die irgendwie verfügbaren Arbeitermassen auf diejenigen Wirtschaftszweige zu verteilen haben, die ihrer Natur nach zuerst einer Unterstützung bedürfen.

Selbstverständlich nimmt hierbei die Landwirtschaft einen breiten Raum um so eher ein, als sie sich bei der bisherigen Betriebsführung wesentlich auf die Kriegsgefangenen stützen konnte, einen Arbeitsfaktor, dessen volle Würdigung erst späterer Zeit statistisch vorbehalten bleiben wird.

Alles in allem: in die bei Friedensschluß sich entleerenden Arbeiterstellen auf dem Lande muß ein Ersatz nachrücken, der in erster Linie um der Ernährung des deutschen Volkes willen berücksichtigt zu werden verdient.

Hier wird das Gruppierungsvermögen der wirtschaftlichen Generalstäbe seine erste maßgebliche Probe ablegen.

Es wird tatsächlich nach dem Kriege eine Umwertung gewisser Werte erfolgt sein. Die große Zeit, an der wir alle schmieden, läßt gleichzeitig ihren Schmiedehammer auf uns herniedersausen: das ökonomische Prinzip ist durch das Produktivitätsprinzip abgelöst. Der Einblick, den unsere städtische Jugend in das Leben und die Arbeit auf dem Lande getan hat, wird auf ein dauernd gutes Einvernehmen zwischen Stadt- und Landbevölkerung hinzielen, wird sich auch darin äußern, daß die Städter Ackerbau in bescheidenen Grenzen betreiben werden. An Stelle der Arbeitsquantitäten werden wir künftig in gewisser Beziehung mit Arbeitsqualitäten zu rechnen haben. In den ersten Jahren nach Kriegsende werden viele unserer heimischen Arbeitskräfte ihren Berufsneigungen nicht nachgehen können: die Erhaltung eines so gewaltigen Reichskörpers, den Deutschland in Zukunft darstellen wird, zwingt die leitenden Stellen, die verfügbaren Arbeitskräfte zusammenzuhalten und sie an den Stellen einzusetzen, an denen es die volkswirtschaftlichen Verhältnisse am dringendsten gebieten.

So wird nicht zuletzt das Gruppierungsvermögen unseres wirtschaftlichen Generalstabs bei der Lösung der ländlichen Arbeiterfrage entscheidend mitwirken.

4. Staatliche Einflußgewinnung auf die Gestaltung der Wanderarbeiterfrage und auf die Abwanderung vom Lande

Unser Ziel bleibt: die Steigerung der rationellen Produktion in der Landwirtschaft und die Vermehrung der heimisch-landwirtschaftlichen Arbeitskräfte.

Inwieweit könnte der Staat Einfluß auf die Gestaltung der Wanderarbeiterfrage und auf die Abwanderung vom Lande gewinnen?

Mit einer Zertrümmerung der Großbetriebe[1] und ihrer Ersetzung durch Siedelungsgenossenschaften, wie sie Oppenheimer fordert, ist nichts geschaffen.

Nur darauf kommt es an: aufbauen, Werte schaffen! Originelle Gedanken sind Freigut, kein Schaffensgut.

Mindestens ein Drittel des Großgrundbesitzes steht noch so hoch, daß es nicht aufgekauft werden könnte. Auch die Großgüter haben ihre Mission[2], und nach der deutschen Arbeiterzentrale[3] „würde die in lauter bäuerliche Betriebe aufgelöste landwirtschaftliche Produktion in der Hauptsache von dem ausländischen Arbeitsmarkte ausgeschlossen und allein auf den einheimischen Markt verwiesen sein, auf dem sie, wie die Dinge liegen, Deckung ihres Bedarfes an Arbeitskräften nicht finden kann".

Der Staat käme dem Demokratismus entgegen, wenn er die pachtfrei werdenden Domänen für die Kleinsiedlung freigibt (evtl. diese als innerkolonisatorische Versuchsanstalten einrichtet, sie in Vergleich setzt zu wertvolleren, im Großbetrieb verbliebenen Domänen und Rentabilitätsschlüsse zieht).

Ferner könnte sich der Staat ein Vorkaufsrecht auf die zum Verkauf angebotenen Güter einräumen, die (infolge des Krieges) ohne Erben oder die heruntergewirtschaftet sind. Gleichfalls wären Güter, die häufig ihren Besitzer wechseln und Spekulationszwecken dienen, sowie Güter, deren Betrieb auf die überwiegende Inanspruchnahme von Auslandsarbeitern angewiesen ist, auszuscheiden. Die Vorwerke größerer Güter sind abzustoßen und in selbständige Gutsbetriebe umzuwandeln.

Hierdurch würde auf eine Auslese unter den Großbetrieben hingearbeitet; auch wäre der Verteuerung des Grund und Bodens vor-

[1] Vgl. v. Eheberg, Finanzwissenschaft S. 90 f.
[2] Siehe oben S. 31.
[3] Bericht 1912/13, S. 14.

gebeugt — übrigens kein Hemmnis für staatliche Eigenhilfe. Durch Abstoßung der Vorwerke geht die unmittelbare Betriebsleitung wieder mehr in die Hände des Großgrundbesitzers über. Einheitliche rationelle Gesichtspunkte greifen bei der Einteilung und Anspannung der Arbeitskräfte Platz. Damit ist auch die intensivste Bewirtschaftung durchführbar, deren wir uns strengstens befleißigen müssen, um uns für alle Zeiten vom ausländischen Lebens- und Futtermittelmarkte unabhängig zu stellen.

Die staatliche Einflußgewinnung auf die Gestaltung der Wanderarbeiterfrage ginge dahin, Ausländern in der Industrie die Beschäftigung zu erleichtern, damit die Einheimischen weniger begehrt sind [1].

Die umgekehrte Erschwerung der Beschäftigung von Ausländern auf dem Lande müßte in gleichem Sinne wirken. Hier würde die milde, mit den Jahren ansteigende Besteuerung auf den Kopf des Wanderarbeiters erzieherisch [2] wirken; die Gefahr, daß sich polnische Sprachinseln bildeten, würde dadurch vermieden, daß die Voraussetzung zur Beschäftigung von Auslandsarbeitern durch die Beschäftigung eines bestimmten Prozentsatzes Reichsdeutscher gegeben wäre.

Der Staat gewänne einen Einfluß auf die Abwanderungsbewegung vom Lande durch Bau von Wohnungen auf dem Lande auf Staatskosten, durch Änderung der Kommunalbesteuerung [3]: nach dem jetzigen System bieten die Landstädte nichts und müssen 300 % einziehen, in den Großstädten ist gerade das Umgekehrte der Fall: das ist „eine Prämiierung des Zuzugs in die großen Städte. Dem Lande geht nicht nur die Steuer der Wohlhabenden jetzt verloren, sondern auch ihre Arbeitskraft und Intelligenz für Leitung von Genossenschaften" [4] usw.

Die deutschen Verwaltungsbehörden in Polen haben bereits zur Sicherung des Erwerbs der Arbeiter Arbeitsämter geschaffen, die in Polen selber wie nach Deutschland hin Stellen vermitteln.

Möge der Staat auch in den beiden oben behandelten Richtungen zum Heile unserer Volkswirtschaft vorgehen!

---

[1] Nach Mitteilungen v. Schönings an den Verfasser.

[2] Vgl. Schiele, S. 26/27, 46, 71 f.

[3] v. Schöning an den Verfasser.

[4] Ebenda.

Fünfter Teil

Das Endergebnis

Wenn wir die staatsrechtliche Angliederung Polens an Deutschland, den steigenden Wanderarbeiterbedarf bei der Industrie auf (zu ertragende) Kosten der Landwirtschaft, die „möglichste" Rationalisierung des ländlichen Arbeitsverfahrens und den Einfluß, den immer der Staat auf die Gestaltung der Wanderarbeiterfrage und auf die Abwanderung vom Lande gewinnen will — in Rechnung ziehen, wenn es uns gelingt, sie vierfach zusammenwirkend zur Geltung zu bringen, dann erst ist die Arbeiterfrage in der deutschen Landwirtschaft für die Zeit nach dem Kriege als gelöst zu betrachten.

Schluß

Unmittelbar nach dem Kriege wird bei dem ungleichen Austausch der deutsch-russischen Kriegsgefangenen eine Zeit eintreten, die eine provisorische Regelung der Arbeiterverhältnisse erheischt.

Wie die Friedensbedingungen lauten mögen: ob wir mit Rußland ausmachen, daß es uns zunächst noch aus den an Polen stoßenden Teilen Westrußlands Wanderarbeiter abgibt, oder ob wir noch Kriegsgefangene im Lande behalten, ehe die polnische Wanderung einsetzt, — es wird die Aufgabe der Regierung sein, die Arbeiterbeschaffung in der Landwirtschaft wie in der Industrie ohne allzu merkliche Erschütterungen aus dem Kriegs- in den Friedenszustand hinüberzuleiten.

Eine gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der fremden Landarbeiter, wie sie schon im Jahre 1912 im Reichstag durch die Resolution Spahn gefordert wurde, wird dann nicht mehr zu umgehen sein, und je nach der politischen Lage wird einem Auswandern der Polen nach Rußland, Frankreich oder den skandinavischen Ländern auf gesetzlichem Wege entgegenzuwirken sein.

Mit Einführung der intensiveren Wirtschaft dürfen wir in Polen eine Kornkammer für uns erblicken, und hoffentlich besteht für Deutschland der Siegespreis im Osten außer in der Angliederung Russisch-Polens an den deutschen Reichsverband auch in der — vor der Hand durch den Bevölkerungsüberschuß Russisch-Polens noch bedingten — dauernden Lösung der Wanderarbeiterfrage in der deutschen Landwirtschaft.

Literaturverzeichnis

v. Batocki, Vorberichte zur Studienkommission, im Arch. für exakte Wirtschaftsforschung, Bd. 5, Heft 1.

Bauermeister, Friedrich, Schullastenverteilung und Dezentralisation. Ein Beitrag zur Wohnreform. Tübinger Diss. 1916.

Beutler, Dr. Dr. Ing. e. h., Die geplante staatliche Elektrizitätsversorgung im Kgr. Sachsen. Berlin 1916.

Bielefeldt, Dr. Karl, Das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft. Berlin 1911.

Damaschke, Adolf, Die Bodenreform. Jena 1912.

Demtschinsky, N.A. und B.N., Die Vervielfachung und Sicherstellung der Ernteerträge. Theorie und Praxis der Ackerbeetkultur. Umgearbeitet nach der 6. russischen Auflage. Berlin 1909.

Die Denkschrift der Ansiedlungsgesellschaft des Kreises Pyritz — auf Veranlassung der Königl. Generalkommission zu Frankfurt a. O. 1912.

Deutsche Arbeiterzentrale. Bericht über die Tätigkeit im Geschäftsjahr 1912/13. Berlin.

v. Eheberg, Karl Theodor, Finanzwissenschaft, 12. Aufl. Leipzig 1912.

Fischer, Prof. Dr. Gustav, Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Maschine in der Landwirtschaft, in „Technik und Wirtschaft", 4. Jahrgang, 7. u. 8. Heft. Berlin 1911.

— Die soziale Bedeutung der Maschinen in der Landwirtschaft, in „Schmollers Forschungen" Bd. XX, Heft 5. Leipzig 1902.

— Die Bedeutung der Elektrizität für die Energieversorgung Deutschlands. Rede. Berlin 1914.

Fischer, Dr. Rudolf, Die Elektrizitätsversorgung, ihre volkswirtschaftliche Bedeutung und ihre Organisation. Leipzig 1916.

Forstreuter, Karl, Die Bedeutung der Elektrizität für die Landwirtschaft. Tübinger Diss. 1911.

Hegemann, Dr., Die Löhne der inländischen und ausländischen Arbeiter in Schlesien und der Rheinprovinz. Landwirschaftliche Jahrbücher. Band 40. Berlin 1911.

Herkner, Prof. Dr. Heinrich, Die Arbeiterfrage, Bd. 2. Berlin 1916.

Hunkel, Dr., Polnische Wanderarbeiter in Frankreich, im „Land", 21. Jahrg., S. 440. Berlin.

Jahrbuch der D. L.-G. 1914. Berlin.

Jahrbuch des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften für 1914. Berlin 1915.

Kaerger, Dr. Karl, Die Sachsengängerei. Landwirtschaftliche Jahrbücher. Band 19. Berlin 1890.

Koskowski, Dr. B., La question agraire au royaume de Pologne. Paris 1911.

Lang, Alexander, Die Maschine in der Landwirtschaft, 2. Teil.

Lehr- und Handbuch für Lehrer an ländlichen Fortbildungsschulen in den östlichen Provinzen herausgegeben von der Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreußen. Königsberg 1912.

Lezius, Dr. Martin, Heimatsgebiete der Sachsengänger. Neudamm 1913.

Markitan, Franz, Auswandererverkehrswege in Österreich. Vortrag. Wien 1912.

Mendelson, Dr. Franz, Die Arbeiterfrage im bäuerlichen Betriebe, in Arbeiten der D. L.-G., Heft 245. Berlin 1913.

Mitteilungen der D. L.-G., Stück 51. Berlin 1912.

v. Montenach, Georg, Pour le village. La conservation de la classe paysanne. Lausanne-Paris, 1916.

v. Oertzen, Carl Bernhard, Landflucht, Kleinsiedlung und Landarbeit, im Arch. f. exakte Wirtschaftsforschung, Erg.-Heft 14. Jena 1914.

Schiele, Georg Wilhelm, Wenn die Waffen ruhen. Beiträge zur Bevölkerungspolitik nach dem Kriege. München 1916.

v. Schöning, Die Wiedereinführung der Handweberei im Kreise Pyritz, im „Land", 21. Jahrg., S. 424. Berlin.

Schreiber, Dr. Heinrich, Die Elektrizität in Recht und Wirtschaft. Leipzig und Wien 1913.

Semmler, Prof. Dr. Friedrich Wilhelm, Die deutsche Landwirtschaft während des Krieges und ihre zukünftigen Arbeitsziele nach Friedensschluß. Breslau 1917.

Seubert, Rudolf, Praxis des Taylorsystems. Berlin 1914.

Sombart, Werner, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Berlin 1903.

— Der moderne Kapitalismus, Bd. 1 u. 2.

Stieger, Ökonomierat, Leitsätze, veröffentlicht in der Kriegstagung der D. L.-G. im Februar 1916. Berlin.

v. Stojentin, Landwirtschaftliche Arbeitsämter, in „Landarbeit und Kleinbesitz", 1907—1911.

Straus, Dr. Walter, Die deutschen Überlandzentralen und ihre wirtschaftliche Bedeutung als Kraftquelle für den Kleinbetrieb in Landwirtschaft und Gewerbe. Berlin 1913.

Zechlin, Dr. Erich, Die Bevölkerungs- und Grundbesitzverteilung im Zartum Polen. Berlin 1916.